



Georg Schmid:

Was die ÖDP verspricht, kann sie nicht halten

Über die tatsächliche Faktenlage beim Mobilfunk-Volksbegehren sprach die Bayerische Gemeindezeitung mit dem Innenstaatssekretär. **Seite 5**



Erich Josef Geßner:

Stabübergabe bei der KPV Schwaben

Nach 19-jähriger Amtszeit übergab der Neu-Ulmer Landrat den Bezirksvorsitz an seinen Donauwörther Amtskollegen Stefan Rößle. **Seite 14**



Erwin Huber:

Glückwunsch zum komuna-Firmenjubiläum

Im Rahmen eines glanzvollen Fests mit 300 Gästen würdigte der Staatskanzleichef den „Pioniergeist“ des Altdorfer EDV-Unternehmens. **Seite 7**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 23. Juni 2005

56. Jahrgang / Nummer 12



Bayerische Sparkassen. Stark im Wettbewerb.

„Bayerische Sparkassen - stark im Wettbewerb“ lautet das Motto des diesjährigen Sparkassentags, der am 30. Juni in Regensburg stattfindet. Als Hauptredner erwartet der Geschäftsführende Verbandspräsident, Dr. Siegfried Naser, Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein. Unsere Aufnahme entstand bei der Tagung der bayerischen Sparkassenverbände in Neuburg an der Donau und zeigt (v.l.): Dr. Siegfried Naser, Alois Hagl, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse im Landkreis Schwandorf und Landesobmann der bayerischen Sparkassen, Theo Harnischmacher, Mitglied des Vorstands BayernLB, sowie Werner Netzels, Vizepräsident Sparkassenverband Bayern (vgl. Bericht Seite 2).

KPV-Landesvorstand und -Hauptausschuss:

Brennpunkt Schwarzarbeit

Die Verhinderung von Schwarzarbeit bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge, kommunalrechtliche Fragen sowie die Präsentation eines erfolgreichen PPP-Modells standen im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und -Hauptausschusses im Münchner Franz-Josef-Strauß Haus. Die Tagungsleitung oblag einmal mehr KPV-Landesvorsitzendem Landrat Luitpold Braun.

Laut einer Studie des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen wurden bundesweit im Jahr 2004 mit Schwarzarbeit 356 Mrd. Euro umgesetzt. Wie Manfred Mayr, Leiter Arbeitsgebiet Prävention beim Hauptzollamt Rosenheim, berichtete, haben allein die zu den bayerischen Hauptzollämtern Augsburg, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim und Schweinfurt gehörenden 19 Standorte der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) vergangenes Jahr mit ca. 900 Einsatzkräften (geplant sind im Endausbau für 2005 ca. 1200 Einsatzkräfte) Schäden in Höhe

von 107 Mio. Euro aufgedeckt und 15.250 Strafverfahren eingeleitet. Aufgrund der Ermittlungen wurden 153 Jahre Haftstrafen verhängt.

Illegale Machenschaften

Mayr zufolge steht die Bauwirtschaft nach wie vor im Brennpunkt der Schwarzarbeit. Der Wettbewerb sei durch schwarze Schafe weitgehend verwildert. Einheimische mittelständische Unternehmen kritisieren zunehmend, dass sie selbst bei öffentlichen Auftragsvergaben chancenlos sind, weil Angebote abgegeben werden, die schon auf den ersten Blick nur unter Einbeziehung illegaler Machenschaften kalkuliert sein können. Durch die Prüf- und Ermittlungspraxis der FKS werde dies bestätigt. Auch auf öffentlichen Baustellen werde schwarz gearbeitet. „Ein enger Schulterschluss zwischen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und den für die Vergabe öffentlicher Aufträge zuständigen Stellen erscheint (Fortsetzung auf Seite 4)



Das KPV-Podium: Bürgermeister Maximilian Gaul, Innenminister Dr. Günther Beckstein und Landrat Luitpold Braun.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber:

Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft

„Vorfahrt für Arbeit heißt Vorfahrt für soziale Gerechtigkeit“, erklärte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beim Jahresempfang des Diakonischen Werkes. Für eine unionsgeführte Bundesregierung seien Massenarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg die eigentliche soziale Ungerechtigkeit. Er kündigte deshalb für den Fall eines Sieges bei der Bundestagswahl eine Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft an.

„Ludwig Erhard und die Union haben mit der Sozialen Marktwirtschaft für das Wirt-

schaftswunder der Nachkriegszeit gesorgt“, so Stoiber. Dieses Erbe gelte es neu zu beleben, die Wachstumskräfte in Deutschland zu mobilisieren und die von Rot-Grün zu verantwortende Krise des Sozialstaats zu beheben.

Der Bundesregierung warf Stoiber vor, durch ihre verfehlte Politik den Sozialstaat nachhaltig zu gefährden. Der Ministerpräsident: „Rot-Grün trägt die (Fortsetzung auf Seite 2)

Mobilfunkpakt Bayern:

Das bessere Konzept

ÖDP-Volksbegehren: Ein Irrweg, der nicht mehr Bürgerbeteiligung bringt
Von Staatsminister Dr. Werner Schnappauf

Wer glaubt, durch die von der ÖDP geforderte Baugenehmigung beim Ausbau der Antennenstandorte mehr Einfluss zu bekommen, der irrt. Warum? Weil ein Baugenehmigungsverfahren das nicht leisten kann, was das ÖDP-Volksbegehren verspricht. Denn:

- Die Einführung eines Baugenehmigungsverfahrens führt nicht zu mehr Bürgerbeteiligung. Im Verfahren sind zwar die Nachbarn zu beteiligen. Sie können auch - ggf. nach erfolglosem Widerspruchsverfahren - gegen die Baugenehmigung klagen. Erfolgreich kann eine solche Klage aber nur sein, wenn Verstöße gegen nachbarschützendes Recht vorliegen. Daran fehlt es aber gerade dann, wenn, wie durch die Einhaltung der Grenzwerte belegt, die Gesundheit der Nachbarn nicht beeinträchtigt werden

kann. Nicht einmal verzögert werden kann der Bau, weil Widerspruch und Klage keine aufschiebende Wirkung entfalten. Bei offensichtlicher Erfolglosigkeit wird auch das Verwaltungsgericht den Bau nicht stoppen. Es besteht also ein Anspruch auf die Erteilung der Baugenehmigung, wenn die gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Empfehlungen internationaler Experten

- Im Baugenehmigungsverfahren für Sendeanlagen ist weder Platz für eine eigenständige Prüfung gesundheitlicher Aspekte noch für Erwägungen über Grenzwerte. Der Schutz der Gesundheit ist abschließend in der Verordnung des Bundes über elektromagnetische Felder (26. BImSchV) festgelegt. Die dort enthaltenen Grenzwerte sind höchststrichlich bestätigt. Ob sie eingehalten werden, wird bei jedem Antennenstandort durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) geprüft. In der sog. Standortbescheinigung gibt sie den Abstand von der Antenne an, ab dem die Grenzwerte eingehalten sind. In der Regel beträgt dieser Sicherheitsabstand wenige Meter.

Die in Deutschland geltenden Grenzwerte werden auch von der EU-Kommission empfohlen.

Sie gelten in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie basieren auf Empfehlungen internationaler Expertenkommissionen wie der internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (ICNIRP) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO).



Dr. Werner Schnappauf.

Unterhalb der Grenzwerte sind schädliche Wirkungen auf die Gesundheit wissenschaftlich nicht nachgewiesen. Um diese Erkenntnis auch mit neuen wissenschaftlichen Methoden immer wieder zu hinterfragen, werden weltweit Forschungsprogramme durchgeführt. Im Vordergrund steht dabei die Nutzung von Handys, da beim Telefonieren auf den Menschen we-

Kommunalentlastungsgesetz:

Kommunen fühlen sich im Stich gelassen

Die bayerischen Kommunen fühlen sich von den CSU-Bundestagsabgeordneten auf ihrem Weg zu Kosteneinsparungen im Stich gelassen. In Sonntagsreden sagten die Bundespolitiker den Kommunen immer ihre Unterstützung zu. Wenn es aber zur Abstimmung im Bundestag komme, ließen sie die Städte und Gemeinden schmächtig fallen, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger. Auch der Bayerische Landkreistag reagierte enttäuscht auf das Abstimmungsverhalten beim Gesetz über die Kostenentlastung der Kommunen im sozialen Bereich (KEG).

Der Städtetag zeigte sich enttäuscht darüber, dass das dringende erforderliche Kommunalentlastungsgesetz im Bundestag sang- und klanglos untergegangen ist. Besonders schmerzlich sei, dass der gemeinsam mit den bayerischen Kommunen entwickelte Gesetzesentwurf zwar eine Mehrheit im Bundesrat gefunden hatte, letztlich aber nicht einmal von den bayerischen Bundestagsabgeordneten unterstützt wurde. Schaidinger zufolge ist damit „wieder eine Chance vertan worden, überzogene soziale Standards im vertretbaren Rahmen zu senken“. Dass es mit den Städten keine Sozialpolitik nach Kassenlage geben wird, habe sein Verband stets klar gemacht: „Aus diesem Grund wur-

de auch angeboten, dass man über die Finanzkraftklausel sicherlich hätte sprechen können.“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Fanny Bacher und Hajo Klein wollen eine Art Komplementärwährung etablieren - den Stadthaler. Der Bürgermeister aber glaubt nicht so recht an die Nachhaltigkeit des Regionalgelds. „Eine pfiffige Idee, die wieder vergeht“, meint er. Deshalb soll mit dem Gewerbeverein ein städtisches Rabbattsystem geprüft werden. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bayern Agenda 21 und Kommunale Agenda 21	2
Gastschulbeiträge möglich	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Politiker sollten lernen, besser zuzuhören	3
Fünfzig Jahre treue Patenschaft	3
GZ-Fachthemen: EDV-Ausstattung für Kommunen	5 - 8
Wasser - Abwasser	9 - 10
Kommunaler Bau	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Müller zu Aktionsprogramm Bayern Agenda 21 und Kommunale Agenda 21:

In Bayern Leitbild der Nachhaltigkeit auf vielfältige Weise verwirklicht

Mit dem Aktionsprogramm Bayern Agenda 21 und der Kommunalen Agenda 21 haben Staat und Kommunen das Leitbild der Nachhaltigkeit in Bayern schon auf vielfältige Weise integriert. Umwelt- und Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller erläuterte dem von der Bundesregierung eingesetzten Rat für Nachhaltige Entwicklung bei dessen Tagung in Wiesenfelden den bayerischen Weg für mehr Nachhaltigkeit.

„Eine ökologisch verträgliche, wirtschaftlich erfolgreiche und sozial gerechte Entwicklung als Ausdruck der Nachhaltigkeit ist ein Leitprinzip in der bayerischen Politik. Nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe für alle, weil sie alle Lebensbereiche betrifft. Und hier fördern wir mit verschiedenen Maßnahmen die Aktivierung der Kommunen und Bürger“, betonte Müller und machte deutlich, dass die Kritik des Rates nach mangelnder Auseinandersetzung der Länder und Kommunen in Deutschland mit dem Thema Nachhaltigkeit jedenfalls für Bayern nicht zutrifft. So seien die Verpflichtung zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung, der Umweltpakt Bayern als Deutschlands erfolgreichste Umweltvereinbarung mit der Wirtschaft, das Klima-

schutzbündnis oder das Bündnis gegen den Flächenverbrauch herausragende Beispiele für das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit.

Europaweit führend

Zudem haben, so Müller, über 800 Kommunen, also rund 40 Prozent in Bayern einen Agenda 21-Prozess begonnen. Damit seien die bayerischen Kommunen europaweit führend. Die Komma 21 Bayern als zentrale, vom Staat eingerichtete Stelle ist dabei Partner der Kommunen. Mit Leitfäden, Arbeitshilfen, Informationsangeboten, Praxisratgebern, Wettbewerben um die besten Ideen, Förderung von Modellvorhaben und kontinuierlicher Evaluierung der Maßnahmen stehen viele Instrumente bereit, den Prozess der nachhaltigen Entwicklung weiter voran-

zubringen. „Die Kommunen haben die Chancen erkannt, mit Hilfe des Agendaprozesses zusammen mit den Bürgern Zukunft aktiv zu gestalten.“

Brennende Zukunftsthemen

Gerade bei brennenden Zukunftsthemen bietet die Kommunale Agenda Lösungsansätze besonders im Klimaschutz, in der Gesundheitsvorsorge oder bei der Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen“, machte die Staatssekretärin deutlich. Beispiele seien: Projekte in Natur- und Klimaschutz, soziale Initiativen, Engagement im Regionalmarketing, Bau und Betrieb dezentraler Biomasse-Heizkraft-

werke, Aufbau eines Pflanzenöl-Tankstellennetzes in einer Region, Patenschaften für Pflege seltener Naturschätze durch Freiwillige, Beteiligung von Bürgern an Planung, Bau und Betrieb öffentlicher Einrichtungen oder sparsamer Umgang mit Bauland.

Als weitere wichtige Säule für mehr Nachhaltigkeit ist Müller zufolge die außerschulische Bildung zur Nachhaltigen Entwicklung in Bayern ganz groß geschrieben: „Menschen sensibilisieren für ihr Umfeld, für ihre Umwelt im umfassenden Sinn ist entscheidende Grundlage für den Wandel zu einem persönlichen Lebens- und Wirtschaftsstil der Nachhaltigkeit.“ Die 33 derzeit anerkannten Umweltstationen und vielen weiteren Umweltbildungseinrichtungen von Verbänden, Kommunen und Kirchen erreichen jährlich über 400.000 Besucher.

Weitere Informationen: <http://www.agenda21.bayern.de>. □

Bayerische City- und Stadtmarketingmanager:

Aktionskreis gegründet

Auf Initiative des Handelsverbandes BAG Bayern und auf Anregung der Stadtmarketing Traunstein GmbH fand in München die konstituierende Sitzung des Aktionskreises der bayerischen City-Manager und Stadtmarketing-Manager statt. Zur Auftaktveranstaltung waren zahlreiche Vertreter von City- und Stadtmarketing-Einrichtungen aus vielen bayerischen Regionen gekommen.

Der BAG ist ein Verband, dessen Mitgliedsbetriebe des Einzelhandels mehrheitlich in den Innenstädten angesiedelt sind, und er möchte mit dieser Initiative aktive Lobbyarbeit für City- und Stadtmarketing betreiben, da diese Institutionen wichtige Funktionen innerhalb der Vitalisierung der Innenstädte übernehmen. Gemeinsam sollen attraktive Städte und eine erfolgreiche Standortentwicklung für die Unternehmen gefördert werden.

Erfahrungsaustausch

Das in regelmäßigen Abständen tagende Gremium hat sich zusammen mit dem Handelsverband BAG Bayern, der die administrative und inhaltliche Leitung für die anstehenden Aufgaben übernimmt, folgende wesentliche Ziele gesetzt: Aktive politische Lobbyarbeit für das City- und Stadtmarketing in Bayern als starke Vertretung dieses Berufsstandes, schneller und effizienter Erfahrungsaustausch unter Kollegen, Erarbeitung von Positionspapieren zu aktuellen Themen sowie Erfahrungsaustausch über die Aufgabenfelder im Stadtmarketing.

Im Benchmark der Städte sieht Jürgen Pieperhoff, Geschäftsführer der Stadtmarketing Traunstein GmbH die Chance, Verän-

derungen schneller zu erkennen und die Chance, darauf schneller zu reagieren. Außerdem, so Pieperhoff, brauchen die Klein- und Mittelbetriebe eine intensivere Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen durch die Landespolitik. Als Beispiel nannte er die gigantische Entwicklung von Einzelhandelsflächen in Salzburg, die nur möglich sind, weil Österreich kein mit Bayern vergleichbares Raumordnungsvorgehen hat. Hier folgt das Gremium gerne der Forderung von Pieperhoff, künftig in engen Dialog mit der bayerischen Staatsregierung zu treten und diese Themen aufzugreifen.

Vergleichbare Aufgaben

Allgemein bedauerten die Stadtmarketingverantwortlichen der kleineren und mittleren Städte, dass die Lizenzrechte, die bei der kommenden Fußballweltmeisterschaft 2006 zu beachten sind, es kaum zulassen, große Leinwände zur Fußballweltmeisterschaft 2006 aufzustellen, da die Einschränkungen möglicher regionaler Sponsoren eine Finanzierung der Leinwände nahezu unmöglich machen. Hier werde folglich die örtliche Gastronomie gefördert sein, den Fußballfans eine stimmige Plattform zu bieten.

EU-Kommission will gemeindliche Kooperationen erschweren

Gemeindetagspräsident Brandl: Mit einer Klageerhebung gegen Deutschland ist der Rubikon überschritten

Mit deutlichen Worten wies Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, auf die gravierenden Folgen für Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte hin, wenn sich der Rechtsstandpunkt der EU-Kommission im Klageverfahren „Hinze“ durchsetzen sollte.

„Wenn unsere Gemeinden aus Gründen der Kosteneinsparung, der Erzielung von Synergieeffekten und eines besseren Leistungsangebots an unsere Bürgerinnen und Bürger nicht mehr aufgrund kommunaler Selbstbestimmung kooperieren dürfen, wann und wo sie dies für erforderlich halten, dann brechen in weiten Teilen Bayerns die bewährten Strukturen gemeindlicher Aufgabenerfüllung zusammen. Eine Entkommunalisierung der breiten Palette ge-

meindlicher Dienstleistungsangebote wäre die Folge.“

Benachteiligung des ländlichen Raums

Die EU-Kommission will die gemeinsame Erledigung von Aufgaben der Daseinsvorsorge (Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Schulbau) durch den Zusammenschluss von Gemeinden in Zweckverbänden oder durch Zweckvereinbarungen für ungünstig erklären, wenn die betreffenden Gemeinden die Vergabe dieser Leistungen zuvor nicht öffentlich ausgeschrieben haben. Dies führt zu einer eklatanten Benachteiligung des ländlichen Raums: Große Städte mit dichter Besiedelung können diese Aufgaben ohne Kooperation selbstständig und preisgünstig erledigen, ohne dass die EU-Kommission hieran etwas auszusetzen hätte.

Sobald sich aber ländlich strukturierte Gemeinden mit verhältnismäßig wenig Einwohnern auf großer Fläche zur Erfüllung einer gemeindlichen Aufgabe wie der Wasserversorgung oder der Abwasserbeseitigung zusammenschließen, um durch diese Kooperation ihre Leistungen wenigstens annähernd so günstig anbieten zu können wie große Städte, will dies die EU-Kommission ohne öffentliche Ausschreibung nicht zulassen. Brandl: „Der Bayerische Gemeindetag wird sich deshalb der EU-Kommission mit aller Kraft entgegen stemmen, die jetzt im Fall der Gemeinde Hinze wegen ihres Beitritts zu einem Abwasserverband durch Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland ein europaweites Exempel statuieren will.“ □

Gastschulbeiträge möglich

Kommunen können für Fremdschüler kassieren. Kompromiss mit Zustimmung von Städte- und Gemeindetag. Rückwirkend ab Jahresbeginn 2005 können Gemeinden mit Mittlere-Reife-Klassen an Hauptschulen Gastschulbeiträge für die 10. Klasse verlangen. Der Landtag hat mit den Stimmen von CSU und Grünen bei Enthaltung der SPD eine entsprechende Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes verabschiedet. Über diese Änderung ist im Vorfeld ein Kompromiss mit Gemeinde- und Städtetag erzielt worden.

Für Staatsregierung und Landtagsmehrheit ist diese Regelung „ein vermittelnder Ausgleich“ zwischen den Interessen der Schulaufwandsträger, an deren Hauptschulen die Mittlere-Reife-Klassen eingerichtet sind, und den Kommunen, die diesen Bildungszug nicht haben und deren Regelklassen 7 bis 9 durch den Weggang der Mittlere-Reife-Schüler geschwächt werden. Die Höhe der Gastschulbeiträge richtet sich „nach den konkreten Verhältnissen der einzelnen Kommune“. Für die Bürger und für den Staat entstehen keine Kosten.

Berichterstatte Georg Stahl (CSU) verwies darauf, dass man zunächst bei Inkrafttreten des Schulfinanzierungsgesetzes 2000 auf Gastschulbeiträge verzichtet habe, um Erfahrungen

zu sammeln und mit den zuständigen Verbänden zu reden. Dies habe ein „sinnvolles und für alle Beteiligten annehmbares Ergebnis“ erbracht. Er nannte 424 Schulstandorte mit 38 706 Endklass-Schülern in 1710 Klassen. Durch die Neuregelung würden zusätzliche Ausbildungschancen für leistungsfähige und -willige Schülerinnen und Schüler eröffnet.

Marianne Schieder (SPD), stellvertretende Vorsitzende des Bildungsausschusses, sprach vom Kampf um die Endstandorte. Die Gemeinden, in deren Hauptschulen keine Mittlere Reife zu erreichen sei, fühlten sich doppelt betrogen: Einerseits verlören sie Schüler, andererseits müssten sie dafür auch noch bezahlen. Simone Tolle, bildungspolitische Sprecherin der Grünen, begründete ihr Ja zur Gesetzesänderung mit der Zustimmung von Städte- und Gemeindetag. Jedoch könnten noch alle daraus lernen. □

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Janisch
88178 Heimenkirch
am 4.7.

Bürgermeister
Augustin Witzenzeller
94262 Kollnburg
am 5.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Müller
91466 Gerhardshofen
am 2.7.

Bürgermeister
Reinhard Schwarz
94371 Rattenberg
am 7.7.

Bürgermeister
Wolfgang Abschütz
97633 Aubstadt
am 29.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Herold
91472 Ipsheim
am 4.7.

Bürgermeister Kilian Hartmann
97453 Schonungen
am 27.6.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Bayer
95189 Köditz
am 7.7.

Bayerische Sparkassenvorstände tagten in Neuburg an der Donau:

Weiterer Ausbau des Sparkassenverbundes

Flächendeckend breites Allfinanzangebot für Bürger, Unternehmen und Kommunen

Wie kann der erfolgreichste Finanzverbund in Bayern seine Zusammenarbeit im Interesse der Kunden weiter optimieren? Mit dieser Frage befasste sich unter anderem die diesjährige Sparkassenvorständetagung der BayernLB, die heute in Neuburg an der Donau stattfand.

„Mit dieser jährlichen Tagung, zu der traditionell alle bayerischen Sparkassenvorstände eingeladen werden, trägt die BayernLB der besonderen Bedeutung der bayerischen Sparkassen für die Bank Rechnung“, so Werner Schmidt, Vorsitzender des Vorstandes der BayernLB. Theo Harnischmacher, zuständiges Vorstandsmitglied der BayernLB für das Sparkassengeschäft: „Mit der Wahl von Schloss Neuburg, wo derzeit eine Bayerische Landesausstellung stattfindet, bringt die BayernLB die Verankerung der bayerischen Sparkassenorganisation und insbesondere auch die Verbundenheit der Bank mit den bayerischen Regionen zum Ausdruck.“

Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern - bestehend aus 79 bayerischen Sparkassen, Sparkassenverband Bayern, LBS Bayern, Versiche-

rungskammer Bayern und BayernLB - bietet flächendeckend allen Bürgern, Unternehmen und Kommunen ein breites Allfinanzangebot für alle Bedürfnisse. „Die in den letzten Monaten mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Maßnahmen Kapitalerhöhung bei der BayernLB und regionaler Haftungsfonds Bayern waren wichtige Meilensteine, mit denen der Sparkassenverbund in Bayern weiter gestärkt wurde“, so Werner Netzel, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern in einem Grußwort.

Netzel weiter: „Gleichwohl ist es unser Anspruch die Marktführerschaft der Sparkassen-Finanzgruppe in Bayern weiter auszubauen.“ Vielfältige Informationen zu wichtigen Vorhaben der Sparkassen-Finanzgruppe sowie ein Impulsreferat von Dr. Franz Alt, der sich als „Querdenker“ sowohl als Fernsehmoderator als auch als Buchautor einen Namen gemacht hat, runden das Programm der Sparkassenvorstände ab. Die Bayerische Gemeindezeitung berichtet über die Veranstaltung ausführlich im Rahmen ihrer Dokumentation zum Bayerischen Sparkassentag. □

Wiederbelebung der Sozialen

(Fortsetzung von Seite 1)

Verantwortung für fünf Millionen Arbeitslose, für eine Zunahme der Armut und für sozialen Abstieg in Deutschland. Das ist die eigentliche soziale Ungerechtigkeit in unserem Lande.“

Flexiblere Regelungen

Grundvoraussetzung für die Gesundung des Sozialstaats sei die Schaffung von Arbeit und Wachstum in Deutschland. Stoiber: „Arbeit ist das A und O für die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Vorfahrt für Arbeit heißt daher Vorfahrt für soziale Gerechtigkeit, und danach wird eine unionsgeführte Bundesregierung handeln.“ Es gehe darum, den Standort Deutschland international attraktiver und wettbewerbsfähiger zu machen - durch flexiblere Regelungen auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie durch Investitionen in Zukunftstechnologien, Forschung und Bildung. Stoiber: „Wir können beim Sozialstaat nicht Spitze sein, wenn wir beim Wachstum Schlusslicht in Europa sind.“ Eine unionsgeführte Bundesregierung werde alles dafür tun, um die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft zu stärken. Stoiber: „Die deutsche Volkswirtschaft muss wieder so stark werden, dass wir soziale Leistungen auch erwirtschaften. Auf Dauer von der Substanz leben geht nicht.“

Stoiber mahnte auch eine dringend notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte an. Bundesfinanzminister Eichel

müsse derzeit allein 40 Milliarden Euro für Zinsen und Tilgung aufwenden. Die staatliche Investitionsquote sei inzwischen auf den historischen Tiefstand von nur 8,8 Prozent gesunken, zum Schaden der wirtschaftlichen Entwicklung. Stoiber: „Der Staat muss sich dringend Gestaltungsmöglichkeiten für Investitionen in die Zukunft erhalten. Ständig neue Schulden zu Lasten der kommenden Generationen sind unmoralisch.“ Stoiber trat nachdrücklich auch für mehr Eigenverantwortung und eine insgesamt generationen- und familienengerechtere Ausgestaltung der Sozialsysteme ein. Stoiber: „Ohne Kinder kann der Generationenvertrag nicht bestehen. Deswegen müssen wir Menschen mit Kindern in Zukunft besonders entgegenkommen. Sie sichern den Sozialstaat durch eine doppelte Leistung: durch ihre Beiträge und durch die Erziehung von Kindern.“

Sozialstaat ins Lot bringen

Ziel einer unionsgeführten Bundesregierung müsse es sein, den Sozialstaat wieder ins Lot zu bringen. Stoiber: „Das Sozialstaatsprinzip gehört zu den fundamentalen Konstanten unserer gesellschaftlichen Ordnung. Der Sozialstaat in seiner jetzigen Form ist jedoch an seine Grenzen gestoßen. Wir können die soziale Sicherheit in Deutschland nur garantieren, wenn wir dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft wieder neuen Schwung geben.“ □

Bezirk Schwaben und Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen:

50 Jahre treue Patenschaft

Vortrag im Rahmen des Pfingsttreffens (55. Bundestreffen) der Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen in Unterelchingen

Von Dr. Georg Sinnacher, Altbezirkstagspräsident und Altlandrat

50 Jahre Patenschaft des Bezirks Schwaben über die Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen sind eine enorme Sensation der gemeinsamen Heimatliebe und eines Heimatbekenntnisses, eine Spurensuche aus der Vergangenheit in die Zukunft. 29 Jahre von diesen 50 Jahren durfte ich die Verkörperung dieser Patenschaft sein, durfte ich der Pate sein. In dieser Woche der vielen Erinnerungsjubiläen und der Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Europäischen Verfassung, ist diese Jubiläumspatenschaft nicht am unwichtigsten.

Schon der Ausgangspunkt, der Anfang, war ungewöhnlich. Den Bezirken wurde in Bayern nach dem Ende des Naziregimes die längste Phase der Unterbrechung ihrer Selbstverwaltung durch und nach Hitler zugemutet. Erst Ende 1954 begann ihr demokratischer Neubeginn. Schon im ersten Halbjahr seiner neuen Wiederexistenz, erfüllt noch von den enormen Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre, geprägt - gerade in Bayerisch-Schwaben - von den Sorgen vieler Heimatvertriebener, wagten die Buchenlanddeutschen genau dort ihr Ansuchen nach einer neuen geistigen Heimat in einem Bezirk, der sich durch seine aktive Heimatpflege auch innerhalb Bayerns auszeichnete.

Heimat als Leitgedanke

Heimat war das Motiv der Patenschaft zwischen Paten und Patenkind, eine Thematik, die auch 50 Jahre später ihre Aktualität nicht verloren hat. Die Zu-

stimmung des Bezirkstags von Schwaben zur begehrten Patenschaft für die Landsmannschaft war alles andere als normal oder routinemäßig in einer Umgebung, die in erster Linie von Heimatlosigkeit statt Heimatpflege geprägt war.

Aktuelle Motive

Ausschlaggebend für die Patenschaft sei „die Tatsache, dass zahlreiche Buchenlanddeutsche im Regierungsbezirk Schwaben eine neue Heimat gefunden haben“. In zwei Verträgen im September und Oktober 1940 mit der sowjetischen und der rumänischen Regierung war die Umsiedlung der Deutschen aus der geteilten Nord- und Südbukowina beschlossen worden. Zur Durchführung der Umsiedlung wurden in Schwaben mehrere

res Bukowina-Instituts waren nach der Volkszählung 1946 mindestens 2000 Buchenlanddeutsche im Bezirk Schwaben. Durch weiteren Zuzug in den folgenden Jahren leben gegenwärtig wohl 5.000 Buchenlanddeutsche mit ihren Nachkommen in unserem Bezirk. Das ist etwa ein Zehntel derjenigen, die in der Bundesrepublik Deutschland (West) eine neue Heimat gefunden haben.

Wichtige Rolle und große Verantwortung

Die Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft im neuen Patenschaftsverhältnis entwickelte sich bis heute positiv. Der seinerzeitige Bezirkstagspräsident Albert Kaifer hob ein Jahr nach der Patenschaftsübernahme bei einer Ansprache in Augsburg hervor, „dass wir von der von Nationalstolz freien Heimatliebe der Buchenlanddeutschen, ihrem großen Fleiß und ihrem kulturellen Streben nur lernen können“.

Zwei Generationen sind seither vergangen. Die Freundschaft hat sich vertieft. Die Geschäftsstelle der Landsmannschaft befindet sich in Augsburg; die meisten Bundestreffen der letzten Jahre fanden hier statt.

Lassen Sie mich daher aus der Sicht des Paten an dieser Stelle etwas zur Aufgabenstellung der Landsmannschaft in der Gegenwart sagen: Die Landsmannschaft hat mit der Gründung ihrer Organisation 1949 eine wichtige Rolle und große Verantwortung übernommen. Sie hat sich als Repräsentantin der Deutschen aus der Bukowina schlechthin verstanden und den Anspruch erhoben, diese Bevölkerungsgruppe nach außen zu vertreten und für sie zu sprechen. Die Weiterexistenz der Träger buchenländischen Kulturerbes kann dessen „Wahrung und Förderung“ - wie es in der Patenschaftsurkunde heißt garantieren.

Bukowina-Institut

Diese Grundhaltung führte 1988 zur Gründung des Bukowina-Instituts in Augsburg, das sich als sichtbarstes Ergebnis unserer Patenschaft bezeichnen möchte. Diesem Institut ist es zu verdanken, dass die Bukowina in den letzten Jahren zu einer festen Größe im Bewusstsein der schwäbischen Öffentlichkeit geworden ist. Die Schlüsselübergabe im Gebäude am Alten Postweg fand an einem historischen Tag, dem 10. November 1989, statt. In der Nacht zuvor war die Berliner Mauer geöffnet worden und Ost und West entfernten den „Eisernen Vorhang“, der das Nachkriegseuropa geteilt hat. Das Bukowina-Institut an der Universität Augsburg ist heute von europäischer Bedeutung.

Pflege von Kultur und Geschichte

Dennoch wird die Geschichte der Buchenlanddeutschen wie die des 20. Jahrhunderts lange Spuren hinterlassen. Tradition allein trägt nicht. Wir hüten die Tradition nicht wie Asche, sondern wie Glut, aus der das neue Feuer entstehen kann. Eine gute Grundlage für den Wert der Regionen im vereinigten Europa ist die Pflege von Kultur und Geschichte. Sie rechnet sich zwar nicht vordergründig, aber sie lohnt sich.

Aus der zunächst nur rückwärts orientierten Gründungs-

Unterstützung auch in der Zukunft

Das Jubiläum der 50jährigen Patenschaft des Bezirks Schwaben für die Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen wurde am Pfingstwochenende in Elchingen gefeiert. Bundesvorsitzender Ewald Zachmann dankte dem Bezirk, in dem sich seinerzeit besonders viele Buchenländer ansiedelten, für die erfolgreiche treue Patenschaft und deren - nach Fall des eisernen Vorhangs - friedliche europäische Weiterentwicklung zur Partnerschaft Schwabens mit den Herkunftsgebieten in der rumänischen und ukrainischen Bukowina. Die Bukowina habe sich in Vergangenheit und Gegenwart als tolerantes Beispiel des friedlichen Miteinanders verschiedener Volksgruppen erwiesen.

Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert versicherte auch für die Zukunft die Unterstützung dieser europäischen Dreieckspartnerschaft Schwaben - ukrainische Bukowina (heute Gebiet Czernowitz) - rumänische Bukowina (Gebiet Suceava mit seinen Moldauklöstern), die sich durch die Einbindung des französischen Partners Departement Mayenne, immer mehr zu einer Viereckspartnerschaft von vier zukunftsaufgeschlossenen europäischen Regionen entwickelt, eine einmalige Regionalfreundschaft in Europa. Diese Partnerschaft zu den osteuropäischen Gebieten umfasst vielfältige Projekte von der kulturellen Zusammenarbeit, auch auf universitärer Ebene, bis zu humanitären und sozialen Hilfen und dem Jugendaustausch. Die neuen europäischen Entwicklungen in Rumänien und der Ukraine belegen den Wert der kleineren europäischen Schritte von Regionalpartnerschaften für die EU-Politik, während die 50-jährige Bezirkspartnerschaft für die Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen ihren deutlichen Höhepunkt in der Errichtung des Bukowina-Instituts an der Universität Augsburg erfuhren, das am Tag des Falls der Berliner Mauer, am 9. November 1989, seine Arbeit aufnahm - ein fast visionäres Datum.

Mit großem Beifall wurden bei dem Pfingsttreffen die Gebietspräsidenten des rumänischen Suceava, Gavril Mirza, und des ukrainischen Czernowitz Mykola Thatch begrüßt.

Wir veröffentlichen an dieser Stelle die Rede von Dr. Georg Sinnacher, die der schwäbische Altbezirkstagspräsident bei der Festveranstaltung hielt.

stimmung des Bezirkstags von Schwaben zur begehrten Patenschaft für die Landsmannschaft war alles andere als normal oder routinemäßig in einer Umgebung, die in erster Linie von Heimatlosigkeit statt Heimatpflege geprägt war.

Der Bezirk Schwaben war kurz nach seiner Wiederbegründung zwar nicht die allererste Wahl für die Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen aber er war auf lange Sicht gesehen zweifellos die beste Wahl. Er ist bis heute der einzige bayerische Bezirk geblieben, der eine Patenschaft über eine Landsmannschaft übernommen hat.

Der Bezirkstag von Schwaben „beschloss auf Vorschlag des Bezirksausschusses einstimmig,

Umsiedlerlager, z. B. in Ursberg, Wettenhausen, Straßberg oder Bad Wörishofen eingerichtet, um diese Deutschen auf ihre späteren Ansiedlungsorte im Wartheland oder in Ostoberschlesien vorzubereiten.

Lager in Schwaben

Mehr als ein Jahr lebten Hunderte von Bukowinadeutschen in diesen Lagern in Schwaben. Dies dürfte der Grund dafür zu sein, warum so viele nach Flucht und erneuter Vertreibung 1944 - 1946 nach Schwaben zurückkehrten. Die Parole „Heim ins Reich“ hatte für die Betroffenen einen schicksalhaften Doppelsinn bekommen.

Nach den Forschungen unse-

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leser

Der Sommer mit seinen vielen Veranstaltungen und Festen in unseren Gemeinden bringt es mit sich, dass auch Politiker als Ehrengäste bevorzugte Plätze bei den Festlichkeiten einnehmen. Gerne schmücken sich unsere Vereine und auch die Kommunen mit einer Vielzahl von Ehrengästen aus der Politik.

Und dann mühen sich die örtlichen Gruß- und Festredner ab, um die Historie oder die aktuelle Situation einer Gemeinde oder eines Vereins zu vermitteln. Stellen Probleme dar oder zählen Leistungen auf, die unsere Kommunen und die Bürgergesellschaft erbringen. Am Ehrentisch plaudern die versammelten Politiker aber munter weiter, erzählen

Politiker sollten lernen, besser zuzuhören

sich ihre Witze oder diskutieren über das, wofür sie auch schon im Bundestag, Landtag oder im Kreistag diskutiert und gestritten haben. Man könnte denken, dass sich die geladenen Politiker sonst nie sehen, sondern direkt auf den Anlass warten, wieder einmal bei einer Feier oder einem Fest an einem Tisch zu sitzen und zu reden und zu reden. „Jetzt reden sie wieder, anstatt zuzuhören“, so hörte ich kürzlich bei einer Stadtjubiläumfeier in unserer Partnergemeinde einen „einfachen“ Besucher, der sich durch das lebhaftige Geplauder am Ehrentisch vor ihm erregte, weil er sich in seiner Aufmerksamkeit gestört fühlte.

Das Problem wäre eigentlich schnell gelöst, würde man jeden Ehrengast vereinzeln und unter die Leute setzen. Aber, wer traut sich das schon?

Politiker haben ja leider sowieso den Ruf, nur zum Fenster hinauszureden, wenn sie reden und dass ein Zuhören kaum stattfindet. Die parlamentarischen Aussprachen heißen deshalb ja auch Debatten und nicht Diskussionen. Aber könnte man zumindest in Wahlkampfzeiten, wie sie nun vor uns stehen, nicht einmal die Gelegenheit nutzen, den Repräsentanten der Bürgergesellschaft, den Vereinsvorsitzenden (und wenn's geht auch uns Kommunalpolitikern) aufmerksamer zuzuhören, anstatt am Ehrentisch, der zudem immer vorm Rednerpult steht, mit halblauten Geplauder und damit kaum unüberhörbar für Redner wie Gäste zu stören?

Dieser Sommer kann für zuhörende Politiker heiß werden. Und erst, wenn jemand so richtig heiß gemacht ist, dann kann er wirklich brennen. Aufbruchstimmung zu Veränderungen könnte so erzeugt werden. Wir brauchen beide dringend.

phase der wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtung, die die Kultur und das Geistesleben der Bukowina im Bewusstsein der Deutschen und der Europäer bewahren sollte, kamen neue Formen und Strukturen des Zusammenlebens als Auftrag zur Gestaltung eines künftigen gemeinsamen Europas auf uns zu. Neue politische Verhältnisse nach 1990 verlangten neue Ideen, neue Werteordnungen, neue Konzepte auch für die Wirtschaft, die vor der Geschichte Bestand haben und über den Tag hinaus wirken.

Kontakte zu den Menschen

Von nun an war das Signal auf die Heimat unserer Patenlandsmannschaft, auf einen neuen Europageist auch im Sinne des Ostens, schlicht auf Kontakte zu den Menschen in der immer noch verbliebenen Bukowina der Gegenwart und auf die Wiederbegegnung europäischer Regionen auf der Grundlage der Humanität zu richten. Dabei erwies sich als ein enormer Vorteil, dass der Bezirk Schwaben über sein Bukowina-Institut an der Universität Augsburg verfügte, das auf wissenschaftlicher und kultureller Ebene mit den Universitäten in Czernowitz und Suceava kooperierte und in zielstrebiger Arbeit Partner in der Ukraine und in Rumänien gesucht hatte. Wir suchten abstrakte Gebiete und fanden konkrete Menschen.

Aus Patenschaft wurde Partnerschaft, aus Flucht und Vertreibung entstand ein Neubeginn im Geiste des europäischen Friedens. Aus der Vergangenheit wurden Spuren hinterlassen, doch das Ziel ist die Vision vom gemeinsamen Europa. Der Bezirk Schwaben wollte in den 90er Jahren mit den Gebieten Czernowitz in der Ukraine und Suceava in Rumänien eine regionale Partnerschaft im Dienste Europas vereinbaren. Jahrhunderte alt sind die Beziehungen zwischen Schwaben und der Bukowina.

1995, also heuer vor 10 Jahren, wurde in einem beeindruckenden Festakt eine Dreierpartnerschaft mit den Gebieten Suceava und Czernowitz im Augsburger Rathaus unterzeich-

net, wobei es in der Vorbereitungsphase nicht schwierig war, die Partnerschaft zwischen Schwaben und den beiden osteuropäischen Gebieten zu begründen. Schwieriger war die Dreiecksbeziehung der beiden osteuropäischen Partner untereinander. Es bestand Misstrauen.

Aufbruch zur Demokratie

Wenn wir die Partnerschaft fördern, treffen wir uns mit jenen Repräsentanten eines neuen, aber schwierigen Aufbruchs zur Demokratie, zur freien Wirtschaftsordnung, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Wir finden Freunde. Unbewusst und doch gewollt übernehmen wir traditionelle, geschichtliche Kontakte zwischen Schwaben und der Bukowina. Damit werden beispielhaft für Andere Bausteine für Europa auf seiner ganzen großen geistigen Grundlage gelegt. Zudem werden wir zum Miteinander in der Verantwortung für ein gutes, humanes Leben in unseren Partnerregionen verpflichtet.

Wir wissen sehr wohl, dass die Bukowina gegenwärtig nur noch als unbestimmte Regionalbezeichnung in Rumänien, wie in der Ukraine existiert. Heute ist die Bukowina nach wie vor auf zwei verschiedene Gebietskörperschaften in zwei unterschiedlichen Staaten, Rumänien und Ukraine, aufgeteilt. Ist dies ein Hemmnis? Ist dies von Bedeutung? Der Blick auf das Zurück hilft nicht für das Vorwärts. „Wo das Vaterland mit Grenzen und Kriegen untergeht, bleiben doch Muttererde und Heimat“, sagt der deutsche Schriftsteller Ernst Jünger.

Regionen dienen dazu, zu verzahnen im menschlichen und auch wirtschaftlichen Bereich, nicht um Grenzen zu beseitigen, sondern um ihnen ihre trennende Wirkung zu nehmen.

Die Jugend wird eine wichtige Rolle spielen; sei es durch Austauschprogramme unserer Universitäten, durch gemeinsame Forschungsobjekte, oder auch im berufsbildenden Sektor. Bisher wurde in den vergangenen Jahren das Eurodreieck Schwaben-Nordbukowina-Südbukowina und nunmehr auch mit dem

französischen Departement Mayenne zur Völkerverständigung durch gemeinsame Begegnungsprogramme für Jugendliche aus allen vier Regionen forciert. Die eigenen Einrichtungen des Bezirkes Schwaben unterstützen parallele Institutionen in unseren neuen Partnerregionen, etwa die psychiatrischen Krankenhäuser, wie Kaufbeuren und Günzburg. Wir möchten uns um die psychisch Kranken, die Menschen am Rande, die bedürftigen Kinder und die verlassenen Alten mitbemühen, weil wir darin einen Maßstab für unsere Kultur erblicken.

Schwaben hat mittlerweile das Hilfswerk Schwaben-Bukowina gegründet - eine Organisation für humanitäre und soziale Aufgaben in der Bukowina. Im schulischen Bereich gab es Unterstützungen und Begegnungen. Kindergärten und Schulen werden auch durch Schulungsprojekte der Deutschlehrer vorangetrieben. Unsere Hilfe hat mittlerweile dazu geführt, dass die Universität Augsburg beim Aufbau der Germanistik in Suceava geholfen hat.

Bereitschaft zum Helfen

Wir wollen alle Partner sein in der Bereitschaft zum Helfen, zum Unterstützen, vor allem im Sinne des gegenseitigen Verstehens mit dem echten Bekenntnis zur Vielfalt in Europa. Die Bukowina galt in der ursprünglich österreichischen königlich-kaiserlichen Monarchie als ein tolerantes Land, in dem alle Völkerguppen und Religionen sich musterergütig respektierten.

Dies kann bei den großen europäischen Einigungsbemühungen der Gegenwart auch für die Zukunft ein unendlich wichtiges Vorbild sein.

Geist der Freundschaft und Toleranz

Mit der Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunden bekannte sich der Bezirk Schwaben zum Geist der Freundschaft und Toleranz im Dienste Europas. Diese Doppelpartnerschaft war ein europäischer regionaler Weg zum Europa der Staaten. Es gibt europäische Partnerschaften, die (Fortsetzung auf Seite 4)

Brennpunkt Schwarzarbeit ...

(Fortsetzung von Seite 1) deshalb zwingend erforderlich“, betonte der Bereichsleiter.

„Wir vom Hauptzollamt Rosenheim haben konsequenterweise seit Dezember letzten Jahres Zusammenarbeitsgespräche mit den Landräten in unserem Bezirk (zwölf südliche Landkreise in Oberbayern) geführt, um das gemeinsame Vorgehen anzukurbeln. Dabei haben wir festgestellt, dass eine ganz wichtige, zum 1. 8. 2004 wirksam gewordene gesetzliche Änderung nicht oder nicht in ihrer ganzen Bedeutung in das Bewusstsein der Vergabestellen gerückt ist, nämlich das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung“, fuhr der Referent fort. Insbesondere § 21 dieses Gesetzes, der den Abschluss von öffentlichen Aufträgen regelt, sollte allen mit der Vergabe befassten kommunalen Stellen vertraut gemacht werden. Mayr: „Keine öffentliche Stelle sollte sich die Blöße geben, von diesem Instrument, das in erster Linie dem Schutz örtlicher mittelständischer Unternehmen dienen kann, nicht Gebrauch zu machen. Eine Nichtbeachtung hätte im übrigen ggf. auch schwerwiegende haftungsrechtliche Folgen für die Entscheidungsträger zur Folge.“

Prüfung durch öffentliche Auftraggeber

Zur Prüfung, ob ein Bewerber vom Wettbewerb auszuschließen ist, gebe es zwei Möglichkeiten: Zum einen können öffentliche Auftraggeber selbst Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister anfordern. Zum anderen - und dies hält Mayr für die praktischere Lösung - können öffentliche Auftraggeber vom Bewerber die Vorlage entsprechender Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister, die nicht älter als drei Monate sein dürfen, verlangen. Wichtig ist, dass die Entscheidung über den Ausschluss bereits vor Beginn des Wettbewerbs - also vor Versand der Ausschreibungsunterlagen - erfolgen soll. Der Gesetzgeber hat es allerdings nicht bei der gerade dargestellten Ausschlussprüfung belassen, sondern ist noch einen Schritt weiter gegangen. Danach sollen Bewerber auch schon vor Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer einschlägigen schwerwiegenden Verfehlung besteht, ausgeschlossen werden.

Informationen über solche Fälle sind bei den jeweils zuständigen Standorten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und - allerdings nur bei Verstößen gegen die Gewerbe- und Handwerksordnung - bei den Kreisverwaltungsbehörden als Verwaltungsbehörden im Sinne des Ordnungswidrigkeitengesetzes abzufragen.

Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle

Mayr regte an, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit - so wie im südlichen Oberbayern bereits geschehen - zunächst durch Gespräche auf der Ebene Landratsamt bzw. kreisfreie Stadt und Hauptzollamt zu führen und nähere Einzelheiten der Zusammenarbeit anschließend mit den örtlich zuständigen Standorten zu vereinbaren: „Ich gehe davon aus, dass - so wie bereits durch das HZA Rosenheim praktiziert - Beschäftigte der FKS bereit sein werden, auch die Gemeinden - am zweckmäßigsten anlässlich von Bürgermeisterbesprechungen - zu informieren.“

Weitere Möglichkeiten

Neben der gesetzlich festgelegten - oben bereits dargestellten - Auskunftserteilung der FKS an die öffentlichen Vergabestellen bieten sich laut Mayr folgende weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit an:

- Infos über festgestellte Unterangebote an die FKS
- Bekanntgabe des Baubeginns öffentlicher Bauten an die FKS
- Mitteilung im Rahmen der Bauaufsicht festgestellter Unregelmäßigkeiten/Verdachtsmomente (z.B. Auftreten nicht zugelassener Subunternehmer) an die FKS
- Mitteilung von in Gewerbeuntersuchungsverfahren wichti-

50 Jahre treue Partner ...

(Fortsetzung von Seite 3) mittlerweile zu europäischen Freundschaften von hochgradiger politischer Bedeutung geworden sind. Unsere gehören dazu. Akte der diktatorischen Tyrannei haben Menschen in ihrer Urexistenz getroffen. Das Heimholen ins Reich hat letztlich, ohne dass dies die diktatorisch Handelnden ahnen konnten, zur Heimholung in die europäische Zukunft geführt.

Kleine Schritte in der menschlichen Begegnung können

gen Erkenntnissen an die Verwaltungsbehörden bei den Landratsämtern und kreisfreien Städten (z.B. aktuelle Strafurteile, Bußgeldbescheide) durch die FKS.

Die Zusammenarbeit muss sich im übrigen nicht auf den Baubereich beschränken. Auch andere Vergaben (z.B. im sehr sensiblen Reinigungsgewerbe) bieten sich nach Darstellung Mayrs an. Mayr: „Die FKS-Stellen prüfen verstärkt öffentliche Bauten. Wir haben grundsätzlich kein Interesse daran, öffentliche Bauauftraggeber anzuprangern. Es war und bleibt die Absicht, das gemeinsame wirkungsvolle Vorgehen gegen Schwarzarbeit darzustellen und bei festgestellter Schwarzarbeit ggf. gemeinsam und abgestimmt an die Öffentlichkeit zu gehen. Dies setzt aber voraus, dass die öffentlichen Auftraggeber ihre Hausaufgaben bei der Vergabe erledigt haben.“

Völlig überzogene Angriffe

Zuvor hatte Innenminister Dr. Günther Beckstein zu seinem letztlich verworfenen Vorschlag, die Stichwahlen abzuschaffen, Stellung bezogen. Die CSU-Kommunalpolitiker seien die einzigen gewesen, die sich dazu bekannt hätten, den Vorschlag öffentlich zu diskutieren, so der Minister. Als erkennbar gewesen sei, „dass der Mut zur Auseinandersetzung nur sehr begrenzt vorhanden war“ und er sich „völlig überzogener Angriffe der anderen Parteien“ gegenübersah, habe er, Beckstein, es vorgezogen, „zumindest in dieser Wahlperiode das Thema nicht mehr aufzugreifen“.

Zwischenwahlen

Nach wie vor aktuell ist hingegen die Absicht der Staatsregierung, das Kommunalwahlgesetz dahingehend zu ändern, dass

größere Wirkung haben als die Unterschriften höchster Staatsmänner. Die Europawahl ist in Bewegung geraten. Wir vermisen allerdings immer mehr, dass die Europadefinition für die künftigen Grenzen der Europäischen Union fehlt; sie muss auf der Wertebasis erfolgen und darf nicht ausschließlich nach den geografischen Grenzziehungen geschehen. Die europäischen Aufnahmewünsche Rumäniens brauchen nun den Vollzug. Rumänien ist europäisch, auch im Sinne der heutigen Definition.

Nach dem berührenden wie bedeutsamen Treffen der Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen in Radautz und Suceava im Jahre 2001 bleibt als Auftrag für uns alle, die Bukowina mit beiden Teilen zum Bahnbrecher der Europäisierung zu machen. Im Rahmen der Partnerschaft haben wir dazu beigetragen, dass Rumänien EU-bereit wird. Dies ist keine Übertreibung.

Näher zum Miteinander

In früheren Diskussionen um die künftigen EU - Außengrenzen stand auch schon die Ukraine im Mittelpunkt. Ihre jüngste politische Entwicklung bringt uns näher zum Miteinander. Was wird mit der Ukraine in der EU? Die Ukraine gehört zu Europa. Die Hitler-Stalin-Grenze mitten durch die Bukowina darf nicht die äußerste Grenze der Europäischen Union werden. 50 Jahre gelungener Partnerschaft - 10 Jahre regionale Partnerschaften können Landsmannschaft und Bezirk Schwaben mit Freude und Stolz erfüllen, weil aus dieser Beziehung ein zukunftsge-rechter Europaweg geworden ist.

sog. Zwischenwahlen von Bürgermeistern und Landräten nur noch mit Europa-, Bundestags- oder Landtagswahlen stattfinden sollen. Zwischenwahlen werden zum Beispiel nötig, wenn während einer Wahlperiode ein Bürgermeister oder Landrat zurücktritt oder verstirbt. Dann muss entsprechend der aktuellen Rechtslage der Bürgermeister oder Landrat innerhalb einer Frist von drei Monaten neu gewählt werden, und zwar auf sechs Jahre und nicht nur bis zum nächsten allgemeinen Kommunalwahltermin. Nunmehr stehen Überlegungen im Raum, die Wahlperiode auf maximal vier Jahre zu verkürzen oder auf maximal acht Jahre zu verlängern.

Sozialhilfe

In einem kurzen Zwischenbericht zur Bezirksreform verwies Beckstein auf die Grundüberlegung der Staatsregierung, zunächst das „Auseinanderfallen von Finanz- und Aktionsverantwortung“ in punkto Ausländer- und Sozialhilfe zu reduzieren. Breite Übereinstimmung gebe es dahingehend, die Finanzverhandlungen wieder den Landkreisen zu überlassen, „allerdings mit einem Ausgleich finanzieller Verschiebungen“. Dies zu definieren, sei jedoch ein schwieriges Unterfangen, „da die Frage, welche Auswirkungen Hartz IV hat, äußerst unterschiedlich eingeschätzt wird“.

Allseits beklagt wird Beckstein zufolge das Auseinanderfallen von stationärer und ambulanter

Kommunen fühlen ...

(Fortsetzung von Seite 1) Die Städte stünden damit wieder vor der Frage, wie sie mit sinkenden Steuereinnahmen weiterhin steigende Sozialkosten finanzieren sollen. Schaidinger: „Wer den Sozialstaat erhalten will, muss im vertretbaren Rahmen die Sozialstandards senken.“

Allein die im Gesetzentwurf enthaltenen Einschränkungen weiterhin bestehender gesetzlicher Leistungsansprüche hätten den Kommunen geholfen, jährlich rund 500 Mio. Euro einzusparen. Damit wären laut Schaidinger Fälle betroffen gewesen, in denen gut betuchte Bürger die Hilfe der Allgemeinheit beanspruchten, obwohl sie selbst in der Lage sind, notwendige Hilfen zu bezahlen. Beispielsweise sollten sich einkommensstarke Eltern an den Fördermaßnahmen für ihre Kinder beteiligen, für Jugendliche, die in Heimen untergebracht sind, sollte kein Kindergeld mehr bezahlt werden.

„Unser Vertrauen in den nachhaltigen Einsatz von Staatsministerin Christa Stewens in Berlin und die vielen Absichtserklärungen aus den Reihen der Bundestagsabgeordneten wurde bitter enttäuscht. Wir werden aber nicht nachlassen, die Einführung einer Finanzkraftklausel im Sozial- und Jugendhilferecht einzufordern“, kündigte seinerseits Landkreistagspräsident Theo Zellner an.

Leistungsfähigkeit berücksichtigen

Seit Jahren beharre der Bayerische Landkreistag darauf, bei der Gewährung sozialer Leistungen auch die finanzielle Leistungsfähigkeit kommunaler Träger zu berücksichtigen. Eine solche Regelung sei für eine echte Entlastung der Kommunen unverzichtbar. Darin seien sich alle bayerischen kommunalen Spitzenverbände einig. Auch der Deutsche Landkreistag unterstütze diese Forderung. Die neue Bundesregierung werde sich folglich auf weitere Initiativen des Bayerischen Landkreistags einstellen müssen, stellte Präsident Zellner abschließend fest. **DK**

Veranstaltungshinweis:

Kommunale Finanz- und Versicherungsthemen

Finanz- und Versicherungsthemen für Kommunen stehen auf der Tagesordnung einer Seminarveranstaltung, zu der die Wirtschafts-Assekuranz Makler GmbH am Donnerstag, 28. Juli 2005 ins Kurhaus nach Bad Aibling einlädt. Zielgruppen sind Bürgermeister, Kämmerer, Geschäftsleiter, Amtsleiter, Stadt- und Gemeinderäte. Am Vormittag referiert Rechtsanwalt Winfried Ramsel über „Die Verantwortung kommunaler Spitzenbeamter - Möglichkeiten der Risikobewältigung bzw. -minimierung“. Er beschäftigt sich mit der Frage, wie Bürgermeister, Kämmerer und Geschäftsführer ihre Haftung durch Versicherungen abdecken und sich gegen wachsende haftungsrechtliche und strafrechtliche Risiken wappnen können.

Nach der Mittagspause spricht Helmut Frank, Geschäftsführer der Wirtschafts-Assekuranz Makler GmbH, über „Möglichkeiten zur Optimierung der kommunalen Sachversicherung“. Besonders im Sachversicherungsbereich kommt es immer wieder zur Unter- oder Überversicherung. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie man diese Haftungsfallen abwendet und effizient Versicherungsverträge verwaltet.

Weitere Informationen: Wirtschafts-Assekuranz Makler GmbH, Harthäuser Str. 83, 83043 Bad Aibling, Tel: 08061-9335-0 / Fax: 08061-9335-990, Mail: aib@wiass.com / Intranet: www.wiass.com. **□**

Hilfe - letztere sei deutlich reduziert. Abhilfe soll nunmehr ein „der Wirtschaftlichkeit Anreiz bietendes Finanz-Ausgleichssystem“ schaffen, für das Landkreise und kreisfreie Städte verantwortlich zeichnen. Stichwort Eingliederungshilfe bei Behinderten: Diese soll stationär bei den Bezirken belassen werden, was zur Folge hätte, dass der Spitzenverband auch nicht in seinem Bestand gefährdet wäre. Die Eingliederungshilfe im ambulanten Bereich soll hingegen wie bisher bei den Landkreisen bleiben. Diese Regelung habe den Vorteil einer deutlichen Reduzierung der Netto-Bezirksumlage.

Individuelle Finanzierungen

„Als unabhängiger Partner der Kommunen“ stellte sich abschließend die KFB Fachberatung für Kommunen GmbH mit Sitz im oberpfälzischen Reuth vor. Die KFB-Bereichsleiter Thomas Völkl und Jakob Landgraf präsentierten das Konzept des Kommunalconsulters und -finanziers, der für Kommunen,

Städte, Landkreise, Märkte und Gemeinden bei der Investition wesentliche Aufgaben übernimmt.

Kommunen sollten weiterhin Einfluss nehmen können auf Gebühren und Kosten in ihrem Dienstleistungsangebot und trotzdem in der Lage sein, zeit- und bedarfsgerecht für wirtschaftliche Investitionen zu sorgen und dort eine Vorreiterrolle spielen, wo man wichtige Ressourcen wie z.B. Energie einsparen kann. Die KFB hat sich hier als wertvoller Partner für die Städte und Gemeinden erwiesen, u. a. beim Bau von Schulen, der Sanierung von Kläranlagen, dem Neubau von Wohn- und Gewerbegebieten, bei Schulsanierungen und bei der Anschaffung wichtiger Immobilien und Mobilien.

„Jedes extern finanzierte Investitionsmodell ist ein individuelles Modell, das nicht von der Stange zu kaufen ist“, so die Referenten, es erfordere vielmehr Kreativität und Know-how. Hier könne die Kommune unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit viel erreichen. **DK**

Ländlicher Raum:

Miteinander der Generationen

Miller eröffnete die 8. Bayerischen Tage der Dorfkultur

Angesichts der demographischen Entwicklung muss der ländliche Raum auch in Zukunft für alle Altersgruppen Lebensqualität bieten. Bei der Eröffnung der „8. Bayerischen Tage der Dorfkultur“ in Vilseck rief Landwirtschaftsminister Josef Miller Regionen und Gemeinden dazu auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um das Lebensumfeld entsprechend attraktiv zu gestalten.

„Wir müssen alles tun, damit die junge Generation nicht wegzieht und die Dörfer nicht überaltern.“ Dies sei eine der großen Herausforderungen der Zukunft. Durch ein aktives Mitwirkungsangebot in allen Lebensbereichen müsse man die junge Generation an die Region binden. Gleichzeitig gelte es, die Erfahrung und die Zeit der älteren Menschen zu nutzen. Miller: „Im gegenseitigen Ergänzen von Lebenserfahrung und Vitalität liegt die Stärke des ländlichen Raums.“ Staat und Kommunen seien der nachwachsenden Generation und den Senioren gleichermaßen verpflichtet.

Zusammenarbeit

Die Lösung der komplexen Aufgaben der Zukunft ist nach Überzeugung des Ministers von einzelnen Gemeinden allein nicht zu bewältigen. Als hervorragendes Beispiel für die kommunale Zusammenarbeit auf regionaler Ebene bezeich-

nete er das Netzwerk der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach (AOVE). Über 100 Vertreter arbeiten mit den Bürgermeistern der neun Nachbargemeinden in fünf überörtlichen Arbeitskreisen und mehreren Projektgruppen an der Planung und Umsetzung gemeinsamer Vorhaben.

70 Veranstaltungen

24 Verfahren der Dorferneuerung und Flurneuordnung mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 41,3 Millionen Euro und einem Fördermittelbedarf von 25,8 Millionen Euro wurden bisher durchgeführt. Dazu kommen 23 LEADER++-Projekte mit einer Gesamtsumme von 1,25 Millionen Euro.

Die AVOE ist bis 26. Juni Gastgeber der Dorfkulturtage. Das Programm umfasst rund 70 Veranstaltungen. Die Dorfkulturtage, die 1990 ins Leben gerufen wurden, finden alle zwei Jahre in einem anderen bayerischen Regierungsbezirk statt. **□**

GZ-Interview mit Staatssekretär Georg Schmid zum Thema Mobilfunk:

Was die ÖDP verspricht, kann sie nicht halten

Die Gemeinden müssten mit großem Aufwand und Ärger rechnen

Neben den Argumenten beim Mobilfunk-Volksbegehren, die sich mit Umweltschutz und Gesundheit auseinandersetzen und Ängste schüren, spielen auch rein rechtliche Fragen eine wichtige Rolle. Insbesondere wird immer wieder behauptet, dass der Spielraum der Gemeinden verbessert würde, wenn das Anliegen der ÖDP eine Mehrheit fände. Über die tatsächliche Faktenlage sprach GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel mit dem Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, Georg Schmid.

GZ: Seit wann sind Mobilfunkmasten unterhalb von zehn Metern in Bayern baugenehmigungsfrei?

Schmid: Antennen, zu denen auch Mobilfunkmasten zählen, bis 10 m Höhe sind wegen ihrer geringen bau- bzw. bodenrechtlichen Relevanz seit jeher baugenehmigungsfrei. Mit der Novellierung der Bayerischen Bauordnung vom August 1997 wurde schließlich zum 1.1.1998 auf Grund der Zunahme von Mobilfunkmasten die Genehmigungsfreiheit ausdrücklich auch auf die zugehörigen Versorgungseinheiten mit einem Rauminhalt bis zu 10 m³ sowie, soweit sie auf oder an einer bestehenden baulichen Anlage errichtet werden, die damit verbundene Änderung der Nutzung oder der äußeren Gestalt der Anlage erstreckt.

GZ: Warum wurde die Baugenehmigungsfreiheit eingeführt?

Schmid: Die Errichtung von Masten unter 10 m Höhe wirft bauordnungsrechtlich, insbesondere auch statisch-konstruktiv, keine nicht ausschließlich durch den Bauherrn zu bewältigenden

in Bayern grundsätzlich genehmigungsfrei oder unterliegen die Mobilfunkmasten anderen Genehmigungsprozessen?

Schmid: Masten bis zu einer Höhe von 10 m sind grundsätzlich baugenehmigungsfrei. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie auch in einem rechtsfreien Raum errichtet werden könnten. Vielmehr müssen die Betreiber sicherstellen, dass die entsprechenden Befreiungen, die sich zum Beispiel auch aus dem Bauplanungsrecht ergeben, eingehalten bzw. gegebenenfalls die entsprechenden Befreiungen oder Ausnahmen erteilt werden.

Des Weiteren sind bauliche Anlagen unabhängig von der Genehmigungspflicht so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben und Gesundheit, und die natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährdet werden. Ferner muss nach § 7 der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder - 26. BImSchV) vom 16.12.1996 das geplante Vorhaben gegenüber der unteren Immissionsschutzbehörde angezeigt werden. Dabei wird eine so genannte Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post vorgelegt, die Aussagen darüber enthält, ob die Schutzabstände, die speziell

zum Schutz von Personen gelten, eingehalten werden. Dabei werden auch das Zusammenwirken u. U. mehrerer am Standort befindlicher Sendeanlagen und deren Richtcharakteristik sowie die standortspezifische Grundbelastung berücksichtigt.

GZ: Ist Bayern das einzige Bundesland mit einer Baugenehmigungsfreiheit für Mobilfunkmasten unterhalb von 10 Metern?

Schmid: Nein, in der ganz überwiegenden Zahl haben die anderen Bundesländer, wie auch die Musterbauordnung 2002, vergleichbare Regelungen.

GZ: Die ÖDP behauptet, durch die Änderung des Baurechts würde die Position der Gemeinden gestärkt. Die Gemeinden könnten dann Mobilfunkmasten beispielsweise in Wohngebieten verhindern. Stimmt das?

Schmid: Nein. Ein Baugenehmigungsverfahren würde den Gemeinden keine neuen Einflussmöglichkeiten eröffnen. Vor allem erfolgt auch im Baugenehmigungsverfahren keine Prüfung von Standortalternativen. Vielmehr muss die Gemeinde im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ihr Einvernehmen erteilen, wenn die baurechtlichen Anforderungen erfüllt sind. Verweigert sie dieses rechtswidrig, kann es durch die Bauaufsichtsbehörde ersetzt werden, was in aller Regel erfolgt. Damit kommt es zum Streit und zur Zeitverzögerung, nicht aber zur Verhinderung beantragter Antennenstandorte.

Wegen Verletzung der Amtspflicht können auf die Gemeinden u. U. erhebliche Schadensersatzforderungen zukommen. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich daher ausdrücklich gegen die Einführung einer



Staatssekretär Georg Schmid und Anne-Marie von Hassel. □

Baugenehmigungspflicht ausgesprochen.

GZ: Die ÖDP fordert außerdem, ein Minimierungsgebot für Immissionen in den Landesentwicklungsplan zu verankern. Welche Folgen hätte das?

Schmid: Eine solche landesplanerische Vorgabe könnte zu möglicherweise gravierenden Erschwernissen für die Bauleitplanung führen. Die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsprogramms sind von den Gemeinden bei ihrer Bauleitplanung zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Es ist absehbar, dass über diese neuen Vorgaben „Gesundheitsvorsorge“ und „Minimierung der Strahlenbelastung“, die hinsichtlich des Mobilfunkausbaus beachtlich sein sollen, vor allem die Öffentlichkeitsbeteiligung bei vielen Bauleitplänen zu einem Forum für die Auseinandersetzung mit dem Thema Mobilfunk würde. Die Grenzwertfrage, die das ei-

gentliche Hauptanliegen des Volksbegehrens ist, würde damit zum Gegenstand der Planungsentscheidungen und Diskussionen bei vielen Bauleitplänen werden. Eine solche Entwicklung widerspräche nicht zuletzt allen Bemühungen der Staatsregierung um Deregulierung und Straffung von Verfahren.

GZ: Nehmen wir an, das ÖDP-Begehren geht durch und erlangt Gesetzeskraft. Wie würde dann der Genehmigungsprozess für Mobilfunkstandorte ablaufen?

Schmid: Wie jedes andere Baugenehmigungsverfahren auch - nämlich nach Recht und Gesetz und nicht als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele, die im Gesetz keine Stütze finden. Was das Volksbegehren verspricht, kann es nicht halten.

GZ: Die ÖDP fordert in der Lokalpresse immer wieder längere Öffnungszeiten und zusätzliche Eintragungsmög- (Fortsetzung auf Seite 6)

Was die ÖDP verspricht ...

(Fortsetzung von Seite 5)
lichkeiten. Entscheidet hier jede Gemeinde selbst, wo und wann man sich Einschreiben kann oder gibt es verbindliche Vorgaben?

Schmid: Gesetzliche Grundlage für die Auslegung der Eintragungslisten ist Art. 68 Abs. 2 Landeswahlgesetz. Danach haben die Gemeinden die Eintragungslisten für die Dauer der zweiwöchigen Eintragsfrist für die Unterzeichnung bereitzuhalten. Die Eintragungsstunden und die Eintragungsräume sind so zu bestimmen, dass jede stimmberechtigte Person ausreichend Gelegenheit findet, sich an dem Volksbegehren zu beteiligen.

Jede Gemeinde bildet mindestens einen Eintragsbezirk; für jeden Eintragsbezirk ist mindestens ein Eintragsraum einzurichten. Bei starkem Andrang können weitere Räume eröffnet werden. Als Eintragungsräume sollen gemeindliche Amtsräume, also in der Regel die Rathäuser, in größeren Städten auch geeignete Verwaltungsstellen, bestimmt werden. Sie sollen leicht zugänglich und müssen deutlich gekennzeichnet sein (§ 75 Landeswahlordnung).

Für die Festlegung der Eintragszeiten enthält § 79 Abs. 2

Satz 1 LWO konkrete Mindestvorgaben, die in jeder Gemeinde zumindest für den zentralen Eintragsraum zu beachten sind:

An den Werktagen von Montag bis Freitag von 8 Uhr bis 12 Uhr, an den Werktagen von Montag bis Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr, an einem Werktag von Montag bis Freitag bis 20 Uhr, an einem Samstag oder Sonntag zwei Stunden.

Die Gemeinden entscheiden im Übrigen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Beachtung des Grundsatzes des Art. 68 Abs. 2 Satz 2 LWG und unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse, insbesondere der vorhandenen Eintragsbezirke und -räume, in eigener Verantwortung, ob und inwieweit die genannten Eintragszeiten erweitert werden, z.B. ob an weiteren Wochentagen oder an weiteren Abenden Eintragungsmöglichkeiten angeboten werden.

Sind in einer Gemeinde weitere Eintragungsräume eingerichtet, können für diese entsprechend den jeweiligen personellen und räumlichen Voraussetzungen unter Beachtung der genannten Grundsätze andere (d.h. auch kürzere) Eintragszeiten festgelegt werden.

Die festgelegten und bekannt gemachten Öffnungszeiten können wegen starken Andrangs jederzeit überschritten oder verlängert werden. Dagegen ist eine Verkürzung der bekannt gemachten Eintragszeiten - unabhängig vom Zuspruch der Stimmberechtigten - nicht zulässig.

GZ: In diesem Jahr gibt es in Bayern zwei Volksbegehren (G8, Mobilfunk). Was kostet den Steuerzahler die Durchführung eines solchen Volksbegehrens eigentlich?

Schmid: Die Kosten der Herstellung der Eintragungslisten und deren Versendung an die Gemeinden und Landratsämter tragen die Antragsteller des Volksbegehrens, die Kosten der Feststellung des Ergebnisses fallen dem Staat, die übrigen Kosten den Gemeinden zur Last (Art. 74 Landeswahlgesetz).

Die Kosten der Ergebnisfeststellung sind zu vernachlässigen. Es sind hierfür auch keine besonderen Mittel im Staatshaushalt vorgesehen. Über die Höhe der den Gemeinden verbleibenden Kosten liegen uns keine näheren Erkenntnisse vor, da sie vom Staat nicht erstattet werden. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um „laufende“ Kosten

der Bereitstellung der Eintragungsräume und des für die Eintragung benötigten Personals sowie für die Erstellung der Wählerverzeichnisse, für Bekanntmachungen und für eventuell benötigte Vordrucke. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Eintragung regelmäßig in Amtsräumen und zum größten Teil in den regulären Dienstbetriebszeiten stattfindet und eine weitgehende Automatisierung der technischen Vorbereitungsarbeiten möglich ist.

GZ: Und was kostet die Durchführung eines Volksentscheids?

Für die isolierte, also ohne Verbindung mit einer eventuell stattfindenden Wahl, Durchführung eines Volksentscheids müssten im Staatshaushalt etwa 8 Millionen Euro angesetzt werden. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Kosten für die Stimmmittel, für die Briefwahl einschließlich Porto, die Ergebnisermittlung, die Entschädigungen der ehrenamtlichen Wahlhelfer und die sonstigen zusätzlichen Kosten bei den Gemeinden, wie Wahlbenachrichtigungen, Bereitstellung von Wahllokalen und Beschaffung von Vordrucken (Art. 17 Landeswahlgesetz).

GZ: Warum hat man das Volksbegehren G8 und Mobilfunk nicht zeitgleich durchgeführt?

Schmid: Die Festlegung der Eintragsfristen für Volksbegehren obliegt dem Staatsministerium des Innern im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften (Art. 65 Landeswahlgesetz). Nach der bisherigen Staatspraxis wird bei zeitgleich oder in engem zeitlichen Zusammenhang eingereichten bzw. zugelassenen Volksbegehren mit jeweils unterschiedlichen Themen eine Trennung bei der Eintragsfrist vorgenommen, wie auch im vorliegenden Fall.

Grundsätzlich muss jedes einzelne Volksbegehren für sich genommen den Nachweis hinreichender demokratischer Legitimation erbringen. Im Fall einer Zusammenlegung könnte ein Volksbegehren an der Popularität eines anderen Volksbegehrens partizipieren. Ein solcher Mitnahme-Effekt würde die von der Verfassung und dem Landeswahlgesetz an den Erfolg eines Volksbegehrens geknüpften Hürden zum Nachweis der erforderlichen demokratischen Legitimation faktisch senken. □



Bürgermeister Dr. Michael Rapp unterschrieb den Vertrag mit mps. Im Bild hinter ihm (v.l.): mps-Vertriebsleiter Guido Hennemann, Kreszenzia Oppenrieder, Hubert Süß und Geschäftsführer Siegfried Maier. □

Neue Software für zukünftiges Buchungssystem in Murnau:

Mehr Transparenz fürs kommunale Finanzwesen

Die Weichen für die Einführung eines neuen kommunalen Finanzmanagements im Murnauer Rathaus sind gestellt: Bürgermeister Dr. Michael Rapp setzte nun seine Unterschrift unter ein Vertragswerk mit der Koblenzer Firma mps public solutions gmbh, das den Weg für mehr Transparenz und Nachhaltigkeit im Finanzwesen frei machen soll.

Es gehe darum, so Rapp, durch größere Transparenz bei den Einnahmen und Ausgaben den Ressourcenverbrauch zu verdeutlichen und daraus nötige Schlüsse ziehen zu können.

Umbau in gezielten Schritten

Viele der Murnauer Gemeinderäte, sagte er weiter, seien aufgrund Ihrer beruflichen Erfahrungen mit dem Rechnungssystem „Doppik“ bereits vertraut. Er und Marktkämmerer Hubert Süß nahmen an Fortbildungen und Seminaren teil, um dafür fit zu sein. Rapp sprach von einem „Pilotprojekt“ und einem „Umbau in gezielten Schritten“. Kämmerer Süß ergänzte: „Mit der Finanzpolitik, die wir bis

jetzt betrieben, wären wir auf lange Sicht nicht mehr zurecht gekommen.“

Im Murnauer Rathaus wird die neue Finanz-Software mpsNF die bisher eingesetzte Lösung mps-CITYnt noch im Frühjahr dieses Jahres komplett ablösen. Für die Haushaltsplanung hatte man die alte Software bereits vor zwei Jahren mit neuen Software-Komponenten der mpsNF-Familie erweitert - und hierdurch ausgiebig testen können. Als nächsten Schritt plant man in Murnau die Anlagenerfassung und -bewertung. Bis 2008 möchte man mit Hilfe der Beratungsagentur 2Plus Consult GmbH, München die durchgängige Umstellung auf das führende Buchungssystem Doppik realisiert haben. □

Was tun gegen „Spams“?

Von Prof. Dr. Klaus Jamin

Eine Schule im Norden Münchens erhielt 28.000 Spam Mails innerhalb kürzester Zeit. Der zuständige Lehrer war tagelang dabei, die Rechner seiner Kollegen zu bereinigen - trotz genügend vorhandener Anti-Spam Software. Aber nicht nur diese Schule ist betroffen auch die Professoren der Fachhochschule München klagen über eine Flut von eMails, die bisher mit keinen Mitteln eingedämmt werden konnten. Sie erhielten sogar zweifelhaft eMails bei denen sie - laut Absenderangabe - selbst Absender gewesen sein sollen. Vielen Behörden geht es ähnlich. Trotz guter Spam-Filter schaffen es gewiefte Hacker, beziehungsweise deren Suchmaschinen, immer wieder, Adressen gutgläubiger Anwender zu sammeln und an diese massenweise Mails mit dubiosen und teilweise sogar kriminellen Angeboten zu versenden.

Die Schule in München war wahrscheinlich von dem Mail-Wurm W32/Sober.P befallen (sober kommt aus dem Englischen und bedeutet sachlich, vernünftig). Der Virus ist in der Lage, die Verbreitung von rechtsradikalen Texten zu unterstützen. Der Schaden ist zwar, zumindest was den Betrieb des Computers betrifft, eher gering; man kann sich jedoch vorstellen, dass gerade junge Menschen, die am Computer arbeiten und die rechtsradikalen Texte lesen, weitere Links (Verbindungen zu weiteren Texten) anklicken.

In den letzten Jahren wurde das Thema Spamfilterung und -abwehr von Software-Unterneh-

men als sehr wichtig betrachtet. Unternehmen wie Microsoft oder Yahoo wollten dieses leidige Problem endlich lösen. Dabei wurden verschiedene Konzepte ausprobiert und teilweise wieder verworfen.

„Sender-ID“ - Absender-Identifizierung

Als Ergebnis muss man nüchtern feststellen, dass die Flut der unerwünschten eMails zugenommen hat. Jetzt werden nicht mehr nur Produkte angeboten, vielmehr sollen die Nutzer getäuscht werden, um Kreditkartendaten oder Zugangsdaten zu erhalten.

Der Traum von einer allumfassenden Spamschutz-Maschine oder der Schutz-Software konnte bisher nicht Wirklichkeit werden. Dafür müsste jeder, der sich im www - im „worldwide web“ - bewegt, identifizierbar sein. Das ist technisch möglich; aber es müsste - endlich! - politisch gewollt sein! Jeder Nutzer muss die Möglichkeit haben individuell zu bestimmen, was erwünschte oder unerwünschte eMails sind. In den meisten Fällen belästigt nicht nur „Viagra-Post“ die Nutzer. Immer mehr werden die Newsletter, Gewinnspiel-Nachrichten oder einfach auch Post von nervenden Zeitgenossen als störend empfunden.

Inhaltsüberprüfung

Ärger bereiten aber auch Spamfilter, die den Inhalt einer eMail überprüfen und dann (Fortsetzung nächste Seite)

Das bessere Konzept ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sentlich höhere elektromagnetische Felder einwirken als durch Antennen in der Nachbarschaft. Die Forschungsergebnisse werden laufend bewertet, um ggf. eine Änderung des Schutzkonzeptes zu veranlassen.

- Ein Baugenehmigungsverfahren kann sich immer nur auf den konkret beantragten Standort beziehen. Der Genehmigungsbehörde ist es verwehrt, dem Antragsteller Alternativstandorte vorzuschlagen und für geeignet zu erklären

- Ein Baugenehmigungsverfahren gibt auch den Gemeinden nicht mehr Einfluss. Die Gemeinde muss ja sagen, wenn die baurechtlichen Anforderungen erfüllt sind. Verweigert sie das für das Genehmigungsverfahren erforderliche Einvernehmen rechtswidrig, kann es durch die Bauaufsichtsbehörde ersetzt werden, was in aller Regel erfolgt. Damit kommt es zum Streit und zur Zeitverzögerung, nicht aber zur Verhinderung beantragter Antennenstandorte. Wegen Verletzung der Amtspflicht können auf die Gemeinden u.U. erhebliche Schadenersatzforderungen zukommen.

Spitzenverbände gegen Baugenehmigungspflicht

Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern wissen sehr genau, worum es geht. Deshalb haben sie sich klar gegen die Baugenehmigungspflicht ausgesprochen. Dem hat sich auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund angeschlossen. Die bayerische Rechtslage entspricht der Musterbauordnung 2002 und den Regelungen in der weitaus überwiegenden Zahl der Länder.

Deshalb: Die Einführung eines Baugenehmigungsverfahrens würde in der Sache nichts bringen - außer mehr Regulierung und Bürokratie -, aber Tür und Tor öffnen für überflüssigen Streit und nutzlose Prozesse. Es wird dem berechtigten Anliegen der Gemeinden nach Mitsprache und Auswahl von Alternativen mit möglichst geringen Auswirkungen in keiner Weise gerecht. Dies sind auch die Gründe, weshalb der Bayerische Landtag bereits drei Mal - in den Jahren 1998, 2001 und 2004 - den jeweils gleichen Antrag der GRÜNEN auf Einführung einer Bau-

genehmigungspflicht mit großer Mehrheit von CSU und SPD abgelehnt hat.

Dem Anliegen der Gemeinden nach Mitsprache und damit auch den Bedürfnissen besorgter Mitbürger kommt wesentlich besser der Mobilfunkpakt Bayern II entgegen. Mit dem Pakt ist ein gut funktionierender Dialog zwischen Gemeinden und Netzbetreibern entstanden:

- Der Pakt sichert der Gemeinde frühzeitig Informationen über geplante Standorte. Zur Zeit gibt es in Bayern ca. 8000 Standorte für Mobilfunksendeanlagen und ca. 9 Millionen Handynutzer.

- Der Pakt regelt ein Beteiligungsverfahren. Es gibt das sogenannte Fristenverfahren für Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern. Und es gibt die „runden Tische“ für die Gemeinden, die mehr als 50.000 Einwohner haben.

- In beiden Verfahren kann die Gemeinde die Prüfung von Alternativstandorten von den Netzbetreibern verlangen. Die Betreiber haben sich verpflichtet, die Alternative bei funktechnischer Eignung und wirtschaftlicher Zumutbarkeit zu realisieren. Der Jahresbilanz 2004 zu Folge konnten über 90 % der neuen Standorte einvernehmlich errichtet werden. Damit ist der Mobilfunkpakt unbestreitbar ein Erfolg.

Sorgen werden ernst genommen

Die rasante Entwicklung der Mobilfunknutzung und der zugehörige Ausbau der Netze haben eine kritische Diskussion in der Öffentlichkeit ausgelöst. Politik und Verwaltung in Bayern nehmen die Sorgen um die Gesundheit ernst. Der Mobilfunkpakt ist nur ein Beispiel dafür. Die Einführung eines Baugenehmigungsverfahrens wäre ein Rückschritt. Risikominimierung durch einvernehmliche Standortoptimierung hat sich bewährt und ist zukunftsweisend - wenn ihr nicht durch die Einführung einer Genehmigungspflicht nach Schema F die Grundlage entzogen wird. Für eine lediglich vordergründige, in der Sache jedoch ineffiziente Regelungsbefugnis eine unbestritten funktionierende Form der Zusammenarbeit wie den Mobilfunkpakt preiszugeben, wäre die schlechteste der Lösungen. □

Endlich erste Erfolge gegen Spam-Versender

Von Klaus Jamin

Mehrere Millionen unerwünschter Massen-eMails wurden von einem in Nordrhein-Westfalen niedergelassenen Unternehmen verschickt. Microsoft hat am 1. Juni 2005 eine Unterlassungs- und Schadenersatzklage wegen Spamming und Markenverletzung gegen dieses Unternehmen eingeleitet.

Auch Symantec passt auf und warnt vor gefälschter Anti-Viren-Software. Gefälschte Mails gaukeln vor, Viren zu beseitigen. Hinter dem vermeintlich hilfreichen Link verbirgt sich jedoch keine hilfreiche Software, sondern ein Trojaner, der versucht, sensible Daten auf dem Rechner des Anwenders auszuspionieren.

In Deutschland ist der Versand von Spam-Mails immer noch kein strafbarer Tatbestand. Aus diesem Grund verklagt Microsoft die Firmeninhaber wegen Verstoßes gegen das UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb). □

Staatsminister Erwin Huber bei komuna:

Glückwunsch zum Firmenjubiläum

Verwaltungsmodernisierung und eGovernment - Herausforderung für Staat und Kommunen

Mit einem glanzvollen Fest beging das Altdorfer EDV-Unternehmen komuna im Beisein von Staatsminister Erwin Huber sowie nahezu 300 Gästen aus bayerischen Kommunen ihr zehnjähriges Firmenjubiläum. Anlaß zum Feiern haben die beiden Geschäftsführer Ludwig Atzberger und Franz Fuchs. Huber bezeichnete in seiner Gratulationsrede die beiden als „Pioniere der Zukunft“, die gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mutig ihre Ideen verwirklicht und aus eigener Kraft ein angesehenes und erfolgreiches Unternehmen geschaffen haben.

Heute ist komuna ein mittelständisches Unternehmen mit über 30 Mitarbeitern an vier Standorten. „Als Spezialist für Beratung und Betreuung von Kommunalverwaltung hat sich komuna bayernweit einen Namen gemacht. Und die Ausweitung auf Baden-Württemberg zeigt: komuna ergreift mutig und entschlossen ihre Chancen“, so der Minister. „Wir brauchen mehr solcher optimistischer Gipfelstürmer“. Deutschland müsse „raus aus der Defensive“; wenn

alle dächten und handelten wie die Menschen bei komuna, gäbe es keine Opfer, sondern nur noch Gestalter des Fortschritts.

Den Pioniergeist von komuna brauche Deutschland. Huber bezeichnete das Unternehmen Musterbeispiel für junge Unternehmen, die trotz aller Härte des Wettbewerbs auf eigene Kräfte und Ideen setzen; für Unternehmen, die ihre Mitarbeiter und deren enge Bindung zu ihrer Firma schätzen und hoch halten; für Unternehmen, die am Standort

Deutschland erfolgreich sind. Neben den ausgezeichneten Produkten und Dienstleistungen, von denen Huber aus zahlreichen Äußerungen bayerischer Kommunalvertreter weiß, imponiert dem Minister der fachlich fundierte, offene, faire und angenehme Umgang der Mitarbeiter untereinander. Nach seinen Worten tragen diese Menschen erheblich zur Erfolgsgeschichte von komuna bei.

700 kommunale Kunden

Für fast 700 Kommunen liefert komuna die Software. „komuna und die Verwaltung der Zukunft gehören in Bayern zusammen“, meinte der Minister. Service für Bürger und Wirtschaft schreibe man in Bayern ganz groß. Kundenfreundliche eGovernmentstrukturen und möglichst viele online-Verwaltungsvorgänge hätten hohe Priorität. Dafür vereinfache und vereinheitliche man die elektronische Struktur der Verwaltung mit einer zentralen Iuk-Leitstelle im Freistaat und definiere einheitliche technische Normen und Standards.

Die bisher über 1.000 IT-Betriebszentren würden nunmehr zu zwei staatlichen Rechenzentren in Nürnberg und München zusammen gefasst. Unter www.bayern.de bietet die Staatsregierung mehr als 60 verschiedene Verwaltungsleistungen „per Mausclick“. Zum Beispiel: den Antrag auf Erziehungsgeld, Veröffentlichungen der Insolvenzgerichte, Son-

dernungserlaubnisse auf öffentlichen Straßen und Wegen, Anträge auf Behindertenausweise, das elektronische Grundbuchverfahren, elektronische Vergabeverfahren für Bauaufträge, die Handelsregistrauskunft RegisSTAR, das elektronische Mahnverfahren AUGEMA sowie das Standort-Informationssystem Bayern „SISBY“. Besonders stolz ist Huber auf die elektronische Steuererklärung ELSTER, die für die Unternehmen bereitsteht.

Als weiteren Meilenstein kündigte der Minister das zentrale eGovernment-Portal an, das die Staatsregierung und die Kommunen gemeinsam aufbauen. „Damit bieten wir Verwaltungsservice aus einer Hand.“

Vorreiter bei eGovernment

Bayern sei nach wie vor Vorreiter bei eGovernment. Beim Wettbewerb „eGovernment in Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen“ stellte Bayern fast ein Drittel von insgesamt 63 Projekten der Länder und Kommunen. Fünf dieser Projekte schafften einen Rang unter die zwölf Bestplatzierten. In Bayern gelte: Der kürzeste Weg in die Amtsstube ist die Datenautobahn. Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger und Unternehmer.

eGovernment spare Zeit, Manpower und Geld und sei zudem ein wichtiger Standortfaktor. Mit dem Konzept „Verwaltung 21 - Reform für ein modernes Bayern“ sei der Freistaat auf dem Weg hin zur sparsamen, effizienten und bürgerorientierten Verwaltung des 21. Jahrhunderts. Die Agenda 2005/6 laute: Runter mit den Bürokratiekosten! Runter mit den Bürokratiezeiten! Aufbruch der blockierten Republik! Weg mit der alles erstickenen Bürokratie! Frischluft und Sauerstoff für die deutsche Wirtschaft und für deutsche Arbeitsplätze! Deutschland müsse wieder in die Offensive.

Natürlich hatten die beiden Geschäftsführer für ihre Gäste außer dem motivierenden Superminister noch eine Reihe von Überraschungen parat. Der Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht an der Universität Passau, Prof. Dirk Heckmann, gleichzeitig auch noch Bayerischer Verfassungsrichter, wagte eine witzige und geistreiche Zeitreise ins Jahr 2015. komuna wird es dann immer noch geben und noch mehr Kommunen - nicht nur in Bayern - werden bis dahin zufriedene Kunden der Altdorfer geworden sein.

Gekonnte Motivation

Dass Fuchs und Atzberger motivieren können, demonstrierten sie bei ihrem Jubiläumsfest mit allen Besuchern: Erst als es geschafft war, den Lärmpegel im Ergoldinger Bürgersaal auf einer Videowand „bis zum Anschlag“ zu steigern, fiel der letzte Vorhang. Dahinter wartete der kühlgestellte Sekt auf die Gratulanten.

Die prächtige Stimmung verdanken die Unternehmer sicherlich vor allem ihren zufriedenen Kunden, die zahlreich nach Ergolding gekommen waren. „Wir warten, bis komuna uns das anbietet“, „wir machen immer das, was komuna vorschlägt“, „wir arbeiten seit Jahren zuverlässig mit komuna“, war einhelliger Tenor bei den Gästen. Viele werden sich in dieser Woche beim kommunalseminar wiedersehen. Dass nicht mehr für alle Platz war, die sich anmelden wollten, darf sicherlich als weiteres positives Zeichen für den Zuspruch, den komuna genießt, gewertet werden. □



Staatsminister Erwin Huber, Moderatorin Madlène Kahls sowie die komuna-Geschäftsführer Franz Fuchs und Ludwig Atzberger (v.l.) diskutieren eGovernment-Themen bei der Jubiläumsveranstaltung im Ergoldinger Bürgersaal. □

Was tun gegen ...

(Fortsetzung von Seite 6)

falsch arbeiten oder die zu scharf eingestellt sind. Dadurch werden viel zu oft erwünschte und für den Nutzer wichtige eMails abgefangen. Wenn dann der Nutzer alle abgefangenen eMails nach erwünschten Nachrichten durchforsten muss, wird der Spam-Filter ad absurdum geführt. Bei dem Spam-Filtern des sehr guten Viren Programms von McAfee zum Beispiel kann man nur mit Mühe diese Briefe wieder finden, wenn der Anwender es wagt, von der Microsoft-Welt abzuweichen und mit Mozilla zu arbeiten.

Dabei braucht nur eine einzige erwünschte eMail nicht beim Nutzer ankommen. Wenn der Nutzer dieses nachträglich erfährt, ist das Vertrauen zum Spamfilter nachhaltig erschüttert. Passiert das ein zweites oder drittes Mal, wird der Spamfilter deaktiviert.

Erwünschte eMails sicherstellen

Das Ziel darf deshalb nicht sein 100 Prozent der unerwünschten eMails zu blockieren. Das Ziel muss sein, zuerst einmal 100 Prozent der erwünschten eMails zuzustellen und die unerwünschten eMails zu reduzieren. Damit der Filter weiß was erwünscht und was unerwünscht ist, muss ein Lernmodus integriert sein. Dieser Lernmodus muss dabei auf den Nutzer bezogen funktionieren, denn was für den einen Nutzer erwünscht ist, kann für einen anderen Anwender als Spam gelten.

Fachleute verweisen darauf, dass 90 Prozent der Unterneh-

Huber kündigt zügigen Ausbau des eGovernment in Bayern an

Bayerns Staatskanzleichef Erwin Huber hat bei der 13. European Conference on Information Systems („ECIS“) in Regensburg einen zügigen Ausbau der eGovernment-Strukturen in Bayern angekündigt. Huber: „eGovernment garantiert ein Höchstmaß an Bürgerservice. Die Datenautobahn ist der kürzeste Weg in die Amtsstuben. In Zukunft werden in Bayern immer öfter die Daten laufen, nicht die Bürgerinnen und Bürger. Rund um die Uhr kann von zu Hause aus ein Großteil des Behördenverkehrs erledigt werden.“ Huber wies darauf hin, dass der Freistaat mit dem Aufbau leistungsfähiger eGovernment-Strukturen einen entscheidenden Schritt zur Förderung der Zukunftstechnologien macht. Huber: „Mit eGovernment stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit des High-Tech-Standorts Bayern und sichern uns wichtige Standortvorteile.“ eGovernment sei zugleich ein wichtiger Eckpfeiler für einen schlanken Staat und für die Konsolidierung des Haushalts, betonte Huber. Huber: „Mit eGovernment können Staat und Kommunen eine Vielzahl von Verwaltungsabläufen vereinfachen und vereinheitlichen.“ □

men, die bei einem Störfall Daten verlieren, innerhalb von zwei Jahren ihr Geschäft aufgeben müssen. Bei Störfällen in Behörden wird das Vertrauen der Bürger nachhaltig gestört.

Ein aktuelles Beispiel ist der eVersand von Steuerunterlagen. Die Daten könnten auf dem Wege zum Finanzamt „geklaut“ also abgefangen werden (Meldung siehe: www.techchannel.de). Viel einfacher ist es aber, die Steuer Nummer eines Dritten zu benutzen und unter dessen Namen die Erklärung abzugeben (das war allerdings auch schon früher möglich). Die Lösung wird, wie beim Zugriff auf Bankkonten, die PIN- und TAN-Eingabe sein müssen.

Zumindest große Firmen setzen in wachsendem Maße auf Outsourcing ihres Sicherheitsmanagements. Größere Ausfälle, die durch Viren, Trojaner, Da-

tensabotage, Datenklau oder Hacker-Angriffe entstanden sind, führen unweigerlich zu Imageschäden.

Sicherheit auslagern

Da hilft oft nur externer Sachverstand weiter. Und nach Einschätzung der VDI-Nachrichten nutzen mittlerweile auch viele mittelständische Betriebe die so genannten Managed Security Services. Unternehmen lagern dabei IT-Sicherheits-Dienstleistungen aus und delegieren sie an Dienstleister. Dazu gehören ganz einfache, aber äußerst wichtige Dinge, wie die Aktualisierung und Verlängerung der Laufzeit eines Virenschutzprogramms. Der Mitarbeiter kann sich seinem ohnehin anstrengenden Tagesgeschäft widmen, während externe Dienstleister sich um wirksamen Schutz kümmern. □

E-Government-Informationsveranstaltung des Landkreises Cham:

Elektronische Verwaltung - aus der Praxis für die Praxis

„Das Landratsamt Cham hat seit 1996 eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung und Anwendung von E-Government übernommen“, so Rudolf Obenhuber von „LivingData - Gesellschaft für angewandte Informationstechnologien mbH“. Rund 100 Teilnehmer aus bayerischen Landratsämtern und Wirtschaftsunternehmen informierten sich im Landratsamt Cham über dessen Projekte wie zum Beispiel die elektronische Verwaltungs-Plattform oder das Interkommunale Geographische Informationssystem.

Zusammen mit der Firma LivingData hatte der Landkreis zu einem Fachforum für E-Government eingeladen. Mit dabei war auch der Leiter der Bayerischen

Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber, der dem Landkreis Cham eine Modellfunktion beim Einsatz der modernen Technologien bestätigte.

EC-Cash-Management:

Stadt Coburg setzt auf Bürgerservice

Immer mehr Kommunen möchten ihren Bürgern den optimalen Service bieten und entscheiden sich für die Einführung eines EC-Cash-Systems.

Durch die Entwicklung von Software, die den EC-Cash abwickelt (sog. virtuelle Softwareterminals), geht der Trend hin zu bargeldlosem Zahlungsverkehr an PC-Arbeitsplätzen. Die spezielle Software bietet dem Benutzer die vollständige Funktionalität eines Zahlungsverkehrsterminals.

Die Alternative „Softwareterminal“ bietet Kommunalverwaltungen endlich eine erschwingliche Lösung für die Abwicklung von bargeldlosem Zahlungsverkehr. Vorreiter für diese Lösung ist u. a. die Stadtverwaltung Coburg, wo diese Lösung bereits erfolgreich an zahlreichen Arbeitsplätzen im Bürgerbüro und im Sozialamt eingesetzt wird. Durch die Anbindung eines Softwareterminals an die bestehende Software TopCash der EDV Erntraud GmbH können neben Bar-

und Scheckzahlungen auch EC-Karten- und Kreditkartenzahlungen einfach und sicher akzeptiert werden.

TopCash hat sich als qualitativ hochwertiges und intuitiv bedienbares Programm bereits am Kommunalmarkt etabliert. Mehr als 170 Städte, Gemeinden und Kreisverwaltungen in der gesamten Bundesrepublik nutzen das Verfahren.

„In der letzten Zeit häufen sich bei Erntraud die Anfragen nach einer Alternative zu den oft kostspieligen Hardwareterminals, so dass das Unternehmen Verträge mit Anbietern von Softwareterminals geschlossen und diese in TopCash integriert hat. Wir wollen unseren Kunden so den Einstieg in den bargeldlosen Zahlungsverkehr erleichtern“, betont Geschäftsführer Gregor Erntraud.

In seiner Begrüßungsansprache betonte der Chamer Landrat und Präsident des Bayerischen Landkreistages, Theo Zellner, dass man sich im Landkreis Cham stets daran orientiert habe, wie man in Zeiten knapper Haushalte die Effektivität und die Bürgerfreundlichkeit der öffentlichen Verwaltung durch innovative Maßnahmen steigern könne. Die neuen Techniken seien nicht Selbstzweck, sondern am Bedarf der Bürger ausgerichtet. Dazu sei es vor allem nötig, zuerst die internen Strukturen und Verwaltungsabläufe mit Hilfe der neuen Technologien zu verbessern. Ämterübergreifende Zusammenarbeit setze voraus, dass eine Überprüfung der bestehenden behördlichen Zuständigkeiten unter Einbeziehung von bundes- und landesrechtlichen Regelungen stattfinden müsse. Wenn dies funktioniere, habe der Bürger den meisten Nutzen davon.

Ein Erfolgsgeheimnis des Landkreises Cham sei, dass bereits 1996 eine landkreisweite Vernetzung mit allen 39 Gemeinden und dem Landratsamt stattgefunden habe. Dieses kommunale Behördennetz sei die Grundlage für alle weiteren E-Government-Aktivitäten im Landkreis Cham gewesen. Außerdem habe man von Anfang an konsequent auf eine intensive Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gesetzt.

Im weiteren Verlauf der Tagung stellten Mitarbeiter des Landratsamtes Cham die E-Government-Plattform des Landkreises Cham für Formulare, den Behördenwegweiser und das Archivierungssystem vor. Auf großes Interesse stieß auch

das Interkommunale Geographische Informationssystem (IKGIS) des Landkreises Cham, dem alle 39 Gemeinden des Landkreises angehören. In Foren wurden die Themen Formulartechnologie, Dokumentenmanagement und IKGIS vertieft.

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber, betonte die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie als Basis einer verwaltungsübergreifenden Zusammenarbeit. Mit E-Government könne der Freistaat Bayern seine Standortqualität verbessern, Servicedienstleistungen für die Bürger rund um die Uhr anbieten und die Effizienz der Verwaltung steigern. Der Freistaat Bayern strebe eine „IT-Gesamtarchitektur“ für die gesamte staatliche Verwaltung an. Bis 2008 solle ein Großteil der Ver-



Zahlreiche Fachleute aus bayerischen Kommunen und der Wirtschaft nahmen am E-Government-Technologietag in Cham teil.

waltungsdienstleistungen des Staates online angeboten werden. Der Landkreis Cham und seine Gemeinden hätten schon

jetzt aufgezeigt, wie man die neuen Technologien erfolgreich zum Nutzen der Bürger einsetzen könne. □

Kluge Entscheidungshilfen im Rathaus

Stadt Schrobenhausen erprobt dazu Software easy-mind

Im oberbayerischen Schrobenhausen geht man neue und recht ungewöhnliche Wege. Mit Hilfe easy-mind, einem neuen webbasierten Instrument zur Entscheidungshilfe, werden in der Spargelstadt komplexe und strittige Entscheidungsprozesse zukünftig von der Verwaltung softwareunterstützt vorbereitet und begleitet.

„Die Sichtweisen von Verwaltung, Stadträten, Bürgern und Medien sind naturgemäß nicht immer identisch. Die Methode von easy-mind kann uns helfen, konträre Diskussionen und Bewertungen der Beteiligten einfacher und verständlicher darzustellen. Im Rahmen eines einjährigen Projekts wollen wir bei wichtigen Entscheidungen herausfinden, ob sich dieser lösungsorientierte Ansatz in der Praxis auch bewährt“, erläutert Verwaltungsleiter Reinhard Scholz die Zielsetzung des in Bayern bisher wohl einmaligen Projekts.

alisieren und klären zu können.

Bauchgefühl kritisch hinterfragt

Stadtbaumeisterin Tanja Dewald war beeindruckt von der Wirkungsweise: „Die Methode hat mir nicht nur geholfen, mein Bauchgefühl kritisch zu hinterfragen. Durch die strukturierte Führung im Instrument wurde mir sehr bewusst gemacht, welche der widersprüchlichen Argumente wirklich bedeutsam sind. Ich erkenne vor allem klar, warum ein Argument wichtiger bzw. unwichtiger ist - gerade wenn meine fachliche Kompetenz und Objektivität als Stadtbaumeisterin bei einem konkreten Bauprojekt zunehmend durch die politisch öffentliche Diskussion beeinflusst wird!“

Die Software wurde von mehreren Bürgernetzmitgliedern entwickelt. Zur Zeit wird sie auch in Firmen wie z.B. im Nahrungsmittelkonzern Hipp getestet. Sie basiert auf dem so genannten „Analytic Hierarchy Process“ (AHP), einer amerikanischen Methode der modernen Entscheidungstheorie. Ziel der neu-

en Methode ist es, durch klare Transparenz aller Bewertungen die Qualität einer Diskussion, aber auch die Akzeptanz im Team zur gemeinsamen Lösung erheblich zu steigern und somit den Entscheidungsprozess bzw. dessen Umsetzung deutlich zu beschleunigen.

Bestechende Präzision

Bucher, zugleich Mitentwickler von easy-mind, sieht dabei im Vergleich zu anderen Methoden wie z.B. der Nutzwertanalyse gravierende Vorteile: „Für die NWA genügt zwar Bleistift und Papier. Sie ist mathematisch ein Näherungsverfahren, wenn auch überzeugender als ‚Würfel‘. Aber der AHP besticht vor allem durch seine Präzision und das Aufdecken von Widersprüchen bzw. beim Überprüfen der Stabilität einer Team-Entscheidung.“

Das Instrument steht als Web-Tool jedem (Team) im Internet kostenfrei zur Verfügung unter www.easy-mind.de. In Schrobenhausen wünscht man sich die Beteiligung noch anderer Kommunen an dem Projekt z. B. aus dem bayerischen Innovationsring. Man möchte die Erfahrungen und Wirkungen aus dem Projekt untereinander austauschen, besser vergleichen und einordnen können. □

Landratsamt Neu-Ulm:

Umstellung auf kaufmännisches Rechnungswesen

Landrat Erich Josef Geßner setzt auch weiterhin auf die Modernisierung seiner Verwaltung. Bis spätestens 2007 soll das kaufmännische Rechnungswesen mit doppelter Buchführung im Landratsamt Standard sein, lautet die Vorgabe an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Kliniken des Landkreises und der Abfallwirtschaftsbetrieb Weißenhorn arbeiten seit Jahren mit der doppelten Buchhaltung. „Der Kreishaushalt mit seinem kameralem System ist dagegen noch ein Außenseiter und Dinosaurier“, betont der Neu-Ulmer Landrat.

Wenn das Dienstleistungsunternehmen Landratsamt Neu-Ulm wirtschaftlich und effizient arbeiten sollte, gehörten auch Grundlagen in moderner Form dazu, begründet Geßner die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen.

Es sei daher nur richtig und konsequent, wenn zur Kosten- und Leistungsrechnung sowie zur Vermögensbuchführung auch ein kaufmännisches Rechnungswesen gestellt werde. Denn nur eine Bilanz könne die tatsächliche Finanz- und Vermögenslage

des Landkreises widerspiegeln. Der Kreischef will mit dem neuen Rechnungswesen nicht nur bessere und transparentere Informationen für Führungsentscheidungen innerhalb des Landratsamtes erreichen. Dies sei sicherlich auch eine Erleichterung für die Kreisräte, die aus der freien Wirtschaft kommen, in der nur mit dem kaufmännischen Rechnungswesen gearbeitet werde, erklärt er.

Zur Unterstützung des ehrgeizigen Vorhabens hat sich der Landkreis Neu-Ulm der Projektgruppe „Doppik“ im Bayerischen Innovationsring angeschlossen, in der insgesamt zehn Landkreise aus Bayern mitwirken. Um den Umstieg zu erleichtern, soll 2006 bereits die kaufmännische Buchführung im Testbetrieb laufen, parallel zum kameralistischen System. **DK**

Anzeige

Vergabeverfahren mit BSZ

Staatsanzeiger Online Logistik GmbH stellt seine Ausschreibungsdatenbank vor

Das Tochterunternehmen der Bayerischen Staatszeitung / Bayerischer Staatsanzeiger stellt seit 1999 unter der Internetadresse www.baysol.de alle öffentlichen Bekanntmachungen von Ausschreibungen aus dem Bayerischen Staatsanzeiger online zur Verfügung. Ausschreiber, die in der Ausschreibungsdatenbank registriert sind, komplettieren diese öffentlichen Ausschreibungen und stellen den teilnehmenden Online-Bewerbern zusätzlich noch die Vergabeunterlagen zum Download bereit.

Für die kostengünstigste Variante der Ausschreibung haben sich bereits annähernd 850 Einrichtungen der öffentlichen Hand entschieden. Diese Vergabestellen entledigen sich mit dem SOL-System der zeit- und personalaufwendigen Druck- und Versandprozeduren.

SOL-System

Mit dem einzigartigen dualen System des SOL-Systems werden die Vergabeunterlagen sowohl digital als auch in der herkömmlichen Form, also in Papier, an den jeweiligen Bewerber übermittelt. Sie sind und bleiben mit dem SOL-System „Herr Ihrer Vergaben“. Egal ob es sich um eine öffentliche, freihändige oder beschränkte Vergabe handelt: Sie entscheiden - Sie bestimmen.

Angebotsabgabe online

Mit dem SOL-System können Sie die Angebotsabgabe auch online zulassen - Sie entscheiden. Andernfalls erhalten Sie die Angebote in der herkömmlichen Form.

Um diesen Service nutzen zu

ASP (Application Service Provider)-Anwendung.

Neben der öffentlichen Hand haben sich auch bereits viele Arch.- und Ing.-Büros, Wohnungsbaugesellschaften und sonstige private Institutionen überzeugen lassen und nutzen die Ausschreibungsdatenbank für ihre freihändigen oder beschränkten Vergaben - im Auftrag ihres Bauherrn oder unter eigener Regie. Auch hier werden die Vergabeunterlagen kostengünstigst an den gewünschten Bewerberkreis übermittelt. Online oder auch in der herkömmlichen Papierform. Somit werden auch in den Ausschreibungsbüros Ressourcen freigegeben und damit Kosten eingespart.

TÜV-Siegel

Die Ausschreibungsdatenbank ist selbstverständlich vergaberechtskonform und wurde als EINZIGE Ausschreibungsdatenbank / Vergabeplattform mit dem TÜV-Siegel "geprüftes Fachprogramm" zertifiziert.

Mehr Informationen für Leser / Interessenten:

Staatsanzeiger Online Logistik GmbH; Prager Str. 1; 82008 Unterhaching; Peter Schöllner; Manfred Jahr; Telefon 089-693907-0; Fax 089-693907-55; eMail an vertrieb@staatsanzeiger-online.de oder unter www.baysol.de □

Kanalsanierung verschlingt Milliarden

Nürnberger Kolloquium: Experten forderten ganzheitliche Konzepte

Auf große Resonanz sind die Nürnberger Kolloquien zur Kanalsanierung an der FH Nürnberg mit dem Thema „Grundstücksentwässerung und Schachtsanierung“ gestoßen. Organisiert wurde das Kolloquium 2005 zum vierten Mal von der auf den Weiterbildungsbedarf von technischen Fach- und Führungskräften spezialisierten Verbund IQ gGmbH. An der parallel zum Kolloquium stattfindenden Hausmesse beteiligten sich 16 Unternehmen aus Deutschland und Österreich.

134 Entscheidungsträger aus Kommunen und Industrie sowie Bauingenieure aus Tiefbau- und Wasserwirtschaftsämtern, Stadtentwässerungsbetrieben, Umweltbehörden und -verbänden, Bauunternehmen und Ingenieurbüros kamen in die Franken-Metropole, um sich über Grundstücksentwässerung und Schachtsanierung zu informieren. Von den acht praxiserprobten Referenten erhielten die Teilnehmer Einblick in neue Wege, Erkenntnisse und Strategien hinsichtlich der ganzheitlichen Sanierung von Grundstücksentwässerungs- und Schachtsystemen.

Auf der Tagesordnung standen neben grundsätzlichen Überlegungen zu den Vorteilen einer ganzheitlichen Sanierungsbeurteilung von Grundstücksanlagen und Schachtbauwerken deren rechtliche Grundlagen, Planungs-, Vergabe- und Überwachungsverfahren sowie Inspektion, Schadenserkennung, Bewertung und Sanierungsmöglichkeiten.

Grundstücksentwässerung

Das große Interesse der Fachwelt am Thema Grundstücksentwässerung hat seinen guten Grund: Bis zum Jahr 2015 sind in Deutschland rund 1,3 Millionen Kilometer private Abwasserleitungen (davon 0,5 Millionen Kilometer gewerblich) auf Grundstücken zu inspizieren und - nach ersten Erfahrungen - zu 90 Prozent zu sanieren - teils aus Altersgründen, teils, weil in der Vergangenheit Leitungen nicht fachmännisch verlegt und angeschlossen worden sind. Durchschnittlich sind nach Darstellung von Referent Robert Thoma, Sachgebietsleiter Kanalinstanzsetzung vom Hochbauamt Würzburg, 250 Schäden pro Kilometer zu erwarten - das bedeutet alle vier Meter ein Schaden. Die Inspektion und vollständige Sanierung, berichtete Thoma im Rahmen des Kolloquiums, wird in den kommenden 20 bis 40 Jahren private Investitionen von voraussichtlich 100 bis 200 Milliarden Euro erfordern.

Mangel an technischen Lösungen

Die Branche ist für die Bewältigung dieser Mammutaufgabe im öffentlichen Netz gut gerüstet. Jedoch mangelt es an technischen Lösungen zur Grundstücksentwässerung zum Beispiel für Dichtheitsprüfungen unter Betriebsbedingungen bei kleineren Nennweiten. Außerdem fehlen die Kapazitäten, um die von staatlicher Seite geforderten Inspektionen und Sanierungen im vorgegebenen Zeitraum bis 2015 bewältigen zu können.

Eine Sanierung kann nach Darstellung von Referent Dieter Walter vom Güteschutz Kanalbau e.V. Nürnberg deshalb nur dann erfolgreich sein, wenn beide Partner - sowohl öffentlicher als auch privater Betreiber - eine ganzheitliche und gemeinsame Sanierung der undichten Kanäle verfolgen. „Wenn wir weiterhin nur das tun, was wir bisher getan haben, werden wir auch nur das erreichen, was wir bisher erreicht haben“, mahnte Walter. Da es nach Darstellung der Referenten mit öffentlichen und privaten Auftraggebern in Sachen

seiner Leitungen auf Dichtheit prüfen und gegebenenfalls sanieren zu lassen.

Entscheidungshilfen

Einzelne Bundesländer haben deshalb Entscheidungshilfen in Form von Broschüren und Anleitungen für Grundstückseigentümer zusammengestellt. Denn rechtlich ist jeder Grundstückbesitzer als Betreiber einer Abwasseranlage dazu verpflichtet,

seine Leitungen auf Dichtheit prüfen und gegebenenfalls sanieren zu lassen.

Einsparungsmöglichkeiten

Vorher aber, so empfiehlt zum Beispiel das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz von Nordrhein-Westfalen, sollten sich private Grundstückseigentümer bei ihrer Kommune darüber informieren, ob in ihrer Straße am städtischen Kanal Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. In diesem Fall könnten Grundstückseigentümer bis zu 50 Prozent Kosten sparen. Grund: Nur bei einer entsprechenden Abstimmung der Sanierung öffentlicher und privater Kanäle kann ein wirksamer Schutz von Grundwasser und Boden gewährleistet werden.

Auf der parallel zum Kolloquium stattfindenden Hausmesse, an der sich 16 Unternehmen



Veranstalter und Referenten. V.l.: Karl Heinz Störrlein, LGA Bautechnik GmbH, Prof. Dr. Ing. Wilfried Teschke, FH Nürnberg, Dr. Ursula Baumeister, Verbund IQ gGmbH, Achim Rosar, Robert Bosch GmbH, Dieter Walter, Güteschutz Kanalbau e.V. Nürnberg.
Bild: Verbund IQ gGmbH

der Branche aus Deutschland und Österreich beteiligten, informierten sich die Teilnehmer schließlich aus erster Hand über

die neuesten Entwicklungen und konnten Kontakte zu Spezialfirmen, Fachleuten und Referenten knüpfen. □

Hochwasserschutz:

Kommunen im Regen

Fachgespräch der SPD-Landtagsfraktion in München

Im Rahmen eines Fachgesprächs der SPD-Landtagsfraktion hat Vorsitzender Franz Maget im Bayerischen Landtag auf die unverantwortlichen finanziellen Einschnitte der Staatsregierung beim Hochwasserschutz hingewiesen. Die Hochwassergefahr sei allgegenwärtig, doch die betroffenen bayerischen Gemeinden seien beim Schutz auf sich allein gestellt.

„Natürlich geht es um Geld.“ betonte Maget vor den versammelten Gemeindevertretern, „aber die Tatsache, dass wir jetzt fast drei Jahre von großen Hochwassern verschont geblieben sind, kann kein Grund sein, die Mittel so drastisch zusammenzuziehen.“ Doch genau das sei passiert: Von 2003 auf 2004 sei ein Drittel der Hochwassermittel verloren gegangen, im besonders sensiblen Bereich der Gewässer erster Ordnung sogar die Hälfte. Die SPD habe versucht, dies mit Dringlichkeitsanträgen und Haushaltsanträgen aufzuhalten - „leider vergeblich“.

Doch neben Geld und Rahmenregelungen gehe es bei den betroffenen Gemeinden und Städten auch um die fehlende Transparenz, um Ungerechtigkeiten bei den Zuschüssen, um nicht nachvollziehbare Finanzierungspläne der Staatsregierung und letztlich um die Zuverlässigkeit von staatlichen Zuschüssen, die ein realistisches Planen unmöglich machten, fuhr Maget fort.

Zur Kasse gebeten

Städte und Gemeinden würden für den Hochwasserschutz höchst unterschiedlich zur Kasse gebeten - „manche nichts zahlen, manche 25, 30 und 40 Prozent“. Dies sei ungerecht. Diesen Umstand bestätigten auch die anwesenden Vertreter der betroffenen Gemeinden, die beklagten, dass sie aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht in der Lage seien, die geforderte Eigenbeteiligung von 40 Prozent aufzubringen.

Johanna Werner-Muggendorfer, Vize-Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, wies ihrerseits darauf hin, dass die Staatsregierung bei den Mitteln für den Hochwasserschutz Kahlschlag betrieben habe. So sei innerhalb von vier Jahren ein Drittel der Hochwassermittel des Landes dem Rotstift zum Opfer gefallen. Als „besonders brutal“ bezeichnete die Politikerin die Einschnitte bei den Maßnahmen an Gewässern erster Ordnung. Hier stehe mit knapp 30 Millionen Euro nicht einmal mehr die Hälfte der Mittel des Jahres 2003 (67,4 Millionen Euro) zur Verfügung. „Genau dies aber sind vor allem die

Maßnahmen, die den unmittelbaren Schutz der Gemeinden betreffen.“ Wenig Verständnis hatten hier auch die anwesenden Bürgermeister, da sie bei den Gewässern erster Ordnung mit Millionenbeträgen zur Kasse gebeten würden, obwohl für den Hochwasserschutz dieser Gewässer der Freistaat zuständig sei.

Aus den schlechten Erfahrungen der achtziger Jahre habe die Staatsregierung offenbar nichts gelernt, so Frau Werner-Muggendorfer weiter. Damals habe sich gezeigt, dass viele Schutzmaßnahmen nicht hinreichend gepflegt und saniert wurden, so dass später teure Instandsetzungen notwendig waren. Trotzdem seien die Ausgaben für Sanierungsmaßnahmen auf 60 Prozent des Niveaus vom 2002 zurückgegangen. Ihr Anteil an den gesamten Hochwasserausgaben betrage nun nur noch 17,3 Prozent. Bei jährlich 5,2 Millionen Euro werde es bis zum Jahre 2020 dauern, bis die bereits jetzt festgestellten Sanierungsbedürfnisse erfüllt sind - „und auch hier immer vorausgesetzt, dass keine weiteren Sanierungsfälle dazu kommen“.

Zögerliche Haltung

Auch dringend nötige ökologische Maßnahmen wie Aufforstungen und der Schutz der Auenwälder würden aus Finanznot auf Null gestellt. Grund: „Die Mittel wurden von 2003 auf 2004 um 74,5 Prozent gekürzt. Damit haben ökologische Maßnahmen nur noch einen Anteil von 17,3 Prozent der Gesamtausgaben.“

Die Vertreter der betroffenen Kommunen machten deutlich, dass es für sie ohne einheitliche Regelung praktisch unmöglich ist, sich die Beteiligtenbeiträge von den Anwohnern zurückzuholen. Die Bürgermeister forderten ebenso wie der Bayerische Gemeindetag, die Rechts-situation der Umlegung gemeindlicher Aufwendungen für den Hochwasseraufbau auf Beteiligte zu klären. Sowohl das derzeitige zweistufige Verfahren als auch das Fehlen einer Ermächtigung für eine gemeindliche Kostensatzung ließen Gemeinden beim hochwasserbedingten Ausbau zögern. **DK**

Biologische Pflanzenkläranlage Steinerskirchen:

Fließt Wasser über sieben Stein...

Erheblicher finanzieller Beitrag durch Bayerische Sparkassenstiftung und Sparkasse Schrobenhausen

Eine alte Bauernregel besagt: „Fließt Wasser über sieben Stein, ist es wieder rein!“ Doch ganz so einfach ist es mit der Reinigung des Abwassers nicht. Das verschmutzte Wasser muss mit immer größerem Aufwand gereinigt werden, ehe es der Natur wieder zurückgegeben werden kann. In kleinen Dörfern, Weilern und Insellagen wird das Abwasser allerdings häufig noch ungereinigt in die Natur eingeleitet, da ein Anschluss an ein Kanalsystem zu aufwendig und zu teuer wäre. Hier stellt sich unweigerlich die Frage nach Alternativen.

Ein herausragendes Beispiel für moderne Umwelttechnik ist die biologische Pflanzenkläranlage, die für die „Oase Steinerskirchen“ im Landkreis Pfaffenhofen errichtet wurde. Weil die Oase - das kleine Pfarrkirchlein und das überregional bedeutende Besinnungshaus der Herz-Jesu-Missionare - nicht an eine kommunale Kläranlage angeschlossen werden konnte, wurde eine biologisch arbeitende Kläranlage entwickelt.

Der kurzweilige Lehrfilm „Fließt Wasser über sieben Stein“ erläutert das Projekt und bereitet das Thema Wasser eindringlich und sensibel auf. Allgemein verständlich werden Einsatzmöglichkeiten, Funktionsprinzip und Wirkungsgrad eines bewachsenen Palutec Bodenfilters dokumentiert. Der im Rahmen eines Unterrichtsprojekts der landwirtschaftlichen Berufsschulen Pfaffenhofen und Eichstätt entstandene und von der Medien-gruppe „Laterna Magica“ aus Pfaffenhofen produzierte Film eignet sich besonders für den Einsatz in Schulen, in der kommunalen Verwaltung, aber auch in Kindergärten oder anderen Einrichtungen.

Bereits seit 15 Jahren bewährt sich das Palutec-Reinigungs-verfahren nicht nur für häusliche, kommunale und gewerbliche Abwässer, sondern auch für die Grauwasserreinigung. Das System gewährleistet eine ganzjährige, hohe Reinigungsleistung. Die Anlage arbeitet geruchsarm und mit einer energiesparenden Regelungstechnik. Die naturnahe Gestaltung bietet neben der Eingliederung in das Landschaftsbild auch Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Palutec Bodenfilter sind als biologische Reinigungsstufe zu verstehen. Es handelt sich hierbei um Folien-becken, die mit zertifiziertem Filtersubstrat befüllt werden. Die Bepflanzung erfolgt mit Schilf, da es mit seinen Rhizomen und Wurzeln den Boden dauerhaft wasserdurchlässig hält und mit Sauerstoff anreichert. Die Pflanzen unterstützen den Reinigungsprozess.

Die Bayerische Sparkassenstiftung und die Stadtsparkasse Schrobenhausen haben zur Errichtung der biologischen Kläranlage einen erheblichen finanziellen Beitrag geleistet. Beide Organisationen förderten auch die Herstellung der Video-Dokumentation über die Pflanzenkläranlage. **DK**

Dr. Peter Deml bei SüdWasser GmbH

„Unser Engagement in den Bereichen Wasser und Abwasser hat nichts mit Liberalisierung der Wasserwirtschaft zu tun!“ betonte der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Dr. Peter Deml, bei einem Erfahrungsaustausch, zu dem die Tochtergesellschaft SüdWasser nach Grafenwöhr eingeladen hatte.

„Positiv formuliert: Die Kommunen und E.ON Bayern verbindet seit langem eine gute Partnerschaft in allen Fragen der Energieversorgung. Diese Partnerschaft bauen wir mit Service- und Dienstleistungsangeboten für den Wassersektor aus“, erklärte Deml. E.ON unterstützt also die Kommunen

bei der Bewältigung ihrer hoheitlichen Aufgaben, verdränge sie aber nicht aus ihrem angestammten Geschäftsbereich.

Herausforderungen

In Bayern stellen rund 2.500 kommunale Versorger der Bevölkerung ein Spitzenprodukt zur Verfügung: Trinkwasser höchster Qualität. Die Kommunen hätten diesen hohen Qualitätsstandard für die Zukunft zu sichern. Die Herausforderung liege im neuesten Stand der Technik, in optimierten Versorgungsstrukturen und dem jeweils aktuellen Know-how, so der Vorstandsvorsitzende. Diese Anforderungen stiegen jährlich.

Mit den Kommunen bestehe seit langem ein gewachsenes Vertrauensverhältnis, fuhr Deml fort: „Wir kennen die Gegeben-



Modernste Ortungs- und Kameratechnik ermöglicht eine regelmäßige Zustandskontrolle von Quellsassungen. **□**

Nachhaltigkeit:

Schutz des Quellwassers als Trinkwasserressource

Quellwasservorkommen tragen in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen mit einem Anteil von deutlich mehr als 10 Prozent signifikant zur öffentlichen Wasserversorgung bei. Auf Grund der besonderen Sensibilität von Quellwasservorkommen, insbesondere hinsichtlich der hygienischen Unbedenklichkeit des abgegebenen Trinkwassers, muss es Aufgabe aller Organe der Wasserwirtschaft sein, ein sicheres Wasserversorgungskonzept zu erstellen und zu erhalten.

Wichtige Elemente zur Qualitätssicherung der Wasserversorgung aus Quellwasservorkommen sind dabei Kenntnisse über die Größe und naturräumlichen Randbedingungen des Quellwassereinzugsgebietes, Erfassung der Nutzung im Einzugsgebiet, insbesondere mögliche Wasser gefährdende Einrichtungen, regelmäßige Überwachung und Auswertung der Beschaffenheit des Quellwasservorkommens sowie Kenntnisse über den technischen Zustand der Quellwasserfassung als Basis für ggf. erforderliche Sanierungsmaßnahmen. Dies wird auch gemäß neuem DVGW Arbeitsblatt W 127 „Quellwassergewinnungsanlagen - Planung, Bau, Betrieb, Sanierung von Rückbau“ von der Wasserwirtschaft gefordert.

Explizit die Zustandskontrolle von Quellsassungen erfordert periodische Kontrollinspektionen der Quellsassungen mit modernster Unterwasserkameratechnik, die es ermöglicht, den Zustand der Fassungen zu ermitteln, zu analysieren und ggf. durch geeignete Verfahren Wurzeleinwuchs oder Sandablagerungen zu beseitigen. Der unterirdische Verlauf

heiten in den Regionen, wir sind dezentral mit 19 Kundencentern flächendeckend im Land präsent, wir bringen höchste Qualitäts- und Umweltstandards mit, Bau und Betrieb von Infrastruktur sind unsere Kernkompetenz, unsere Erfahrung und unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als großer Versorger bringen wir auch in den Bereich Wasser und Abwasser ein.“

Diese Nähe zur Wasser-Infrastruktur stelle eine ideale Ausgangsbasis dar. Natürlich sei das Geschäftsfeld Wasser/Abwasser für E.ON Bayern noch vergleichsweise neu, bemerkte Deml, aber: „Wir sind mit unserem Angebotspaket - Betriebsunterstützung, Betriebsführung, Kooperationen und Betreibermodelle - auf einem guten Weg.“ Dies beweise auch ein Blick auf die E.ON-Referenzlis-

ter Stränge kann mittels modernstem Ortungsgerät oberirdisch in Lage und Tiefe dargestellt werden, um so Schutzgebiete und Zuläufe eindeutig zu definieren.

Bei der Vergabe dieser Aufgaben ist es von besonderer Bedeutung, nur solche Unternehmen vorzusehen, welche die hygienischen und technischen Standards für Inspektionen und Sanierungsarbeiten an sensiblen Trinkwasserfassungen wie Quellen nach dem DVGW Regelwerk W 120 sicherstellen.

Die BRG Brunnen-Regenerierungs und Brunnenprüfdienst GmbH aus Buch am Erlbach ist nach diesen Standards zertifiziert und empfiehlt sich besonders durch ihre langjährige Erfahrung in verschiedenen Bereichen des Reinwassersektors für den nachhaltigen Schutz des Quellwassers als Trinkwasserressource.

Im süddeutschen Raum und in den angrenzenden Regionen in Österreich verspricht das Unternehmen qualifizierte, partnerschaftliche Arbeit bei Inspektion, Lageortung und Sanierung von Quellsassungen, für jeden Träger öffentlicher Wasserversorgung die lohnende Alternative. **□**

te, die sich inzwischen sehen lassen könne.

Das Prestigeobjekt in der Wasserversorgung sei die Stadt Rehau in Oberfranken. Mit diesem Partner sei 1999 ein erstes Großprojekt gestartet worden. SüdWasser erbringe hier die Betriebsführung bei einer Wassergewinnungsmenge von rund 580.000 m³ pro Jahr. Diese Kooperation hatte Vorbildcharakter, z. B. für den Markt Oberkotzau, die Stadt Schwarzenbach am Wald und den Markt Bad Steben.

Als Referenz für die Abwasserbeseitigung nannte Deml die Kläranlage Waldsassen. Hier sei in Zusammenarbeit mit der Stadt eine hochmoderne kommunale Kläranlage mit 13.000 Einwohnergleichwerten entstanden, die SüdWasser betreibt. **□**

Resolution aus Dillingen:

Biber wird zur Gefahr für öffentliche Sicherheit

Proteste der Bayerischen Elektrizitätswerke und der Kommunen
Zunehmende Schäden beklagt

Augsburg/Dillingen (jdt). „Biber-Alarm“ gibt es, angesichts der starken Zunahme des größten europäischen Nagetieres, in weiten Bereichen Bayerns, in vielen Gemeinden und Landkreisen, in Land- und Forstwirtschaft, aber auch bei den Lechwerken AG. In der Hauptversammlung kürzlich in Augsburg kamen die Vorstandsmitglieder Paul Waning und Ulrich Kühn auf die zunehmenden Schäden an Ufern und Dämmen zu sprechen.

In einer Dokumentation haben die Lechwerke bzw. die Bayerischen Elektrizitätswerke auf akute Gefährdungen durch die Aktivitäten der Biber hingewiesen. Zu den von den kräftigen Pelztieren besonders betroffenen Landkreisen gehört der Kreis Dillingen. In der Kreisversammlung des Bayerischen Gemeindetages im Dillinger Kolleg wurde einstimmig eine Resolution mit dem Ziel gefasst, den Biberbestand auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Beispiel Günz

Am Beispiel der Günz wiesen die Bayerischen Elektrizitätswerke (BEW) auf die Probleme infolge der Zunahme der Biber hin. 1867 wurde den letzten bayerischen Bibern der Garaus gemacht. Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts kamen sie in Transportkästen des Bundes Naturschutz zurück. In-

LBE-Tagung:

Attraktive und lebendige Innenstädte erhalten

Der Erhalt attraktiver und lebendiger Innenstädte stand im Mittelpunkt der LBE-Tagung für Werbegemeinschaften und Stadtmarketing in Ingolstadt. Bereits zum 32. Mal hatte der Landesverband des Bayerischen Einzelhandels (LBE) Citymanager und Werbegemeinschaften aus ganz Bayern zum Erfahrungsaustausch eingeladen.

Wie können sich Innenstädte gegen Fachmärkte auf der grünen Wiese behaupten? Wie können Werbegemeinschaften und Stadtmarketingorganisationen Kundengruppen gezielt ansprechen? Antworten auf diese und weitere innenstadtrelevanten Fragen wurden auf der Tagung im historischen Spiegelsaal der Ingolstädter Kolping-Akademie beantwortet.

Starke Familie

Angesichts vielerorts sinkender Kundenfrequenz und zunehmender Leerstände in den innerstädtischen Geschäftslagen forderte LBE-Geschäftsführer Bernd Ohlmann die Kommunalpolitiker auf, die Arbeit der Citymanager und bayerischen Werbegemeinschaften stärker zu unterstützen. „Innenstadt und Handel sind eine starke Familie. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen alle Beteiligten auch an einem Strang ziehen. Citymanagement und Werbegemeinschaften sind für die Imagewerbung eines Standortes unerlässlich.“

Absage an City-Maut

Mit Blick auf die aktuelle Feinstaub-Diskussion erteilte Ohlmann Straßensperrungen und der City-Maut eine klare Absage: „Solche Maßnahmen sind die Totengräber für attraktive Innenstädte. Wenn der Wirtschafts- und Kundenverkehr weiter abgezockt wird, verteuert sich der Standort Innenstadt noch mehr und verliert dadurch letztendlich auch seine Nutzungsvielfalt. Eine Maut oder auch Straßensperrungen

samt wurden mit Genehmigung der Behörden bis 1980 rund 120 Biber in Bayern angesiedelt. Inzwischen hat sich der Bestand vervielfacht.

Enormer Sanierungsaufwand

Von den BEW wurden in Wort und Bild die Probleme an der Günz registriert, mit Fotos von einem Dammbuch in Deisenhausen, mit Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, typischen Uferschäden, die größeren Sanierungsaufwand zur Folge hatten, und Schadensübersichten an den Stauhaltungen Waldstetten, Ellzee, Wattenweiler und Höselhurst. In den Jahren 2003 und 2004 wurden dort 11 Biber gefangen und im Rahmen einer Sofortmaßnahme 25 Röhren verschlossen. Dennoch nahm die Zahl der Biber-Röhren von 34 auf 85 zu, ein Plus von 250 Prozent. Allein an den Stauhaltung-

gen Ellzee und Wattenweiler wurden im November 2004 31 bzw. 26 Röhren festgestellt. Im Dezember 2003 gab es in diesen Bereichen zehn Uferanbrüche.

Einbau von Gittern

Die durch Biber verursachten Flussunterhaltskosten an der Günz stiegen von 1998 von kaum merklichen Schäden auf im Jahr 2005 schätzungsweise 150 000 Euro (2004: über 80 000 Euro, 2003: annähernd 25 000 Euro). An Schutzmaßnahmen wurden der Einbau von Gittern zwischen Ufer und Deich, Versteinungen, Metallgitter, Abspundungen, Steinschüttungen, Kunstbaue (Betonröhren), Fang und Umsiedlungen veranlasst.

Als Risikofaktoren werden von den BEW angeführt akute Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit, mit der Gefahr von unvorhergesehenen Dammbüchen, und des Betriebspersonals, mit einbrechenden Arbeitsgeräten beim Dammbefahrungen ebenso bei Arbeiten an Böschungen im Übergangsbereich Wasser-Land.

Weitere Gefahren drohen durch Überflutungen durch Biberbauten, mit dem Aufstau von Hinterlandentwässerungen mit Rückstau in Kanalisation etc.

In Wohngebieten aktiv

Die Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetages, Kreisverband Dillingen, Bürgermeisterin Hildegard Wanner, stellte vor ihren Kollegen fest, die Biber bereiten zunehmend Sorgen, auch mit dem inzwischen feststellbaren Vordringen in Wohngebiete. Dabei wies sie auf ihren örtlichen Verantwortungsbereich in der Stadt Höchstädt hin, wo es ständig Veranlassung zur Schadensregulierung gebe. Bei einer Umfrage des Kreisverbandes des Gemeindetages nach Biberschäden habe es Rückmeldungen aus 14 Gemeinden gegeben, mit 30.000 Euro Aufwendungen für das Jahr 2003 und etwa 34.000 Euro Kosten 2004. Der Dillinger Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl teilte mit, dass es in der

Erster Natur-Heilwassersee Deutschlands

Neue Impulse verspricht sich die unterfränkische Kurstadt Bad Königshofen, Kreis Rhön-Grabfeld, vom ersten Natur-Heilwassersee Deutschlands. Der jetzt eröffnete künstliche See mit einer Wasserfläche von 720 m² wird von der Regiusquelle gespeist. Das Wasser wird vollbiologisch aufbereitet. 70 Prozent der Gesamtkosten in Höhe von 1,2 Mio. Euro hat der Freistaat Bayern übernommen. Die Franken-Therme wird nach Angaben von Geschäftsführer Werner Angermüller jährlich von 160.000 bis 170.000 Gästen besucht. Mit dem See hoffe man nun, neue Kunden zu gewinnen und an die Grenze von 200.000 heranzukommen. In Deutschland gebe es diese Art von Bädern bislang noch nicht. Das chlorfreie Heilwasser der Regiusquelle gilt als gut für den Bewegungsapparat, bei Rheuma und Neurodermitis. Der See ist 28 bis 30 Grad warm. Attraktionen wie eine Felsengrotte und ein mit Natursteinplatten angelegter Stand sollen die Besucher anlocken. **DK**

Großen Kreisstadt für 2003 und 2004 jeweils Schäden durch Biber in Höhe von 16.000 Euro gebe.

Überflutete Keller

„Was tun mit den Bibern?“ Dieser Frage stellte sich Landrat Leo Schrell, auf die Bemühungen eingehend, sich einen Überblick über den Bestand zu verschaffen und ein Erfolg versprechendes Biber-Management zu organisieren. Die bisher festgestellten Zahlen der Biber im Landkreis seien zu niedrig. Probleme gebe es u. a. in Gundelfingen mit der vom Biber verursachten Überflutung von Kellern, aber auch im Bereich des Landgrabens und in weiteren Teilen des Landkreises. Zehn Biberfallen stünden bereit, aber das Artenschutzgesetz setze Grenzen bis zum September.

Andere Tiere verdrängt

Bürgermeisterin Wanner als Kreisvorsitzende betonte, die bisherigen Regelungen zur notwendigen Reduzierung des Biberbestandes reichten nicht aus. Sie fand Zustimmung bei ihren Bürgermeisterkollegen Wilhelm Gump, Blindheim (in dessen Gemeindebereich es etwa 50 bis 60 Biber gibt), Dieter Ott, Haunsheim (von dem beklagt wurde, das Tier verdränge andere schutzwürdige Lebewesen und Pflanzen), Norbert Beutmüller aus Buttenwiesen, der rechtliche Änderungen für nötig hält, Michael Holzinger, Bissingen, Reinhold Schilling, Schwennigen, und Michael Waldenmayr, Lutzingen, der die Überzeugung äußerte, ebenso wie es eine geregelte Begrenzung des Rehbestandes gebe, müsse man auch die Biber bei ihrer Ausbreitung behindern.

Angeschritten wurde u. a. der



In einer Resolution fordert der Kreisverband Dillingen des Bayerischen Gemeindetages eine deutliche Begrenzung des Biberbestandes, speziell auf Räume, in denen der Nager keine Schäden anrichten kann. In dem Appell waren sich unter anderem einig (von rechts): die Bürgermeister Dieter Ott, Haunsheim, Michael Waldenmayr, Lutzingen, Wilhelm Gump, Buttenheim, die Kreisvorsitzende Hildegard Wanner, Höchstädt, Bürgermeister Norbert Beutmüller, Buttenwiesen, Landrat Leo Schrell, Bürgermeister Erhard Friegel, Holzheim und Ehrenvorsitzender Anton Schmid, Bissingen. **Bild: -jdt-**

unter Umständen unvermeidbare Abschlus. Ehrenkreisvorsitzender Anton Schmid, Bissingen, stellte fest, dass die Jägerschaft hierfür nicht zur Verfügung stehe, weil diese ansonsten auch für Schäden haftbar gemacht werden könne. Angemerkt wurde, dass Biberfleisch einstmals als Delikatesse gegolten habe.

Resolution

Die von Bürgermeisterin Wanner angeregte Resolution zur Eindämmung der Biber wendet sich an den Bayerischen Gemeindetag, an die Politiker aller Ebenen, auch im Europaparlament, weil hier europäische Regelungen gültig seien.

Die starke Zunahme der Biber bestätigte im Gespräch mit der „Bayerischen Gemeindezeitung“ auch der Biber-Manager für Südbayern, der Wildbiologe

Gerhard Schwab aus Hundel-dorf, Kreis Straubing-Bogen. Er beschäftigt sich seit 17 Jahren mit der Biber-Problematik, seit neun Jahren im Biber-Management.

8000 Biber in Bayern

Heute gebe es in Bayern ca. 8000 Biber in rund 2000 Biber-Revieren. Vor 15 Jahren seien es schätzungsweise 800 bis 1200 Biber gewesen, vor einem Jahrzehnt etwa 2000. Schwerpunkte der Ausbreitung seien entlang der Donau, an Inn, Lech, Iller, Wörnitz, Regen und Naab, in der Oberpfalz, Schwaben und im südlichen Mittelfranken. Eine dünne Besiedlung durch Biber, so Schwab, sei festzustellen im Allgäu, im nördlichen Mittelfranken, in Ober- und Unterfranken sowie generell in den Bergen ab 800 bis 1000 Meter Höhe. **□**

Symposium auf der BUGA 05:

Die Stadt als die Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Westend oder Hasenberg, Einfamilienhaus im Grünen oder Hochhaus, Single oder Familie? Multikulti oder abgeschottet im eigenen Kulturkreis? Und sind nicht auch längst ganz neue, andere Lebens- und Wohnstile gefragt - ein „Perspektivenwechsel“? Alle wollen ihren individuellen Bedürfnissen entsprechend wohnen und leben. In zehn Jahren werden 60 Prozent der Bevölkerung in der Stadt wohnen. „Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Stadt“, sagt UN-Generalsekretär Kofi Annan, mit all den damit verbundenen Problemen und Herausforderungen.

Nicht nur der gesellschaftliche Wandel, die demografische Entwicklung hin zu einer überalterten Bevölkerung, sondern auch wirtschaftliche Zwänge prägen die Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert. Die Zukunft und vor allem die nachhaltige Entwicklungsfähigkeit der Städte hängt maßgeblich davon ab, wie Politiker, Planer, Bauherren oder Investoren auf die Veränderungen in den Städten reagieren. Und welche Rolle, so der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, die Wirtschaft dabei spielt.

Nötige Experimente

Ein Beispiel dafür, wie man auf die aktuellen Entwicklungen reagieren kann, wie ein nachhaltiger Stadtteil entstehen kann, ist die Messestadt Riem, die in diesem Jahr mit der BUGA 05 in München ein großes Einweihungsfest feiert. Die BUGA 05 war es auch, die das städtebauliche Symposium „Perspektive Stadt“ initiiert hat, das mit einem öffentlichen Hearing zu Ende ging - mit der Aufforderung der BUGA-Geschäftsführerin Andrea Gebhard: „Lasst uns in der Stadtplanung experimentieren, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Die BUGA 05 mit der Messestadt Riem und dem Landschaftspark sind gute Beispiele dafür, wie man mit kleinen Mitteln Großes machen kann.“

Künftiges Wohnmodell

Zwei Tage lang wurde mit hochkarätigen Teilnehmern, unter anderem mit Bundesfamilienministerin Renate Schmidt, dem bayerischen Innenminister Dr. Günter Beckstein oder dem Präsidenten des Deutschen Städtetages, dem Münchner OB Christian Ude, interdisziplinär und sehr intensiv darüber diskutiert, wie der Mensch künftig wohnen wird, wie sich der Stadtwandel verträglich gestalten lässt und welche Rolle die Wohnungswirtschaft dabei übernehmen kann. Auf Udes Einladung hatten sich Partner aus dem Bereich der Verbände, der Projektentwickler und der Immobilienwirtschaft zusammengetan und ein attraktives Programm entwickelt. An interessanten Schauplätzen in der Stadt haben hochkarätige Referenten im Rahmen thematischer Foren die drängenden Fragen der Stadtentwicklung aufgegriffen und geeignete urbane Strategien erörtert.

Das Gemeinwesen Stadt steht auf dem Prüfstand. Vor diesem Hintergrund hatten sich im Rahmen des Symposiums „Perspektive Stadt“ mehr als 20 bedeutende Akteurinnen und Akteure bei der Gestaltung eines gemeinsamen Symposiums engagiert. Hintergrund dieses Engage-

ments war die von allen Beteiligten deutlich artikulierte Erkenntnis, dass die Zukunft der „Europäischen Stadt“ in Deutschland nur dann nachhaltig und wirksam gestaltet werden kann, wenn alle Beteiligten an dieser Gemeinschaftsaufgabe mitwirken. Dies bekundeten sowohl die Vertreter der Kommunen und Ministerien als auch die Immobilien- und Wohnungswirtschaftlichen Akteure.

Von Seiten der planenden und umweltgestaltenden Disziplinen wurde stellvertretend von Seiten des Präsidenten der Bundesarchitektenkammer Prof. Arno S. Schmid betont, dass in diesem Kontext ganz neue und komplexere Gestaltungs- und Steuerungsaufgaben auf die Stadtplaner, Architekten und Landschaftsarchitekten zukommen. Ermöglichen, aktivieren, steuern und begleiten von Prozessen der Quartiers- und Stadtentwicklung rücken vor dem Hintergrund des Paradigmenwechsels in der Stadtplanung zunehmend ins Zentrum der Aufgaben. Im Rahmen der Diskussion kristallisierte sich die Herausforderung eines „Bündnisses für Stadtentwicklung“ heraus.

Stadt als Gemeinwesen

Tenor: Die Stadt muss tatsächlich ein Gemeinwesen werden, die Bürger müssen mit einbezogen werden in die städtebaulichen und politischen Prozesse der nächsten fünf bis zehn Jahre. Sie müssen dafür Kommunikationsmöglichkeiten erhalten, Räume und Freiräume. Bürger wissen oftmals nicht genügend über mögliche Beteiligungsmöglichkeiten. Bürgerbeteiligung braucht langfristige Kontinuität, nur so können sich Netzwerke entwickeln, die positive Effekte der Beteiligung auch nachhaltig fortsetzen. Entscheidend ist eine aktive Information der Bürger.

Nachbarschaften

Früher war das Grün der Wohnsiedlung nur ein Kostenfaktor, der so weit wie möglich reduziert werden musste. Heute ist das Grün entscheidend für die Adressbildung - gerade in der perforierten Stadt. Der Bezug zwischen Bürger und Freiraum entsteht über Bilder. Deshalb muss die städtische Grünplanung wichtige Orte mit Bildern besetzen und auch die verwahrlosten Orte in Schutz nehmen. Neue Nachbarschaften zu stabilisieren, ist in jeder Phase der Stadtentwicklung eine dringende Aufgabe. Menschen benötigen diese Nachbarschaften, egal ob sich die Städte in einem Wachstums- oder Schrumpfungprozess befinden. Neue Nachbarschaften geben Zusammenhalt in veränderten Lebenssituationen.

Das am Beginn des Symposiums einführende Gespräch im Alten Rathaus in München mit Bundesfamilienministerin Renate Schmidt führte die Verbindung mit den Analysen des Trendforschers Prof. Peter Wippermann eindrucksvoll vor Augen, dass die Politikfelder „Familie und Sozialpolitik“ noch viel systematischer als bisher mit der Städtebau, Bau- und Raumordnungspolitik verzahnt werden muss. Angesichts der Dramatik und Geschwindigkeit des demografischen und gesellschaftlichen Wandels könne man nicht davon ausgehen, mit „Instrumenten von gestern“ die Herausforderung der Zukunft meistern zu können.

Disziplinen zusammenführen

In diesem Sinne konstatierte Dr. Ronald Bernecker, Generalsekretär der Deutschen UNESCO Kommission, einen erheblichen Bedarf an ressortübergreifender Fort- und Weiterbildung. Hierfür bedürfe es geeigneter



Die neue Schule wurde mit dem renommierten Deutschen Holzpreis ausgezeichnet.

Investition in die Zukunft der Jugend

Neue Fach- und Berufsoberschule in Memmingen

Mit einem Festakt wurde die neue Fach- und Berufsoberschule (FOS/BOS) in Memmingen offiziell eingeweiht. Das Gebäude im Areal des Berufschulzentrums im Memminger Westen kostete rund 12,5 Millionen Euro. „Diese Schulbaumaßnahme macht deutlich, dass die Stadt Memmingen ihre Aufgabe als Schulstadt in hohem Maße wahrnimmt“, so Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger bei seiner Begrüßung der Ehrengäste.

Bereits seit September 2004 läuft der Schulbetrieb in dem neuen Haus, welches die Unterrichtsbedingungen für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte stark verbessert. Die FOS und BOS waren vorher im Gebäude des Vöhl-Gymnasiums untergebracht. Schulleiter Oberstudienleiter Hans-Peter Gneiser sprach im Hinblick auf die Baukosten von einem „großen finanziellen Opfer“. „Das neue Umfeld wüssten Schüler und Lehrer sehr zu schätzen“, so Gneiser weiter.

Der Neubau der FOS/BOS ist als zweigeschossiger, klar gegliederter rechteckiger Bau mit Innenhof in der Fassade nach Außen und zum Innenhof in Holz und Glas ausgeführt. Im Raumprogramm wurden 20 Klassenzimmer für den allgemeinen Unterricht mit den entsprechenden Ergänzungsräumen, Fachunterrichtsräume für Physik, Chemie, Biologie, Technologie und Informatik sowie Werkstatträume für Energieumsetzung und Metalltechnik, eine Verwaltung mit Bibliothek und eine Aula berücksichtigt.

„Die Schulstadt Memmingen strahlt weit über die örtlichen

Plattformen, die verschiedenen Disziplinen handlungsorientiert zusammenführen. Dr. Bernecker zeigte sich beeindruckt vom Wissens- und Erfolgspotential, das im Rahmen des Symposiums „Perspektive Stadt“ gebündelt werden konnte.

Die Kommunalpolitik ist gefordert

Migration und Integration sowie die Globalisierung und ihre Auswirkungen standen beim abschließenden öffentlichen Hearing im Kulturforum der BUGA 05 vor allem beim Gespräch zwischen Münchens Oberbürgermeister Christian Ude und dem bayerischen Innenminister Günter Beckstein im Mittelpunkt. „Die Wirtschaft ist ein ganz entscheidender Akteur“, so Ude. Denn wir haben grundsätzlich weder eine Gesellschaft die verarmt, noch eine Gesellschaft, die schrumpft. „Was wir haben, das sind Gewinner und Verlierer der Globalisierung“, so der Münchner OB. „Im örtlichen Bereich, in den Städten und Gemeinden, ebenso wie im sozialen Bereich, bei den Menschen direkt.“ Daher sei die Kommunalpolitik mehr denn je gefordert.

Dem pflichtete Beckstein bei. „Die Kommunalpolitik muss ausgleichen, was die Globalisierung anrichtet. Damit die Men-

schen die Chance haben, ihren Bedürfnissen entsprechend zu leben. Denn die Menschen wollen mehr als sauber und satt sein, sie brauchen Kultur und Kommunikation und da sind auch Architektur und die Landschaftsarchitektur gefordert.“

Landschaftsarchitekturpreis

Höhepunkt des Symposiums war die Verleihung des Landschaftsarchitekturpreises des BDLA (Bund Deutscher Landschaftsarchitekten) an Gilles Vexlard, der den zur Messestadt Riem gehörenden Landschaftspark gestaltet hat. Dort ist noch bis zum 9. Oktober die BUGA 05 zu Gast. Die Jury würdigte mit dem Projekt die gelungene Gratwanderung bei der Gestaltung des 200 Hektar großen Frei-

Neubau in Bad Wiessee:

Die Kugel rollt in Bayerns modernster Spielbank

„Die Kugel rollt! Mit dem Neubau hat die Spielbank in Bad Wiessee die besten Voraussetzungen, wieder Bayerns erfolgreichste Spielbank zu werden. Das Casino am Tegernsee wird zukünftig unter den deutschen Spielbanken einen Spitzenplatz einnehmen“, erklärte Finanzminister Kurt Falthäuser bei der Neueröffnung der Spielbank Bad Wiessee.

Unterhaltung in gehobenem Ambiente mit Blick auf das wunderschöne Tegernseer Tal - dieses Erlebnis bietet die neue Spielbank auf einer Gesamtnutzfläche von rund 6.200 qm, stellte Falthäuser fest. Die zeitgemäße Bauweise verbindet moderne, spielerische und futuristische Elemente mit den Notwendigkeiten einer Spielbank zu einem harmonischen Ganzen. „Mit dem Neubau haben wir einen attraktiven, angemessenen Rahmen für eine Aufwärtsentwicklung der Bad Wiesseer Spielbank geschaffen. Bad Wiessee als bekannter und beliebter Urlaubsort im Tegernseer Tal hat mit dem neuen Gebäude eine weitere touristische Attraktion bekommen“ betonte Falthäuser.

Neuer Mittelpunkt

Der neue gesellschaftliche Mittelpunkt im Orchester des Unterhaltungsangebotes des Kur- und Fremdenverkehrsortes Bad Wiessee werde zu steigenden Besucherzahlen führen, zeigte sich Falthäuser zuversichtlich. Damit könnte der ordnungspolitische Auftrag der

raums. „Die Transformation des alten Flughafenareals zu einem modernen Dienstleistungs- und Wohnungsstandort mit höchstem Anspruch ermöglichte einen Wettbewerb für den Landschaftskorridor zwischen den Baufeldern und dem landschaftlich geprägten Umland. Er titelt „Ein Park ohne Grenzen“ und hält was er verspricht, so die Jury.

Mit größter Sorgfalt

In fast zehnjähriger Planungs- und Bauzeit wurde er in Detail mit größter Sorgfalt realisiert. Es sind einzigartige Verbindungen geschaffen zwischen Siedlungsstrukturen und Agrarlandschaft. Durch die Inszenierung eines Landschaftsraumes ist eine Identität stiftender, unverwechselbarer Ort, ein Land-Strich, entstanden.“

Spielbanken optimal erfüllt werden.

Sprudelnde Quelle

Auf einen Finanzminister üben die Spielbanken natürlich auch eine besondere Faszination als Quelle staatlicher und kommunaler Einnahmen aus, merkte Falthäuser an. Der Haushalt des Freistaates Bayern habe zusammengerechnet seit dem Bestehen der bayerischen Spielbanken bisher rund 1,84 Milliarden Euro aus Spielbankmitteln erhalten. Mit diesen Geldern hätten viele Dinge im sozialen, mildtätigen und kulturellen Bereich ermöglicht werden können, die sonst nicht realisierbar gewesen wären.

Gemeinde profitiert

Im Neubau rechne er mit einem Ansteigen des Ergebnisses der Spielbank von zuletzt 18,5 Millionen Euro auf 31 Millionen Euro im Jahr 2006. Davon würde auch die Gemeinde profitieren, die neben der Miete weiterhin einen Anteil an der Spielbankabgabe von 15 Prozent des Bruttospielertrags erhalte.

50 Jahre Bauernhofmuseum Illerbeuren

Als das Schwäbische Bauernhofmuseum Illerbeuren bei Memmingen am 11. Juni 1955 eröffnet wurde, war es das erste Freilichtmuseum in Süddeutschland. Bis heute hat die Einrichtung, die von einem kommunalen Zweckverband zwischen dem Bezirk Schwaben, dem Landkreis Unterallgäu und dem Verein „Heimatsdienst Illertal“ getragen wird, nichts von ihrer Anziehungskraft auf Besucher verloren.

In der Anlage sind Häuser und Höfe vom 17. bis ins 20. Jahrhundert, Handwerkstätten und frühe technische Bauten ausgestellt. Die Gebäude sind mit allem eingerichtet, was Bauern früher zum Wohnen und Arbeiten brauchten. Neben Gebäuden und Kulturgütern werden in Bauergärten und auf Äckern auch Kulturpflanzen und ihr Anbau gezeigt.

Exquisites Programm

Zum 50-jährigen Jubiläum wartet das Museumsteam nun mit einem besonderen Programm auf. Bis 30. November läuft eine Sonderausstellung zur Geschichte des Museums unter dem Titel „Wege der Rückschau“. Am 7. Mai wurde ein großes Gemeinschaftsprojekt

eröffnet: Das Bauernhofmuseum, die Trachtenberatungsstelle des Bezirks Schwaben, der Allgäuer Gauverband, die Interessensgemeinschaft „Tracht Oberallgäu“ und der Bayerische Landesverein für Heimatpflege konzipierten gemeinsam die Sonderchau „Aus Lieb“ zum Gebirg-Trachtenvereine im Allgäu.“

Museumsführung

Etwas Besonderes war natürlich auch für den Jubiläumstag geplant: Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert als Vorsitzender des Zweckverbandes führte Interessierte persönlich durch das Museum. Informationen zum Jahresprogramm gibt es unter Telefon 08394/1455 bzw. unter der Internetadresse www.bauernhofmuseum.de **DK**

Bayerische Bauwirtschaft:

Plädoyer für fairen Wettbewerb

Umfrage zeigt eine Verschärfung der Lage / Weiterer Stellenabbau befürchtet

Die konjunkturelle Lage in der bayerischen Bauwirtschaft hat sich während des harten Winters weiter zugespitzt. Dies geht aus einer Umfrage der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern (LVB) unter 1800 Unternehmen des Bau- und Ausbauhandwerks hervor, die in München im Rahmen einer Pressekonferenz präsentiert wurde.

Wie Helmut Hubert, Sprecher der LVB betonte, bewertet die überwiegende Mehrheit der Betriebe die Entwicklung der Geschäftslage als gleichbleibend bis schlechter. Dasselbe gelte für die Ertrags- und Umsatzsituation. Die Nachfrage nach Bauleistungen habe weiter abgenommen, der Auftragsbestand sei nochmals gesunken. Besonders drastisch stelle sich die Situation im Hoch- und Straßenbau dar: Hier hätten fast zwei Drittel der Betriebe mit einem Auftragsrückgang zu

kämpfen. Im Ausbauhandwerk lägen den Unternehmen inzwischen nur noch Aufträge für die nächsten fünf Wochen vor.

Abwärtstrend

Dieser Abwärtstrend hat Hubert zufolge zu einem weiteren Beschäftigungsabbau geführt. Zwei Drittel der Bauunternehmen und ein Drittel der Ausbauhandwerks-Betriebe mussten im Winterhalbjahr Stellen streichen. Im gesamten Jahr 2004 ist die Zahl der Arbeitnehmer in

der bayerischen Bauwirtschaft um 10.000 gesunken. Auch in den kommenden Monaten sei an ein Plus an Arbeitsplätzen nicht zu denken. Die große Mehrzahl der Betriebe rechne damit, dass sie weiter Stellen abbauen müsse oder bestenfalls die Beschäftigtenzahlen konstant halten könne.

Verschärfte Lage

Auch im Hinblick auf die Ge-

Dominikus-Ringeisen-Werk Ursberg:

Generalsanierung abgeschlossen

Sozialministerin Stewens: Gesamtsanierung seit 1995 mit rund 17 Millionen Euro gefördert

„Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen in den Ursberger Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wurden 1.100 Wohnplätze, über 600 Arbeits- und Beschäftigungsplätze sowie mehr als 1.000 Plätze in der schulischen und beruflichen Förderung und Ausbildung modernisiert oder neu eingerichtet. Seit 1995 hat das Sozialministerium hierfür rund 17 Millionen Euro beigesteuert. Die drei tragenden Säulen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens sind in Ursberg in besonderer Weise verankert: Eigenverantwortung, soziales Verantwortungsbewusstsein und Solidarität. Diese Werte sind für die Wahrung des sozialen Friedens und der Stabilität einer Gesellschaft unerlässlich.“ Darauf wies Bayerns Sozialministerin Christa Stewens beim Festakt zum Abschluss der Generalsanierung im Dominikus-Ringeisen-Werk in Ursberg hin.

Erhöhter Finanzbedarf

Nach Schätzungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge wird sich der Anteil der Menschen mit Behinderung von 2002 bis 2007 um 17 Prozent erhöhen. Ebenfalls steigen - und zwar um rund 35 Prozent - wird im selben Zeitraum die Zahl derer, die ambulante Hilfen in betreuten Wohnformen benötigen, aber auch der Bedarf an stationären Hilfeangeboten. „Dies bedeutet einen erhöhten Finanzbedarf für

Schlagmann den bestmöglichen Außenlärmschutz. Schallschutzfenster bieten eine zusätzliche beidseitige Geräuschbarriere. Auch beim Brandschutz erreicht der T9 Spitzenwerte. Überdies schaffen Ziegel aufgrund ihrer kapillaren Struktur stets ein ausgeglichenes Raumklima.

Für die Sanierung des bestehenden Gebäudes aus Hochlochziegeln wurde eine acht Zentimeter dicke Dämmung aus biologischen Holzweichfaserplatten verwendet. In den Innenräumen kamen Mondphasenholz sowie lösungsmittelfreie Farben und Lacke für Sanierung und Ausbau zum Einsatz.

Informationen über das Objekt erteilt: Baubiologisches Planungsbüro Simon Beis, 93333 Siegenburg, Tel: 09444-88331, pb.beis@t-online.de

Weitere Informationen sind erhältlich bei der Schlagmann Baustoffwerke GmbH & Co. KG, Ziegeleistr. 1, 84367 Zeilarn, Telefon: (0 85 72) 17-0, Telefax: (0 85 72) 17-159, e-mail: info@schlagmann.de und im Internet unter www.schlagmann.de. □

schäftslage bleibt das Bau- und Ausbaugewerbe im Freistaat für das Frühjahr und den Sommer pessimistisch. Neun von zehn Betrieben glauben nicht, dass sich ihre Umsätze und die Auftragsituation bald verbessern. Mehr als die Hälfte der Bauunternehmen geht sogar davon aus, dass die Lage demnächst noch schlechter wird.

Ausbildungsplätze

Obleich die Ausbildungsleistung des Bau- und Ausbauhandwerks sehr groß ist - derzeit werden in Bayern über 34.000 Lehrlinge ausgebildet -, ist auch die Chance auf neue Ausbildungsplätze gering: Nur

rund fünf Prozent aller Betriebe schätzen, dass sie im kommenden Ausbildungsjahr zusätzliche Lehrlinge einstellen können.

Steigender Preisdruck

Insbesondere macht den Bau- und Ausbaubetrieben der immer weiter steigende Preisdruck zu schaffen. Die meisten Betriebe mussten in den vergangenen Monaten ihre Preise senken, um überhaupt noch Aufträge zu erhalten. „Die Preise liegen auf einem Niveau, mit dem die Betriebe und ihre Beschäftigten kaum auskommen“, erklärte Hubert. Die Konkurrenz aus dem neuen EU-Ausland verschärfe diese Situation. Als Beispiel nannte der LVB-Sprecher

Caritasverbandes haben am 31.12.2002 allein in katholischen Behinderteneinrichtungen in Bayern 18.785 Personen gearbeitet.

Berufliche Perspektive

Stewens: „Die stationären Behinderteneinrichtungen sind große und - in einer Zeit der zunehmenden Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland - zudem stabile Arbeitgeber in der Region. Oft sind sie auch Betreiber von Ausbildungsstätten und leisten damit zusätzlich einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Qualifizierung junger Menschen. Das Berufsbildungswerk im Dominikus-Ringeisen-Werk mit zurzeit ca. 200 Auszubildenden ermöglicht eine Ausbildung in nahezu 20 Berufen und bietet damit jungen Menschen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine berufliche Perspektive.“ □

die Fliesenleger-Branche, in der sich nach der Einführung der Dienstleistungsfreiheit 2004 die Zahl der eingetragenen Betriebe in Bayern verdoppelte. Die Liberalisierung des Handwerksrechts habe damit den Wettbewerb extrem verzerrt.

Abbau von Bürokratie

Hubert forderte die Politik auf, hier gegenzusteuern und für einen fairen Wettbewerb im Bau- und Ausbauhandwerk zu sorgen. Er plädierte für eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten, den Abbau von Bürokratie und mehr Privatinitiative. Auch müsse die staatlich geförderte unlautere Konkurrenz durch Ich-AG und Ein-Euro-Jobs ein Ende haben. Die beiden Arbeitsmarkt-Maßnahmen hätten bislang keine Stellen geschaffen, sondern gefährdeten die Arbeitsplätze bei den Handwerksunternehmen. Ich-AG seien nicht an den Mindestlohn gebunden und verschärften das ohnehin schon ruinöse Preisdumping.

Mehr Investitionen nötig

An die Behörden richtete Hubert die Bitte, künftig wieder mehr zu investieren. Die Zahl der öffentlichen Aufträge an das bayerische Bau- und Ausbauhandwerk habe zuletzt rapide abgenommen. Bei den wenigen verbleibenden Aufträgen habe sich die Zahlungsmoral deutlich verschlechtert, auch dies müsse sich dringend ändern. Nur durch ein Bündel volkswirtschaftlich notwendiger Maßnahmen könne der Niedergang der deutschen Bau- und Ausbauwirtschaft gestoppt werden, betonte Hubert abschließend. **DK**



Aus dem Öko-Baustoff Poroton T9 von Schlagmann ist jetzt im bayerischen Siegenburg eine Mehrzweckhalle für Kindergartenkinder entstanden. Bild: Schlagmann Baustoffwerke

Öko-Ziegel Poroton T9:

Gesunder Baustoff - gesunde Kinder

Fast jedes dritte Kind leidet an Allergien, Tendenz steigend. Ob der Nachwuchs krank wird oder gesund bleibt, liegt in hohem Maße an den Materialien, aus denen Häuser bestehen - schließlich verbringt der Mensch bis zu 90 Prozent eines Tages in geschlossenen Räumen. Wichtig ist eine giftfreie Umgebung besonders für die ganz Kleinen.

Aus dem Öko-Baustoff Poroton T9 von Schlagmann ist jetzt im bayerischen Siegenburg eine Mehrzweckhalle für Kindergartenkinder entstanden. Der T9 ist der einzige Ziegel mit einem Dämmkern aus gesundheitlich unbedenklichem Perlit-Gestein. Zum Einsatz kam der außergewöhnliche Ziegel auch, weil er optimalen Schutz vor Lärm gewährleistet. Die neue Halle in Siegenburg ist ein Modellprojekt für die baubiologische Errichtung öffentlicher Gebäude.

Klare Vorgaben

Die Vorgaben des Bauherren waren klar: Die Katholische Kirchenstiftung Siegenburg wollte eine wohngesunde Lösung - sowohl für den Neubau der Mehrzweckhalle wie auch für die Sanierung des bestehenden Kindergartens. Beauftragt wurde das Baubiologische Planungsbüro Simon Beis in Siegenburg, eines der renommiertesten Büros auf diesem Gebiet. Architekt Simon Beis beschäftigt sich seit mehr als zehn Jahren mit ökologischem Bauen.

Kindergarten auf der einen, Mehrzweckhalle auf der anderen Seite - das stand aufgrund des Baugrundes fest. Architekt Simon Beis entschied sich für die Verbindung der beiden Gebäude mit einem Verbindungsgang, der als Eingangsbereich und damit als „Gelenk“ zwischen den Bauten fungiert. Dachform und Baukörper des Neubaus wurden optisch zum „Altbau“ angepasst.

Ein geeignetes Material zu finden, gestaltete sich nicht einfach: „Wir haben lange nach einem ökologisch sinnvollen Wandbaustoff gesucht. Schließlich sind wir auf den T9 von Schlagmann gestoßen, der mit seiner Füllung aus natürlichem Vulkangestein perfekt mit unserem Konzept harmoniert.“ Beis verweist auf die Testergebnisse im Institut für Baubiologie Rosenheim: Dort hat der T9 mit der Bestnote „sehr gut“ abgeschlossen. Ziegel und Perlit sind praktisch frei von Formaldehyd, PCP, Radioaktivität sowie von hochtoxischen Schwermetallen und Bioziden. Ungeziefer und Fäulnis haben keine Chance.

Ökonomie und Ökologie

Zu den ökologischen kommen ökonomische Vorteile: Der Perlit-Kern sorgt für die hervorragende Wärmeleitfähigkeit von 0,09 W/(mk). Im Vergleich zu einem Ziegel mit 0,16 W/(mk) bedeutet dies eine Energieeinsparung von 44 Prozent. Nötig wurde dafür weder ein aufwändiger Wärmedämmputz noch ein zusätzliches künstliches Wärmedämmverbundsystem. Neben gesundem Raumklima war ein hoher Schallschutz eine Anforderung an die Planer: Kinder wollen auch mal in Ruhe spielen. Doch das Gebäude liegt in der Einfugschneise des Flughafens München und in der Nähe eines Nato-Schießplatzes. Durch seine Perlit-Füllung in Verbindung mit dem Ziegelkörper gewährleistet der T9 von

Bezirksversammlung der KPV Schwaben:

Plädoyer für den Erhalt der bayerischen Bezirke

Landrat Erich Josef Geßner gab Vorsitz ab - 19 Jahre an der Spitze

19 Jahre lang stand der Neu-Ulmer Landrat Erich Josef Geßner an der Spitze der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) Schwaben. Auf der jüngsten Bezirksversammlung im Sparkassensaal der Stadt Vöhringen hat er sein Amt als Vorsitzender abgegeben. „Unsere Aussagen sind nicht immer deckungsgleich mit den Aussagen unserer Partei. Das resultiert aus unserem kommunalpolitischen Selbstverständnis, wobei wir uns allerdings ohne jede Einschränkung zur Familie der CSU zählen“, ging Geßner in seiner Abschiedsrede auf das Selbstverständnis des Bezirksverbandes der KPV ein, der 2.148 CSU-Kommunalpolitiker aus ganz Schwaben vertritt.

Seit 30 Jahren ist Geßner Mitglied der KPV, in der er von 1975 an als stellvertretender Bezirksvorsitzender mitgewirkt hat, bevor er 1986 die Führung des Bezirksverbandes übernahm. „Zu Beginn wusste eigentlich niemand so recht, was die Kommunalpolitische Vereinigung ist“, erinnerte sich Geßner. Heute aber sei die Vereinigung lebendiger als je zuvor und man sage ihr sicher nicht zu Unrecht nach, dass sie einer der aktivsten Bezirksverbände in Bayern sei.

Bessere Finanzausstattung

Aktuell setze sich die Kommunalpolitische Vereinigung Schwaben für eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen ein. Mittel- und langfristig könnten die Struktur- und Finanzprobleme in der Bundesrepublik nur mit starken Städten, Märkten, Gemeinden und Landkreisen gelöst werden. Handlungsfähige Kommunen, betonte der Neu-Ulmer Landrat, seien nicht in der Lage, konjunkturelle und strukturelle Krisen zu bewältigen.

Die finanzielle Situation der

Kommunen sei heute dramatisch wie nie zuvor. Nicht wenige von ihnen könnten ihre Haushalte bereits in diesem Jahr nicht mehr ausgleichen, ohne sich auf dem Kreditmarkt weiter zu verschulden, betonte Geßner.

Bezirksumlage

Deutlich geworden sei die Dramatik der finanziellen Lage in der Diskussion über die Erhöhung der Bezirksumlage in den letzten beiden Jahren und den damit einhergehenden Erhöhungen der Kreisumlagen. Es liege aber ganz sicher nicht am Finanzgebaren des Bezirks Schwaben, dass nach einer Erhöhung der Bezirksumlage um 2,5%-Punkte im Jahr 2004 nun auch 2005 eine Umlagenenerhöhung von 1,8%-Punkten beschlossen werden musste, verteidigte Geßner den Bezirk Schwaben. Schließlich habe dieser in den letzten zehn Jahren nur eine Umlagensteigerung von rund 47 Prozent, auf der Ausgabenseite aber allein bei den Sozialausgaben, die den Hauptanteil des Bezirks ausmachen, eine Ausgabenerhöhung von ca. 97 Prozent zu verzeichnen.

„Dies macht deutlich, dass das Finanzierungssystem der Bezirke in eine Schieflage geraten ist und dafür können sie ganz gewiss nicht in die Verantwortung genommen werden“, machte er klar. Von Überlegungen, die Bezirke abzuschaffen oder Aufgaben auf andere Ebenen zu verlagern, halte er gar nichts, bezog der Neu-Ulmer Landrat Stellung.

Notwendig sei vielmehr ein Abbau von Sozialstandards, beispielsweise bei Eltern, die aufgrund ihres Einkommens in der Lage wären, einen Eigenbetrag für Fördermaßnahmen ihrer Kinder zu tragen. Staatliche und kommunale Leistungen müssten diejenigen stützen, die nicht in der Lage seien, sich aus eigener Kraft zu helfen.

Sinnvolles Ziel?

Fraglich sei für ihn auch, ob das hehre Ziel Sinn mache, die Neuverschuldung des Freistaats Bayern bis 2006 auf Null zurückzuführen, hob Geßner hervor. Es werde zu keinem Wirtschaftsaufschwung kommen, wenn die Kommunen Investitionen verschieben und Neuverschuldungen eingehen müssten. „Schulden sind Schulden, und die nachfolgenden Generationen werden durch kommunale Schulden in gleicher Weise belastet wie durch staatliche Verschuldung“, mahnte Geßner an. Ein Schuldenabbau des Staates dürfe deshalb nicht die Handlungsfähigkeit der Kommunen einschränken.

Bei allen strittigen Diskussionen dürfe aber nicht vergessen werden, dass der Freistaat die Einnahmensituation der Kommunen verbessert habe, indem die Gewerbesteuerumlage gesenkt, die Schlüsselmasse angehoben und der Anteil am Steuerbund verbessert worden sei. Die finanzielle Situation der bayerischen Kommunen wäre noch verheerender, wenn der Freistaat Bayern für sie nicht ein verlässlicher Partner wäre, machte Landrat Geßner unmissverständlich deutlich.

„Hauptansprechpartner für die derzeitige finanzielle Situation ist der Bund“, betonte Geßner. Die rot-grüne Mehrheit im Bundestag habe alle vom Bundesrat ausgehenden Initiativen mit dem Ziel, die Gemeinden zu stärken, abgeschmettert.

Konnexitätsprinzip

Um die Kommunen handlungsfähig zu machen, seien mehrere Maßnahmen notwendig, so Geßner. Allem voran stehe die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips im Freistaat und die Schaffung einer gleichen Regelung auf Bundesebene. „Es dürfen nur noch staatliche Aufgaben zur Erfüllung auf die Kommunen übertragen werden, wenn den Kommunen gleichzeitig entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.“

Erforderlich sei auch die Verabschiedung des Kommunalen Entlastungsgesetzes durch den Bundestag. (Anmerkung der Redaktion: Das Gesetz ist im Bundestag zum größten Teil gescheitert.) Auf Vorschlag des Freistaats Bayern sollen mit diesem Gesetz die Kommunen bundesweit um 300 Millionen Euro bei der Sozialhilfe und rund 250 Millionen Euro bei der Jugendhilfe pro Jahr entlastet werden. Unter anderem sieht das geplante Gesetz ein Mehr an Eigenverantwortung der Eltern bei Jugendhilfemaßnahmen vor. Weiter forderte Geßner, dass das neue Ausführungsgesetz zum SGB so geändert werden müsse, dass der örtliche Träger für die Ausländer zuständig sei, um Doppelzahlungen auszuschließen.

Notwendig sei weiter die Auf-



V. l.: Hans Merk, stellvertretender Bezirksvorsitzender, der scheidende KPV-Vorsitzende Landrat Erich Josef Geßner aus Neu-Ulm und dessen Nachfolger Landrat Stefan Rößle, Donauwörth.

stockung der Mittel des Bundes für die Umsetzung des seit Januar 2003 geltenden Grundversicherungsgesetzes und die Einhaltung der Revisionsklausel für Hartz IV. Die bayerischen Kommunen seien durch Hartz IV mit rund 200 Millionen Euro zusätzlich belastet, rechnete Geßner vor. Der Bund habe dagegen bei der Beratung der Hartz IV-Gesetze einmal von einer Entlastung von 2,5 Milliarden Euro für die Kommunen gesprochen.

Gemeinsame Stärke

Der Bezirksverband Schwaben der KPV lege großen Wert auf eine Verzahnung seiner Arbeit mit der Landespolitik und der Politik des Bezirks Schwaben. „Wir wissen, dass wir als CSU nur gemeinsam stark sind“, hob Geßner hervor. Die Verbindung zur Landespolitik habe Landtagsabgeordneter Georg Winter aus Dillingen gehalten, der über eine reiche kommunalpolitische Erfahrung verfüge.

Als Mitglied des Haushaltsausschusses, in dem auch über die Verteilung der Mittel an die Kommunen beraten und entschieden wird, sei er ein wichtiges Bindeglied zwischen KPV und Landespolitik. Die Verbindung zum Bezirkstag Schwaben habe Bezirksrat Herbert Pressl hergestellt, der sich ebenfalls als profunder Kenner der Materie erwiesen habe.



Gratulierten Altbürgermeister Alfons Kastner (7. von rechts) zum 75. Geburtstag - von links: Brauereibesitzer Kaspar Schmid, Altbürgermeister Robert Maly aus Kutzenhausen, Dinkelerschens Bürgermeister Peter Baumeister, Bürgermeister Dr. Maximilian Stumböck aus Ustersbach, Ehefrau Irma Kastner, Landtagsabgeordneter Martin Sailer. Zusmarshausens Bürgermeister Albert Lettinger, stellvertretender Landrat und Landtagsabgeordneter Max Strehle, Altbürgermeister Franz Fischer aus Horgau, Ehrenvorsitzender des Gemeindetages Günter Würmseher, Bürgermeister Anton Mayer aus Gessertshausen und Bürgermeister Sebastian Winkler aus Kutzenhausen.

Alfons Kastner feierte 75. Geburtstag

MdL Max Strehle, gratulierte dem Ustersbacher Altbürgermeister

Der Stellvertreter des Landrats und Landtagsabgeordneter Max Strehle gratulierte jetzt im Beisein von zahlreichen Bürgermeistern, Altbürgermeistern und anderen Ehrengästen dem Ustersbacher Altbürgermeister Alfons Kastner zum 75. Geburtstag. Strehle überbrachte ihm auch die besten Glückwünsche von Landrat Dr. Karl Voegel. Kastner war von 1984 bis 20021. Bürgermeister der Gemeinde Ustersbach.

Der Vize-Landrat betonte die großen Verdienste des ehemaligen Bürgermeisters. „Alfons Kastner hat Ustersbach ein besonderes Profil und ein liebenswertes Gesicht verliehen“, lobte Strehle den Jubilar. „Er war stets ein bodenständiger Bürgermeister, mit dem Gespür fürs Wesentliche. Mit Durchsetzungsvermögen und Elan hat er in Jahrzehnten kommunalpo-

litischen Wirkens viel für seine Gemeinde erreicht.“

Herzenswärme und Kompetenz

Ustersbach trägt wesentlich die Handschrift von Alfons Kastner. So konnte unter Kastners Regie unter anderem der Straßenbau vorangetrieben werden und eine Grundschule

entstehen. Kastner war aufgrund seines sympathischen Wesens und seiner kompetenten Arbeit bei den Bürgerinnen und Bürger ein beliebter Bürgermeister.

Bevor der Jubilar 1984 zum Bürgermeister gewählt wurde, war er Gemeinderat und von 1978 bis 1982. Bürgermeister in seiner Heimatgemeinde. Außerdem hatte er von 1984 bis 2002 die Ämter des Stellvertretenden Gemeinschaftsvorsitzenden der Verwaltungsgemeinschaft Gessertshausen und des Vorsitzenden des Schulverbandes Ustersbach - Dinkelscherben inne.

Auf Geßner folgt Rößle

„Sie haben aus einem kleinen Häuflein einen gewichtigen Verband gemacht“. Mit diesen Worten sprach Landrat Stefan Rößle aus Donauwörth dem scheidenden Vorsitzenden des KPV-Bezirksverbandes Schwaben, Landrat Erich Josef Geßner, seinen Dank für sein fast zwei Jahrzehnte währendes Engagement aus. Rößle war zuvor einstimmig von 76 Delegierten zum neuen Vorsitzenden der KPV Schwaben gewählt worden. Mit ihm sind im neuen Bezirksvorstand Bürgermeister Hans-Peter Koch aus Dietmannsried (66 Stimmen), Bürgermeister Hans Merk aus Wehringen (54 Stimmen) und Bürgermeister Robert Sturm aus Ettringen (44 Stimmen) vertreten. Landrat Gebhard Kaiser aus dem Oberallgäu hatte nicht mehr als Stellvertreter kandidiert, da er 2003 zusätzlich das Amt des Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bezirkstag Schwaben übernommen hat.

Markt gründet Besucher-Gesellschaft

Seit der Wahl von Joseph Kardinal Ratzinger zum Papst haben bereits 20.000 Menschen dessen Geburtsort Markt besucht. Um den Tourismus in der oberbayerischen Gemeinde anzukurbeln, wurde jetzt eine eigene Gesellschaft gegründet.

Mit Hilfe der „Tourismus und Begegnung - Markt“ (TBM) solle Besuchern ein qualitativ hochwertiges und mehrsprachiges touristisches Programm ermöglicht werden, teilte die Gemeinde mit. Die TBM sei der „Grundstein für eine geistlich orientierte Begegnungsstätte“.

Mit der Gesellschaft will Markt den derzeit wöchentlich mehr als 100 Besuchs- und Programmanfragen gerecht werden. Ein wesentlicher Teil des Tourismus-Konzeptes sollen Informationen, Erfahrungs- und Begegnungsmöglichkeiten sein, die in direktem Zusammenhang mit Biografie, Lehre und Wirken von Papst Benedikt XVI. stehen. Die Gemeinde will bei

der Erstellung des Konzepts mit kirchlichen und staatlichen Stellen zusammenarbeiten.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen und zahlreichen Anfragen aus dem In- und Ausland hat die Stadt Altötting jetzt eine Themenbroschüre „Auf den Spuren Papst Benedikt XVI. - zwischen Inn und Salzach“ zusammengestellt. Seinen Spuren in München wiederum folgt das Tourismusamt der Landeshauptstadt, das diverse Stadtpaziergänge anbietet. Die Stationen der Tour sind u.a.: Mariensäule auf dem Petersplatz, Bürgersaalkirche, Frauenkirche, Erzbischöfliches Ordinariat, Peterskirche und Valentinsmuseum. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 39 vom 01.01.2005

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer, Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer, Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Günzburg:

CSU-Kreistagsfraktion zieht positive Halbzeitbilanz

Günzburgs Landrat Hubert Hafner und CSU-Fraktionsvorsitzender Alois Brunhuber zeigen sich zufrieden über die erste Hälfte der laufenden Wahlperiode. Ein gezieltes Marketing zeigt Erfolge und weist den Landkreis Günzburg als eine Region mit Zukunftschancen aus. Ein Raum, in dem es sich als Familie gut wohnen und leben lässt. Zahlreiche Investitionen waren dazu ein wichtiges Beschäftigungsprogramm für die heimische Bevölkerung und Wirtschaft.

Fast 10 Millionen Euro flossen in den vergangenen drei Jahren in den Schulbereich. Erweitert wurden die Gymnasien in Günzburg und Krumbach. Ebenso private und kirchliche Einrichtungen mit Investitionskostenzuschüsse bedacht. Eigene Baumaßnahmen führte der Landkreis an den Realschulen in Krumbach, Thannhausen, Günzburg und Burgau durch.

Eine neue zentrale Einrichtung wurde in Ichenhausen geschaffen. Durch die Ansiedlung neuer innovativer Berufe konnten die Berufsschulstandorte Günzburg und Krumbach gesichert und ausgebaut werden.

Gesundheitszentren

Die Krankenhäuser Günzburg und Krumbach wurden zu at-

traktiven Gesundheitszentren weiter entwickelt. Dazu wird jetzt Kurzzeitpflege im Süden und Norden des Landkreises angeboten. In Burgau und Jettigen kam es zu beachtlichen Erweiterungen der Alten- und Pflegeheimplätze. Einen Investitionskostenzuschuss über fast 1,8 Mio. Euro erhielt das Rummelsberger Stift in Leipheim für den Neubau eines Altenpflegeheimes. Die Förderung von Selbsthilfe- und Begegnungsgruppen war und ist Landrat Hubert Hafner ein großes Anliegen.

Führungsqualitäten

Die Einrichtung eines Herzkatheterlabors nicht übers Knie zu brechen, sondern alle offenen Fragen zu diskutieren, daran war Alois Brunhuber viel gelegen. Sein Führungsstil kommt bei den 32 Fraktionsmitgliedern an.

Unterstützt wird er dabei von Gisela Eisenkolb (Günzburg), Hans Joas (Gundremmingen) und Willy Rothermel (Krumbach). Letztere sind nun immerhin schon 27 Jahre im Kreistag dabei. Die meisten Erfahrungen bringt jedoch Hans Berk Müller ein. Der Ehrenkreisvorsitzende der CSU wurde erstmals 1966 in das Landkreisgremium gewählt. Johannes Schropp und Hans Wiedemann kamen 1972 mit dem Zusammenschluss der beiden Landkreise dazu.

Das Gesicht der Partei

CSU-Kreisvorsitzender Alfred Sauter bezeichnete jüngst die Kreistagsfraktion und die Bürgermeister der CSU als das Gesicht der Partei vor Ort. An der Kreistagsarbeit der Fraktion kann nichts kritisiert werden. Er dankte dafür dem Landrat und der Fraktionsführung. Hier stehe auch im menschlichen Bereich vieles im Gegensatz zu anderen politischen Ebenen. Alfred Sauter hofft immer noch auf die Föderalismuskommission. Eine größere Steuerhoheit bei den Ländern würde auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Kommunen bringen. **hj**

können sich an dem Wettbewerb beteiligen. Pro Gemeinde kann allerdings nur eine Aktion bei der Kommunalen Jugendarbeit eingereicht werden. Das heißt, falls mehrere Vorschläge bei der Gemeinde eingehen, sollte vorab entschieden werden, welche Aktion am Jugendkulturpreis 2006 teilnimmt. Empfehlenswert für den Wettbewerb wäre in diesem Fall unter Umständen auch eine Kooperationsaktion mehrerer Teilnehmer.

Stichtag 31. Oktober

Ist die Entscheidung für eine Aktion gefallen, soll die vom Wettbewerbsteilnehmer ausgefüllte Anmeldung bis spätestens 31. Oktober 2005 an die Kommunale Jugendarbeit geschickt werden.

Weitere Informationen geben die Gemeindeverwaltungen und die Kommunale Jugendarbeit unter Tel. (09721) 55-507. Ausschreibung und Anmeldung liegen auch im Internet unter www.koja-schweinfurt.de (Button „Aktuelles“) als Download bereit. Teilnehmer, die einen Film erstellen, können sich beispielsweise auch am Jugendvideowettbewerb des Bezirksjugendringes bewerben (weitere Infos dazu gibt's unter www.ju-finale.de/unterfranken/). **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Das hört sich ja alles mehr als merkwürdig an. Aber andererseits: Anderswo scheint es ja zu funktionieren.“ Mein Chef, der Bürgermeister, gab sich keine Mühe, seine Skepsis zu verbergen, angesichts des neuesten Vorschlags von Fanny Bacher und Hajo Klein, die angeblich im Namen des Gewerbevereins sprechen, aber wahrscheinlich nur wieder ihre eigenen Ideen spazieren führen.

Sie wollen im Städtchen eine Art Parallel- oder Komplementärwährung etablieren, den Stadthalter. Ursprünglich wollten sie das Ding Stadt/Euro nennen, aber der Bürgermeister ist kein Freund von solchen dummen Scherzen. Das Grundkonzept ist denkbar simpel: Ein privater Verein gibt Gutscheine heraus, die Geschäfte und Dienstleister in einer bestimmten Region quasi wie Geld als Zahlungsmittel an-



möchte sie gerne schnell ausgeben und achtet nicht so auf den Preis. Zudem hat er nur ein eingeschränktes Angebot an Akzeptanzstellen, eben auf die Region beschränkte Anbieter.

Gut möglich, dass die Regiogeld-Bewegung eine subtile Form der Kapitalismus- oder Globalisierungskritik ist. Ihr ist der Euro unheimlich, mit dem man in Rovaniemi wie in

Agrirent, in Cork wie in Heraklion bezahlen kann. Sie wollen etwas Überschaubares, ein Geld, das nur der Bäcker, der Metzger und die freundliche Bäuerin am Grünen Markt akzeptiert. Je undurchschaubarer die Welt wird, desto mehr sehnt man sich nach der Übersichtlichkeit des Dorfs. Und klar ist: Den kleinen Geschäften tut es gut, wenn Kaufkraft in der Region gehalten wird und dort zirkuliert, statt in den Kassen riesiger Filialisten auf der grünen Wiese oder gar über der Grenze anlässlich eines Tankausflugs zu verschwinden. Aber das Ganze seitens der Stadt noch unterstützen? Eins ist klar: Städtische Dienstleistungen wird man damit nie begleichen können.

Mein Chef, der Bürgermeister, glaubt nicht so recht an die Nachhaltigkeit der Idee. Eine pfiffige Mode, die wieder vergeht. Deshalb will er mit dem Gewerbeverein lieber die Möglichkeit eines regionalen Rabattsystems prüfen. Kundenbindung durch Treuepunkte klappt heute so wie in den Kindertagen des Chefs, als er immer die Rabattmarken ins Kramerheft der Mutter klebte. Und auch Rabattpunkte kann man für gemeinnützige Arbeit spenden. Aber bei der Währung, da bleibt er ein treuer Anhänger des Euro, weil er die Meinung von Gustav Stresemann auf dem heutigen Kalenderblatt teilt, der vor gut 80 Jahren bemerkte: „Mit einem gewissen Lächeln sehen wir heute auf den Zustand Deutschlands zurück, in dem sich Kleinststaaten durch eigene Zollgrenzen und eine eigenes Geldwesen voneinander absperrten. Ich hoffe, dass wir dereinst mit dem gleichen Lächeln uns des Zustandes Europas erinnern können, der demjenigen des vergangenen Deutschlands entspricht“.

the
Sabrina

Regiogeld oder: die Vergänglichkeit einer pfiffigen Mode

nehmen. Diese Gutscheine, die aussehen wie alte Notgeldscheine aus der Inflationszeit, kann man bei den Vereinen 1:1 gegen Euro erlösen und dann als „Regiogeld“ einsetzen.

In vielen Gegenden funktioniert das schon bestens. In Prien und Umgebung kann man mit dem „Chiemgauer“ einkaufen gehen, Gießen hat den „Justus“, Bremen den „Roland“ und sogar in der fernen Hauptstadt kann man seine Currywurst mit dem „Berliner“ bezahlen.

Der Erfolg dieser Gutscheinsysteme ist erstaunlich, da schon eine Menge Idealismus dazu gehört, bei diesem Rückfall in die Tauschwirtschaft mitzumachen. Denn so ein Stadthalter wäre eine reine Verrechnungseinheit im Tauschverkehr. Alle anderen Funktionen des Geldes entfallen: Weder kann der Wert des Kapitals - mithin in der Regel die Frucht der eigenen Arbeit - damit erhalten, noch gewinnbringend angelegt werden. Im Gegenteil, diese Regiowährungen verlieren nach einiger Zeit automatisch an Wert und bei Rücktausch in Euro sind saftige Gebühren von meist 5 Prozent fällig, die zum Teil gemeinnützigen Zwecken zukommen. Das freut natürlich die Händler und Handwerker, die sich mit den Papierchen bezahlen lassen, denn wer solche Gutscheine hat,

Landkreisausstellung 2005 in Wertingen:

Besondere Brückenfunktion zwischen Donau und Lech

Wertingen (jdt). Die hervorgehobene Brückenfunktion der Stadt Wertingen zwischen Donau und Lech sowie dem nordschwäbischen Raum und Augsburg betonte Landrat Leo Schrell bei der Zentralveranstaltung der Landkreisausstellung 2005 in Wertingen. Hervorgehoben wurde von Schrell, dass die „Hauptstadt“ des Samtates sich in den letzten Jahrzehnten erfolgreich verabschiedet habe vom Charakter eines „idyllischen Landstädtchens“. Zielstrebige Aufbauarbeit, wirksame Ansiedlungsstrategie und systematische Wirtschaftsförderung und der innovative Geist von Unternehmern hätten sich positiv ausgewirkt.

Wertingens Bürgermeister Willy Lehmeier würdigte besonders, dass die Stadt von erfolgreichen und finanzkräftigen Unternehmen profitiere. Seit 1979 werde die sechste Landkreisausstellung in Wertingen organisiert, mit der steigenden Ausstellerzahl von 150 auf jetzt über 250. Die jährlich rund 850 Wirtschaftsausstellungen in Bayern hätten, so Lehmeier, insgesamt etwa 12,4 Millionen Besucher. Dies entspreche ungefähr der Einwohnerzahl des Freistaates.

Besondere Anerkennung fand Bürgermeister Lehmeier für die aktive Mitwirkung an der viertägigen Wirtschaftsschau der Marktgemeinde Buttenwiesen und der Gemeinde Altenmünster, Landkreis Augsburg, und ihre Wirtschaftsvereinigungen. Komplimente gab es für die erfolgreiche Selbstbehauptung Wertingens nach dem Verlust des Kreis-sitzes im Jahr 1972 und der Teilung des Kreises Wertingen zwischen den Landkreisen Dillingen und Augsburg. Die Einwohner-substanz nimmt zu. Wertingen zählt heute 8907 Einwohner, davon über 4800 in „der Kernstadt

drücke und Attraktionen. Darunter waren das große Tierzelt des Amtes für Landwirtschaft, Sonderschauen des Landkreises und der Gemeinden, des Handwerks und der Industrie, des Tourismusvereins „Dillinger Land“, der Schulen, Jäger, Fischer, Bienezüchter und historischer Gruppen. Vorge stellt wurden u. a. ein „Garten der Zukunft“, zahlreiche Oldtimer und Modelleisenbahnen.

In Gundelfingen gibt es vom 9. bis 11. September 2005 eine weitere Wirtschaftsausstellung im Kreis Dillingen, die „Get 05“. Im März 2006 folgt in Dillingen die „Landkreis-Ausstellung WIR 2006“, gemeinsam von Dillingen, Lauingen, Höchstädt und den Aschberggemeinden durchgeführt. **□**



V. r.: Bürgermeister Erhard Friegel, Holzheim, Sonja Heindl von der Gemeindeverwaltung Buttenwiesen, Bürgermeister Willy Lehmeier, Wertingen, stellvertretende Landrätin Angela Rieder, Landrat Leo Schrell, Bürgermeister Bernhard Walter, Altenmünster.

Kultur als Wirtschaftsfaktor

Bezirk Mittelfranken lädt zu einer Tagung ein

Ansbach (fpo) - Kultur bedeutet für die Region Attraktivität und historische Identität sowie Profilierung im zusammenwachsenden Europa. Dies gibt der Bezirkstag Mittelfranken zu bedenken und lädt daher zu einer entsprechenden Tagung am Freitag, den 24. Juni um 14 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksrathauses an der Danziger Straße in Ansbach ein.

Kultur stellt aber auch einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar und ist somit notwendiger Teil der Wirtschafts- und Strukturpolitik, so Bezirkstagspräsident Richard Bartsch. Denn Kultur ist sowohl unerlässlicher Partner des Tourismus, als auch Auftraggeber für die heimische Wirtschaft - wie zum Beispiel in der Denkmalpflege. Kultur kostet daher nicht nur Geld, sondern bringt der Region neben Renommée auch Einnahmen.

Die Tagung soll die Bedeutung der Kultur für die wirtschaftliche Entwicklung der Region herausstellen. Anders als bei ähnlichen Tagungen wird Kultur hier aus Sicht der Wirtschaft und des Tourismus gewürdigt werden. So geben Impulsreferate aus verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und des Tourismus Einblick in die jeweils spezifische Situation und die unterschiedliche Zielsetzung in Kultursponsoring und Kulturkommunikation.

Kompetente Referenten sprechen zu den Themen: Kultur als Pluspunkt der Metropolregion, Kultur als Standortfaktor, Kultursponsoring als Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung, Kultursponsoring als Imagefaktor, Unternehmen als Partner regionaler Kultur und Tourismus. Kulturreferentin und Bezirkshauptstadtpflegerin Dr. Andrea Kluxen führt in den Themenbereich der Tagung ein. **Franz Och**

„Funk, Film, Fernsehen, Festplatte“

Landkreis Schweinfurt verleiht Jugendkulturpreis 2006

Um die Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis zu fördern, verleiht der Landkreis Schweinfurt - Kommunale Jugendarbeit - für beispielhafte Aktivitäten im Bereich der Jugendkultur den Jugendkulturpreis. Der 1. Preisträger erhält 500 Euro und die Jugendkulturtröphäe, der 2. Preis beträgt 250 Euro und der 3. Preis 130 Euro.

Das Thema für 2006 lautet „Funk, Film, Fernsehen, Festplatte“. Gewertet werden u. a. eine Radioreportage über ein kulturelles und/oder jugendrelevantes Thema sowie das Erstel-

len eines (Video-)Films, einer Homepage oder ähnliches.

Alle Gemeinden, Märkte und die Stadt Gerolzhofen sowie ihre Vereine und Verbände der Jugendarbeit/Jugendinitiativen

Netz der Gesundheit für Rottal-Inn

Projekt am Krankenhaus Simbach zog positive Bilanz

Eine positive Bilanz wurde jetzt im Kreiskrankenhaus Simbach a. Inn für ein Projekt gezogen, das über Bayern hinaus Vorbildcharakter haben könnte: Das „Gesundheitsnetz Rottal-Inn“ (GNRI) stellt eine seit 2001 von der Regierung von Niederbayern im Rahmen der „High-Tech-Offensive Zukunft Bayern“ mitfinanzierte Initiative der Kreiskrankenhäuser Rottal-Inn gGmbH dar.

„Förderzweck des regionalen Konzepts ist die Erprobung einer elektronischen Patientenakte in einem Netzwerk von Klinik und ambulanter Versorgung, mit dem Ziel der Optimierung der Patientenversorgung“, erläuterte Landrätin Bruni Mayer, die sich maßgeblich für das Fließen der Fördergelder in den Landkreis eingesetzt hatte. Exemplarisch wurden in den Anwendungsgebieten chronischer Schmerz, psychosomatische Störungen und Herz-Kreislauferkrankungen Umsetzungsprojekte durchgeführt.

Qualitätszirkel

„Für die Betreuung von Schmerzpatienten mit chronischen Rückenleiden, Migräne- und Spannungskopfschmerzen sowie Gelenksbeschwerden wurde ein Qualitätszirkel aus in der Region niedergelassenen Ärzten gegründet“, berichtete Thomas A. Kräh, Geschäftsführer der Kreiskrankenhäuser Rottal-Inn gGmbH. So wurde in Kooperation mit den Abteilungen

der Psychosomatik und der Rheumatologie des Krankenhauses Simbach a. Inn und unter Moderation des wissenschaftlichen Leiters PD Dr. med. Dieter Melchart von der Technischen Universität München der Behandlungsprozess sowie die elektronische Dokumentation der durchgeführten Schmerztherapie mit dem Schwerpunkt Akupunktur optimiert.

Bundesweite Bedeutung

„Diese Arbeiten wurden in das bundesweite Modellvorhaben der gesetzlichen Krankenkassen zur Erprobung der Akupunktur bei Schmerz Anwendungen mit einbezogen und bilden einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung eines bundesweiten Qualitätssicherungskonzepts für die Akupunkturbehandlung bei chronischen Schmerzpatienten“, unterstrich der Münchner Mediziner die Bedeutung des Landkreisprojektes sogar für die bundesdeutsche Gesundheitspolitik. Im Bereich der Herz-Kreis-

lauferkrankungen wurde von der kardiologischen Abteilung des Krankenhauses Simbach unter Leitung von Chefarzt Dr. med. Hatahet ein spezielles elektronisches Dokumentationsmodul in die elektronische Patientenakte „Medical Monitoring“ konzipiert und eingepasst.

Entscheidungshilfen

„Dieses Modul ermöglicht sowohl eine fachärztliche Dokumentation von Herz-Kreislauferkrankungen als auch die unmittelbare Bearbeitung von Fragebögen seitens der Patienten zur Berechnung von persönlichen Herz-Kreislaufisrisiken“, erklärte der Kardiologe. Damit könnten computerassistierte Entscheidungshilfen für die Ärzte und deren Diagnose- und Therapieplanung geschaffen sowie Unterlagen zur Patienteninformation und Patientenschulung in Form von Berichten und Gesundheitspässen erstellt werden. Der Patient bekäme dann nicht nur „normale“ Rezepte zur Behandlung seiner Herzerkrankung, sondern auch ein sogenanntes „Infozept“, auf dem ganz individuelle Anweisungen für eine gesündere Lebensführung „verordnet“ werden.

Früherkennung

Ziel ist, so GNRI-Mitinitiator Dr. Dieter Melchart, das Simbacher Krankenhaus nicht nur als Ort der stationären Patientenversorgung zu sehen. „Gesundheitsfördernde Krankenhäuser“ nennt die Weltgesundheitsorganisation WHO Kliniken, die

sich nach bestimmten Leitlinien auch in der Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung engagieren, und dieses Engagement wurde auch bereits im Landkreis Rottal-Inn erprobt. So wurden für die Region verschiedene betriebliche Aktionen zur Früherkennung von Risikofaktoren aus den Bereichen der Herz-Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen durchgeführt: „Bei WEKO in Pfarrkirchen, im Amtsgericht Eggenfelden und im Landratsamt Pfarrkirchen konnten die dort beschäftigten Mitarbeiter sich nicht nur einen Eindruck von ihrem Gesundheitszustand geben lassen, sondern sie bekamen auch konkrete Hinweise, wie sie etwas besser machen können“, erinnerte Landrätin Bruni Mayer, die sich durchaus eine Ausweitung dieser Aktionen vorstellen kann.

„Medical Monitoring“

Die projektbezogene Infrastruktur hat aber auch in der Organisation des Kreiskrankenhauses Simbach am Inn einige Veränderungen mit sich gebracht. So konnte durch die Einführung der elektronischen Patientenakte „Medical Monitoring“ die Dokumentation z.B. im Rahmen der Abteilung Psychosomatik deutlich optimiert werden.

Für die Rottaler Kreischefin als Aufsichtsratsvorsitzende der Kreiskrankenhäuser Rottal-Inn gGmbH stand nach dem „Bilanz-Gespräch“ fest: „Dieses Projekt nützt allen: den Patienten durch eine Verbesserung der Lebensqualität, den Krankenkassen durch Senkung der Kosten und nicht zuletzt dem Krankenhaus, das in einem engen Dialog mit den Ärzten im Rottal das Vertrauen seiner Patienten erhält und pflegt und damit auch seine eigene Zukunft für die Menschen in der Region sichert.“ **DK**

KVP im Landkreis Aschaffenburg:

Landrat Dr. Reuter als Kreisvorsitzender bestätigt

Weibersbrunn. Einstimmig als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) im Kreis Aschaffenburg wieder gewählt wurde Landrat Dr. Ulrich Reuter, der 2003 erstmals dieses Amt übernommen hatte.

In seinem Rechenschaftsbericht wies Landrat Reuter darauf hin, dass sich in diesen zwei Jahren die Situation der Kommunen weiter verschlechtert habe. Die Ausgaben seien weiter steigend, neue seien hinzugekommen, beispielsweise die Grundsicherung und Hartz IV. Andererseits würden die Einnahmen weiter hinter den früheren Zahlen und meist auch hinter den Planansätzen der Haushalte zurück bleiben.

Bewährtes Team

Der Aschaffener KPV-Kreisverband konnte sich innerhalb der vergangenen beiden Jahre sowohl im Bezirksverband Unterfranken als auch im Landesverband sehr gut behaupten. Mit dem Mömbriser Bürgermeister Reinhold Glaser und Landrat Dr. Reuter als stellvertretendem Bezirksvorsitzenden sei der Kreis Aschaffenburg im Bezirk gut vertreten. Reuter ist zudem Mitglied des Landesvorstandes. Als stellvertretende Kreisvorsitzende wurden Bürgermeisterin Marianne Krohnen (Geiselbach) und Jürgen Hochrein (Hösbach) bestätigt.

Beisitzer im Kreisvorstand sind Reinhold Glaser, Andrea Lindholz (Goldbach), zweiter Bürgermeister Helmut Schuhmacher (Alzenau), Stadtrat Alexander Legler (Alzenau), zweiter Bürgermeister Kurt Baier (Glattbach), Bürgermeister Josef Kilgenstein (Westerngrund), Fraktionsvorsitzender Franz Roth (Weibersbrunn) sowie Ge-

meinderat Heinz Kress (Johannesberg). In der Bezirksversammlung wird der Kreisverband vertreten durch den Vorsitzenden und seine Stellvertreter. Ferner durch Andrea Lindholz, Reinhold Glaser, Helmut Schuhmacher, Thorsten Rollmann (Großostheim), Alexander Legler, Franz Roth und Josef Kilgenstein.

HSS-Kurzseminar

Unmittelbar im Anschluss an die Mitgliederversammlung hatte die Hanns-Seidel-Stiftung auf Anregung von Landrat Reuter zu einem Kurzseminar zum Kommunalmanagement eingeladen, für das sich über 40 Kommunalpolitiker und Kämmerer durch intensive Diskussion interessiert zeigten. Das Fazit: Kommunen sind nachhaltig sanierungsfähig! Jedoch gelinge die Sanierung kommunaler Haushalte nicht auf der Basis von Kahlschlagkonzepten oder kurzfristigem Aktionismus, sondern nur mit Hilfe stringenter Lösungen.

Einige geeignete Strategien und Visionen zur Haushaltskonsolidierung hatte Diplom-Kaufmann Heiko Pech von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner in seinem Vortrag präsentiert. Der vorgestellte „Masterplan zur Wiedererlangung kommunaler Handlungsfähigkeit“ basiert dabei auf den langjährigen Beratungserfahrungen von Rödl & Partner im kommunalen, aber auch im privatwirtschaftlichen Umfeld. **□**

Vorschau auf GZ 13

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 13, die am 7. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für Kommunen
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung